

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

GG Art. 16. (2)

Politisches Asyl genießt Verfolgung.

№ 243

3. JUNI 1993

Eine Hammerwoche: § 218, Karenztage, Asylkompromiss und die Folgen

Die Ereignisse des letzten Wochenendes (5 tote Ausländerinnen in Solingen) sind mal wieder über uns hereingebrochen, ohne daß wir angemessen darauf reagiert haben. Die Demo am Breitscheidtplatz, die Demos in Solingen und einigen anderen Städten können nur einen geringen Teil der Wut ausdrücken, die in uns kocht. Und dabei war der Anschlag in Solingen "nur" die verheerende Spitze einer ganzen Reihe von faschistischen Anschlägen am Phingstwochenende. Jene in München, Greifswald, Wolfsburg , Geyer und am Schweriner See wurden schon am Sonntag kaum mehr in den Medien erwähnt. Die Scheinheiligkeit gedeiht nur da, wo das internationale Ansehen der BRD gefährdet ist.
Uns fehlt leider die Zeit, selber zu recherchieren und weitere Infos zu den Anschlägen zu sammeln. Genauso fehlen uns Infos über die letzten Nächte in Solingen. Wir hoffen aber, daß in der nächsten Ausgabe mehr darüber und über Gegenaktivitäten von unten gegen all die oben genannten Hämmer zu erfahren ist.
Und noch was Organisatorisches: Unsere neue Postleitzahl ab dem 1.7. ist: **10961**
Und eure ? Falls ihr ein Abo bezieht, schreibt uns möglichst bald.
Und am 18. Juni feiern wir im EX "5 Jahre Interim".

–ZITAT DER WOCHE–

„Auf einen Schlag hat die politische Elite Deutschlands die Führung bei der Abschottung Kontinentaleuropas von den internationalen Migrationsbewegungen übernommen. Der obrigkeitliche Rassismus triumphiert in einem Ausmaß, das vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre... Nur eine politisch handlungsfähige Massenbewegung wird noch imstande sein, diese katastrophale Entwicklung aufzuhalten und ein Programm zu entwerfen, das die Systemkrise mit sozialegalitären Handlungsmodellen angeht.

KARL HEINZ ROTH

„1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts“, 2/93, S. 9

IM ORDNER:
- Aviva Cantar: "Die Keule, das Joch und die Leine"
- Anarchisten in Peru in Haft
- Materialien zu Stalinismusdiskussion (Interim-Quelle)
- Pressedienst "Umkehr e.V." (Verkehrspolitik)

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Reaktionen auf die faschistischen Morde in Solingen

In Frankfurt kam es heute bei einer spontanen demonstration wegen der ereignisse in der letzten nacht. Etwa 150 menschen zogen spontan durch die innenstadt. Am flohmarkt traff die demo auf einige faschos, die aber in die flucht geschlagen werden konnten. Hundert meter weiter wurde die demo von den Bullen gestoppt und zum ersten mal eingekesselt.
Es wurde spontane aufloessung und spaetere neuformierung beschlossen. Die neuformierte demo zog richtung Hbf. 50 meter vor dem ziel bildeten die Bullen einen kessel, und forderte die demo gleichzeitig auf sich aufzuloessen. (schlechter witz oder so) nach dreimaliger aufforderung wurde angefangen die menschen abzufuehren. Dabei gab es schlagstock-einsaetze, tritte und schlaege. Insgesamt konnte etwa die halbe demo gefasst (insgesamt 63 menschen) und in den knast verschleppt werden. Sogar hier kam es noch zu schlaegen und tritten durch die 'beamten'. Schon kurz darauf versammelten sich ca 50 menschen vor dem Knast im Klapperfeld, fordereten die freilassung und nahmen kontakt mit den gefangenen auf. Gleichzeitig versammelten sich vor dem rathaus etwa 300 leute, mobilisiert von den gruenen. Hier wurde die fehlinformation durchgegeben, dass die leute jetzt freigelassen wuerden und der 'beliebte' ober-gruene cohn-bendit verhinderte, dass die 300 buergerInnen, die vor dem roemer (dem rathaus) standen vor den knast gehen, um der forderung nach freilassung der antifaschistInnen nachdruck zu geben. Die leute wurden aufgefordert zur 'bockenheimer warte' zu gehen wo angeblich eine mahnwache sein sollte. Dort war dann zwar niemand, aber dafuer durfte dann micha brumlik ein paar warme worte sprechen, naja. Trotzdem haben sich etwa 50 leute vom roemer auf den weg zum knast gemacht, wurden aber einige strassen vorher von einer bullenkette aufgehalten. Auch hier haben sie wieder versucht leute abzugreifen (diesmal erfolglos) und es zog ein behelmter uniformierter schlägertrupp auf. Aus irgendeinem grund wurden die bullen irgendwann vernuenftig und liessen die 50 durch zu den anderen. Trotzdem blieb das auftreten der ordnungskraefte aggressiv und restriktiv. Die 63 leute, die im Knast waren (der zustaendige richter, dem verhaftete laut hessischem polizeigesetz unverzueglich vorgefuehrt werden muessen, hat uebrigens erst durch unseren anwalt von den verhaftungen erfahren) sollten alle erkennungsdienstlich behandelt und einige sogar den faschos zur identifizierung vorgefuehrt werden. Als die leute im knast mitbekommen haben, dass ziemlich viele ziemlich lautstark vor dem knast waren, haben sie gemeinsam die ed-behandlung verweigert. Die bullen haben dann zwar angedroht alle solange dazubehalten bis sie der ed-behandlung zustimmen, haben dann aber doch begonnen nach und nach freizulassen, als wir durchgesagt haben, dass jemand vom hessischen rundfunk unterwegs sei. Das mochten sie anscheinend nicht. Einer der freigelassenen berichtete man habe ihm vorgeworfen passanten mit einem schusskugelschreiber angegriffen zu haben – so durchgeknallt sind sie schon. Z.Zeit (22h) ist etwa die haelfte der leute wieder draussen.

BABYLON COMMUNICATIONS FFM + KAOT *29.05.93*

Aus Wuppertal gefaxt:

(...) Im Gegensatz zu anderweitigen Berichten gab es im Vorfeld der Morde zahlreiche faschistische Aktivitäten in Solingen:
- Brandanschlag auf türkische Moschee
- Skinheadüberfall auf Party und AntifaschistInnen
- Faschokonzert mit überregionaler Skinbeteiligung
- massive Propaganda der Deutschen Liga
- Drohungen gegen die betroffene türkische Familie

10 Stunden vor dem Anschlag war ein Prozess gegen einen Antifaschisten, Staatsschutz und Bullen observierten den Prozess und waren in Alarmbereitschaft. Eine Stunde vor den Morden trafen sich ca. 20 Faschos vor einer Nachttankstelle in der Nähe des Tatortes, genau wie eine Nacht zuvor. Die Bullen wollen davon nichts mitgekriegt haben. Da inzwischen es gesichert scheint, dass die Faschisten von der Tanke nur zum Teil aus Solingen stammen, nehmen wir an, dass es sich um das in SG häufig gesehene Störkraftumfeld (Naziband) aus Düsseldorf oder Langenfeld handelte. Um einem Gerücht entgegenzutreten, in der Presse wird von einem angeblich faschistischen Kampfsportverein " Hak Pao " in Solingen berichtet Das ist falsch. In dem Verein sind 5 zum Teil führende Nazis (Koch, Schlösser), die für das Nazipack per Zeitung eine sogenannte " Deutsche Kampfsportinitiative " gegründet haben ABER der grösste Teil von Hak Pao ist unpolitisch und es trainieren dort sehr viele Ausländer mit (Info: ANTIFA Info NRW Nr.1)

(...)



VORBEMERKUNG:

Dieses Papier wurde im Rahmen der Volx-Uni auf einer Veranstaltung über "Autonomes Politikverständis" vorgetragen.

Es gibt zwei Philosophen, die für mich Vordenker, Wegbereiter und Mentoren der autonomen Bewegung sind: Sokrates und Kant. Von Sokrates haben wir, daß Wahrheit entweder eine für immer verborgene oder eine nur relative Richtgröße ist. Ein Gedanke, eine Aussage, eine Theorie ist nur solange richtig, wie sich ihre Falschheit nicht herausgestellt hat. Als falsch herausstellen kann sie sich dadurch, daß sie durch die Praxis oder durch die Argumente anderer widerlegt wird.
Übertragen auf unser Politikverständnis heißt das: wir haben nichts Festes: keine Utopie, keinen politischen Plan, keine kritische Theorie. Alles kann sich im Lichte der Erfahrungen und Auseinandersetzungen verändern.
Von Kant haben wir vor allem die Forderung übernommen: „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!" Das heißt, das einzige, was uns in der endlosen Aufschichtung von Erklärungen, Erwartungen und Herrschaftsansprüchen Sicherheit verleihen kann, ist das Vertrauen auf die eigene Urteilsfähigkeit.
Die rigorose Ablehung gegenüber allen Normen, die mit Ausschließlichkeits- und Herrschaftsansprüchen verknüpft sind, — Gesetz, Moral, Tradition — kann zur Unfähigkeit führen, überhaupt soziale Strukturen herauszubilden (uns Autonomen wird ja auch oft Politikunfähigkeit vorgeworfen), führt also in extremsten Individualismus. Aber die/der Einzelne alleine ist hilflos und verloren, wir wissen deshalb, daß wir nicht auf die Bindung in sozialen Strukturen verzichten können. Darum müssen an die Stelle regulativer Normen andere Verbindlichkeiten treten, die sozialen Strukturen Stabilität und Verläßlichkeit geben können. Mit anderen Worten, an die Stelle der Bindung an HERRSCHENDE Normen muß die freiwillige Bindung an selbstgewählte und —verantwortete Normen treten.
Extrem antiautoritär eingestellte Menschen — und das sind wir sicher — sind zugleich extrem moralische Menschen, aber nicht im Sinne einer allgemeingültigen Moral, der sich die/der Einzelne um jeden Preis zu unterwerfen hat, sondern im Sinne dieser selbstgewählten Eigenbindung, die das Verhalten der/des Einzelnen kalkulierbar und diskutierbar macht.
Es gilt daher auch für uns der kategorische Imperativ von Kant: Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte; aber eben nicht als Vorschrift an andere, sondern in der Formulierung „ICH handle so..."
So sehe ich die philosophische Basis der autonomen Bewegung. Etwas völlig anderes ist die Realität unseres politischen und persönliches Alltags. Wobei wir nicht an dem gemessen werden sollten, was wir tatsächlich zustande bringen, sondern an dem, worum wir uns immer wieder, manche ein Leben lang, bemühen. Dazu möchte ich im folgenden ein paar Punkte nennen.
1. von vielen — sowohl aus dem Innern der autonomen Szene, alsauch von außerhalb — wird „autonom" als eine Haltung verstanden, die vor allem Unabhängigkeit propagiert. Für mich ist die wörtliche Übersetzung des Begriffs — nämlich „eigengesetzlich", „eigenverantwortlich", der Angelpunkt des autonomen Politikverständnisses. Das hat weitreichende Konsequenzen, denn damit bestreite ich die Verbindlichkeit ALLER Gesetze und Vorschriften. Sie haben für mich nur Gültigkeit, soweit ich sie anerkenne.

2. Die Konsequenz daraus ist die Ablehnung von Hierarchien und erzwungenen Autoritäten. Das heißt auch, daß wir Institutionen grundsätzlich mißtrauisch gegenüberstehen und uns gegen jede Institutionalisierung unserer eigenen Politik wehren — nicht immer erfolgreich! Die ablehnende Haltung gegenüber von Institutionen schließt nicht aus, daß wir uns zu ihnen in ein Verhältnis setzen. Da, wo wir gezwungen sind, pragmatisch zu sein, kann es sein, daß wir sogar mit ihnen paktieren.

3. Genauso, wie ich anderen abspreche, daß sie meine Interessen besser kennen und vertreten können als ich, und ihnen nicht erlaube, für mich die Verantwortung zu übernehmen, genauso wenig sehe ich mich dazu berechtigt, daß ich für andere spreche oder gar für sie verantwortlich bin. Verantwortlich bin ich meiner Auffassung nach nur für das, was ich tue, das allerdings im vollen Umfang. Deshalb empfinde ich die Jammertouren, was die „Herrschenden" uns alles antun, als zutiefst un-autonom.

4. Ich kann also nicht „für andere" reden, aber ich kann schon für „uns" reden. Der dabei verwendete „Wir"-Begriff ist ohne feste Konturen und veränderlich, er wird gerechtfertigt und belebt dadurch, daß andere sich in dieses „Wir" hineinstellen, bzw. ihm widersprechen. Wenn ich also formuliere: „WIR sind der Auffassung, daß..." oder „WIR werden das und das nicht hinnehmen...", oder „WIR Autonomen verhalten uns so und so...", dann heißt das nichts anderes, als daß ich versuche, meinen individuellen Erfahrungen und Handlungen den privaten Charakter zu nehmen, sie zu „vergesellschaften". Es ist ein Versuch, und solche Aussagen haben natürlich nur dann Gültigkeit für andere mit, wenn diese nicht widersprechen.

5. Unabhängigkeit von anderen Menschen ist KEIN politisches Ziel der autonomen Bewegung. Wir teilen nicht die herrschende Auffassung, wonach die gesellschaftlichen Strukturen in vereinzelte Individuen und waben-mäßig abgeschottete Kleinfamilien zerlegt werden, die sich nichts „schuldig bleiben" dürfen. Wir bejahen die Abhängigkeit untereinander, soweit sie nicht zur Aufgabe von Verantwortung führt, und versuchen, in Wohn- Arbeits- und Polit-Gruppen ein offensives Verhältnis dazu zu entwickeln. Aus dem Grund ist es uns auch wichtig, daß aus lokalen und überregionalen Widerstandsbewegungen soziale Strukturen wachsen.

6. Die Bejahung von Abhängigkeit und kollektiven Strukturen heißt nicht, an einem Zusammenhang bis zum bitteren Ende festzuhalten. Die Fähigkeiten, sich auf Kollektivität einzulassen und auch wieder aus ihr herauszutreten, stehen im Wechselverhältnis miteinander. Deshalb ist, so paradox das klingt, die Angst vor Trennungen, Auflösungen, Veränderungen zu überwinden, eine wichtige Voraussetzung für die Fähigkeit zu kollektiven Strukturen.

7. Unsere Strukturen, unsere politischen Kampagnen, unsere Sprache und unsere Kampfformen unterliegen einer ständigen Verwandlung. Wir wissen, daß wir politisch niemals an ein „Ziel" kommen können. Denn es gibt keine Gesellschaft, in der alle Widersprüche aufgehoben sein könnten. Das heißt nicht, daß wir keine Utopien von einer besseren Gesellschaft hätten. Aber sie sind nicht erreichbar sondern richtungsweisend (so wie das Ende des Regenbogens!). Das beunruhigt uns nicht weiter, denn wir wissen, daß wir das, was an unseren Utopien überhaupt nur realisierbar ist, vor allem in dem WIE unserer Kämpfe realisieren.

8. Es beunruhigt uns deshalb auch nicht mehr so sehr, daß wir uns für immer von einer einheitlichen homogenen Gesellschaftstheorie verabschieden mußten. Wir wissen inzwischen, daß neben dem Kapitalismus das Patriarchat und der Kolonialismus/Imperialismus als genauso antagonistische Ausbeutungssysteme die gesellschaftliche Struktur bestimmen. Es gibt keinen Hauptwiderspruch unter diesen Ausbeutungssystemen und es gibt noch nicht einmal eine eindeutige Beziehung zwischen ihnen. In den konkreten Unterdrückungsformen, sei es nun Sexismus, Rassismus oder bürgerliche Konkurrenz- und Leistungsnormen, müssen wir uns immer wieder neu orientieren und je nach der vorgefundenen Frontlinie unsere BündnispartnerInnen neu suchen: WIR Frauen, WIR Besitzlose, WIR Nicht-MetropolenbewohnerInnen.

9. Oft wissen wir nur, was wir NICHT wollen; was wir wollen, zeichnet sich erst im Laufe der Kämpfe ab. Das ist nicht verwunderlich, denn mit unserer Unterdrückung ist uns die Vorstellung von Freiheit und Selbstbestimmtheit geklaut und kaputtgemacht worden. Daß wir wissen, was wir NICHT wollen, gibt uns eine grobe Orientierung, es ermutigt uns, die Grenzen zu überschreiten, die uns gesetzt worden sind.

10. Die Grenzübertretung erzeugt eine Störung im geordneten Ablauf des Systems und es entsteht Bewegung. Durch diese Störung bringen wir die Widersprüche, die das System selbst hervorgebracht hat, zum Tanzen. Aber wir unterscheiden Grenzübertretungen, die angetrieben von der Suche nach dem Weg in die Freiheit geschehen, und solche, die Ausdruck von Langeweile, Suche nach Zeitvertreib, letztlich Zeichen von Resignation sind. Leute, die nur der Kitzel beim Krawall interessiert, nennen sich vielleicht auch Autonome, meine GenossInnen sind sie nicht.

11. Wir sind nicht gewalttätig, wir sind militant. Das ist ungefähr der gleiche Unterschied, wie der zwischen einem prügelnden Bullen und einem Polizeibeamten, der unmittelbaren Zwang anwendet - nämlich ein ideologischer.

Wir sind im Prinzip genauso gewalttätig wie alle, wir setzen nämlich für die Ziele, die uns wichtig sind, die Mittel ein, die wir vertretbar und angemessen finden. Eine Gesellschaft, für die die Ware das höchste Gut überhaupt ist, erschreckt natürlich am meisten, wenn eine Scheibe klirrt. Wir finden es viel gewalttätiger, wenn ein Mensch z. B. von einem Verwaltungsbeamten gedemütigt wird. Dabei unterscheiden wir uns von der Mafia, die die alltägliche Gewalt in dieser Gesellschaft verwaltet und ausübt, dadurch, daß wir bereit sind, die Wahl unserer Mittel zu rechtfertigen, weil wir nämlich WISSEN, warum wir das angemessen finden.

12. Die Aktionen, die wir machen, und die Militanz, die wir dabei an den Tag legen, haben, wenn sie gut gewählt sind, immer eine doppelte Funktion: Materiell einzugreifen in das gesellschaftliche Geschehen, und gleichzeitig über das Geschehen, in das eingegriffen wird, etwas auszusagen. (Weiterstadt) Wir leben in einer Zeit der Bilder und Symbole, in der wir zwar unsere Sprache zurückzuerobern versuchen, aber gleichzeitig uns mit den Mitteln ausdrükken müssen, die uns (noch) zur Verfügung stehen. Für viele Autonome ist die Aktion, auch im kleinen: die unmittelbare Verhaltensweise, die Sprache, in der sie sich ausdrücken, die übrigens auch verstanden wird. (Vielleicht ist es sogar umgekehrt so, daß ich deshalb Schwierigkeiten habe, Steine zu werfen, weil ich immer noch andere Mittel zur Verfügung habe, um mich auszudrücken.)

13. Ich würde sagen, autonome Aktionen, die wirklich gut sind, d. h., die den Punkt treffen, sind immer witzig und selbstironisch. Denn nur in der Ironie läßt sich die Paradoxie einfangen, daß wir immer selbst Teil der angegriffenen Verhältnisse sind, daß wir meistens zugleich TäterIn und OpferIn sind. Auch an der Stelle stößt die sprachliche Vermittlung von dem, was wir wollen, an ihre Grenze. Deswegen ist das, was ich jetzt hier versucht habe zu sagen, und so bierernst und geordnet, eigentlich unangemessen im Kern schon wieder alles falsch...

Mann, Professor, Täter, Hajo Funke

Eigentlich wurde es doch für wichtig gehalten, daß sich viel mehr Frauen offen gegen sexuelle Gewalt wehren. Aber ganz offensichtlich gibt es dabei einen Maßstab von Verhältnismäßigkeit, den festzulegen sich Jeder und Jede anmaßen kann. Für die UnterzeichnerInnen ist die von einer Frau unerwünschte Zudringlichkeit von einem Mann, besonders wenn dabei Hierarchieverhältnisse genutzt werden, sexuelle Gewalt. Den Begriff "feministische Prüderie" verstehen wir als Verleumdung der sich wehrenden Frauen.
"Um das Thema ihrer Diplomarbeit zu besprechen, kam die Studentin am 26.April in die Wohnung des Dozenten (Hajo Funke, Dozent am Otto-Suhr-Institut FU Berlin, die Verf.Innen), den sie für die Betreuung gewählt hatte. Nach einem dreiviertelstündigen Gespräch über Inhalte und mögliche Verbesserungen begleitete F. sie zur Tür. Im dunklen, engen Flur faßte er sie am Nacken und zog sie an sich. Sie verließ sofort die Wohnung." (taz, 21.5.93)
So oder so ähnlich hatte es sich auch ereignet, genauere Beschreibungen halten wir für überflüssig.

Nachdem der Name der Studentin und der von Hajo Funke schnell am OSI bekannt wurden, zeigten sofort einige DozentInnen Solidarität mit dem jüngst berufenen Professor, überlegten eilends, welche Folgen die Öffentlichmachung (nicht der Vorfall selbst) für sie hat, das "unverkrampfte" Verhältnis von Studis/Dozis ist gestört worden, dafür wird die Betroffene verantwortlich gemacht. Und dies alles für so eine Lappalie: "Aus dieser subtilen Verletzung der Intimsphäre aber einen sexuellen Übergriff zu konstruieren, ist schlicht absurd." (Anita Kugler, taz, 21.5.93)

Hier wird versucht, eine Rangliste für sexuelle Gewalt aufzustellen! Darf erst für einen "spektakulären Fall" Aufmerksamkeit erregt werden? Gerade am OSI, wo die Struktur und Funktion von Machtverhältnissen bekannt sind, muß klar sein, daß ein solches Verhalten Ausdruck der Ausnutzung des doppelten Machtverhältnisses ist (Mann/Frau, Dozent/Studentin).

Dies ist nicht das einzige Ereignis dieser Art und muß endlich mit Beachtung der betroffenen FRAU diskutiert werden.

Im letzten Jahr hat es von der Zentralen Frauenbeauftragten eine Befragung von Frauen der FU gegeben, wonach fast jede zweite angab, ein- oder mehrmals an der Hochschule sexuell belästigt worden zu sein. Studentinnen werden am häufigsten von Lehrenden (Profs und Dozenten) belästigt. Die Universität ist ein alltäglicher Gefahrenort für Frauen wie jeder andere auch.

Es gab bisher zahlreiche Aktionsformen gegen sexuelle Gewalt an der FU: Diverse AG's , eine Veranstaltungsreihe der Frauenbeauftragten im WiSe 92/93, ein Aktionstag im Mai vor der FU-Mensa, eine Studie "Sexuelle Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen an der Hochschule", spontane Reaktionen von Studentinnen... Frauen setzen sich permanent zur Wehr gegen sexuelle Gewalt, es geht nicht nur um Hajo Funke und das OSI. Gleichzeitig ist aber auch die Diskussion vom "Mißbrauch des Mißbrauchs" im Trend (s. TIP Nr.22/92, taz, 21.5.93...), um Frauen in ihrer Handlungsfähigkeit zurückgedrängt zu halten. Wozu wurde das Landesgleichstellungsgesetz nach langjähriger Kompromißsuche verabschiedet, wenn es hier nicht angewendet werden soll ("Unnötiger Körperkontakt", §12 LGG).

Werdet aktiv, wendet Euch an:
- Zentrale Frauenbeauftragte der FU Christine Färber, Rudeloffweg 25-27, 1/33, Tel.:838/4259
- Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen, Tel.: 2512828
-"Wildwasser", Friesenstr.6, 1/61, Tel.:6939192
- Frauenbeauftragte der Fachbereiche
- Frauen im AStA, Frauenreferat, Lesbenreferat, Kiebitzweg 23, 1/33, Tel.:831/4008 oder 838/2224
- Bildet Banden und andere Aktionsgruppen!

V.i.S.d.P.: AStA FU

1. Mai · Kritik

Vorweg: meine Kritik ist kein Schuldvorwurf an die OrganisatorInnen des Autonomen Blocks. Sie versuchten sich einer schwierigen Situation zu stellen: und werden mit dem Ergebnis voraussichtlich nicht zufrieden sein.

1. Zur Auseinandersetzung mit der RIM

Zeitweilig hatte ich das Gefühl, auf einer "Anti-RIM-"Demonstration zu sein. Das einzige von mir gelesene Autonomen-Flugblatt wandte sich gegen sie, ebenso die "Nie wieder Stalin"Parolen. Ich finde es notwendig, auf die Politik der RIM zu antworten. Doch die Art und Weise, wie dies am 1.Mai geschah, war unzureichend und oberflächlich. Anstatt konkreter und präziser Auseinandersetzung schlugen die Antworten der Autonomen in die Erzeugung von Gegenstimmung um. Die Aufzählung der Ereignisse, in denen Autonome Opfer der RIM wurden, reicht nicht aus. Und Schlagworte wie "Kaderpartei","ML-Gruppierung","stalinistisch" oder "autoritär"ersetzen Analyse und Kritik nicht. Gibt es zum Beispiel in Berlin keine ehemaligen RIMlerInnen, die beschreiben können, was sie innerhalb der Organisation erlebt haben, und dies ohne billige Denunziation (vergleichbar dem Buch "Wir warn die stärkste der Partein", in dem GenossInnen über ihre Erfahrungen in KPD,KBW berichten, Rotbuch,1977)?

Und warum wurde nicht auf ein bundesweit von der RIM verschicktes Flugblatt eingegangen, daß die Ereignisse am 5.12. auf der bundesweiten Demonstration in Berlin zum Mord an Silvio Meier zum Anlaß hat? Die RIM versucht in diesem Flugblatt durch eine abenteuerliche Verschwörungstheorie die Differenzen innerhalb der Autonomen Linken als Ergebnis der Politik eines autonomen Kerns, den KapitulatorInnen und deren Berliner Zentralorgan Interim darzustellen. Sie bieten damit einen inneren Feind an, der für die Schwierigkeiten, linksradikale und revolutionäre Opposition aufrechtzuerhalten und zu entwikkeln, verantwortlich gemacht werden kann. Und sie versuchen eine bequeme Argumentation anzudienen, die von den Spannungen und Widersprüchen innerhalb der autonomen Linken entlastet und die Schuldigen personifiziert. Ein aus dem Zusammenhang gerissenener und zitierter Satz aus einem nicht genannten Text einer nicht genannten Interimgenügen ihnen, um die behauptete Kapitulation der Autonomen-Führung (was sie dafür halten) zu beweisen: sie wollen nicht mehr wirklich gegen Faschisten kämpfen. Und schon da wurde es holprig und unterstellend, denn das Zitat setzte die militanten FaschistInnen ins Verhältnis zum reaktionären Potential der Zentren der Gesellschaft. Der phrasenhafte Antifaschismus der RIM, bar jeder konkreten Faschismusanalyse und strategischer Ansätze, bekommt nur durch ihre Selbstinszenierung als heroische MärtyrerInnen und wirkliche KämpferInnen in den elenden großdeutschen Verhältnissen verkaufbaren Glanz. Die RIM versucht mit einem nicht ungeschickten Machtinstinkt Kapital aus der innerhalb der Autonomen Linken vorhandenen Stimmungen, Ängste und Reaktionen zu schlagen. Die Angst vor dem individuellen und kollektiven Untergang und "endgültiger Niederlage" erzeugt auch die autoritäre Sehnsucht nach dem einfachen Weg eines faßbaren Kampfes gegen einen eindeutigen Feind, einer klaren Grenzziehung zwischen einem gutem Selbst (brothers and sisters) und einem bösen anderen (pigs, KapitulatorInnen). Dieser autoritären Identitätsbildung eine Gegenidentifizierung entgegenzustellen, wie es die auch bei bester Absicht phrasenhaften "Keine Macht für niemand" und "Selbstbestimmung"-Parolen tun, wird selbst autoritär, wenn sie vereinfachende Freund-Feind-Schemen bedient(hier die guten Antiautoritären da die finsteren StalinistInnen). Die Strategien und Argumentationen der RIM müssen bekämpft und durchkreuzt,ihre Identitätsbildung demontiert werden, indem ihr Gehalt und ihre Absichten enthüllt und offengelegt werden, ihre Posen und militante Kleinkunstbühne mit Witz und Ironie der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Bei der am 1.Mai oft oberflächlichen Stimmung und unterschwelligem auch präsenten Antikommunismus war es nicht erstaunlich, aber konkret doch erschrekkend, daß es von einigen im autonomen Block Beifall für den Bulleneinsatz gegen die RIM gab. Befriedigung und Genugtuung an der Verletzung anderer zu empfinden, ist alles andere als revolutionär. Sich mit Beifall und Flaschenwürfen am Bulleneinsatz begeistert zu beteiligen, zeugt bei denjenigen von einer Mentalität, die der ordnungsliebender und staatstragender AktivbürgerInnen entspricht. Manche hätten wohl gerne Seite an Seite mit dem SEK-Kommando als freiwillige Polizeireserve zugelangt und einen gemeinsamen Feind bekämpft. Der Beifall erkannte die Bullen als Ordnungsmacht und Autorität an, und es ist anzunehmen, daß dies ein Ziel des Polizeieinsatzes war.

Konkret befanden "wir" uns in einer paradoxen Situation: wir hatten keine Lust, die RIM und ihren Lautsprecherwagen zu verteidigen, wollten aber auch die Bullen nicht in die Demonstration eindringen lassen. Die RIM hatte durch ihre Praxis ein entsolidarisiertes Verhältnis hauptsächlich selbstverschuldet. Diese Widersprüchlichkeit verstärkte neben den immer vorhandenen Ängsten das Zaudern und die Unentschlossenheit, sodaß die RIMlerInnen vor brutalem Zugriffen der Bullen nicht geschützt oder verteidigt wurden. Die Situation hinterließ bei mir ein ungutes Gefühl, weil wir kein kollektives Handeln mehr zustande bekamen,(so versuchten nur wenige, die Bullen am Eindringen in die Demonstration zu hindern) sondern eher in ihr gelähmt waren. Auch die spontanen Reaktionen über den Beifall waren überrascht und verblüfft angesichts der offenbaren Identifikation mit der Staatsmacht in den "eigenen Reihen". Wenn demnächst militante Männerbünde in einiger Waffenbrüderschaft den Frauen-Lesbenblock angreifen, werden wohl erst dann dem und der Letzten die Augen aufgehen, in welchem Ausmaß reaktionäre Struktu-

ren in der autonomen Linken vorhanden und wesentlich zu bekämpfen sind.
Bei allem Haß und Wut auf die RIM, das Verhalten der Beifallklatschenden läßt sich nicht entschuldigen und verharmlosen. Wo ist der Unterschied, wenn Faschisten einem Frankfurter Genossen in freudiger Erwartung seines Todes zuschauen, und noch Steine werfen, um sein Ertrinken zu beschleunigen, und denjenigen, der oder die mit einer Flasche auf einen RIMler wirft, als ein Bulle diesen vom Lauti reißt? Was ist der Unterschied!
Lange genug wurde soldatische Lust am Leiden anderer von Autonomen gerechtfertigt, verharmlost oder entschuldigt. Kritik wurde viel zu oft als Infragestellung von militantem Angriff und Selbstschutz umgebogen und mit der abstrakten Notwendigkeit von Militanz jeder noch so idiotischen Aktion der Segen **erteilt:** Aktionen, in denen jedeR sich selbst der Nächste ist, von Hohlbohrern, die zu keinem planmäßigem und koordinierten Angriff und Schutz in der Lage sind, auch weil sie nichts anderes in Sicherheit bringen als ihre eigene Haut, die sich aber in eine Hetzmeute verwandeln, wenn sie Einzelne aus einer Masse jagen. Diese reaktionären Aktionen und ihre TrägerInnen können nicht mehr ertragen und geduldet werden!

2. Zur weiteren Demonstration:

Die Demonstration selbst drückte meiner Ansicht nach aus, daß wir noch da sind, und bei diesem minimalen Zweck stellt sich die Frage, ob dies nicht auch durch ein Fest ausgedrückt hätte werden können. Andererseits wurde der Zustand der linksradikalen Szene durch die Demonstration offengelegt. Die autonome Linke scheint weder theoretisch noch praktisch kollektiv in der Lage zu sein, eine revolutionäre Opposition gegen den rassistischen und nationalistischen Gesellschaftskonsens und kapitalistische Vergesellschaftung zu entwickeln und voranzutreiben. Diese grundlegende Situation, trotz der theoretischen und praktischen Anstrengungen vieler GenossInnen, machte auch diese Demonstration deutlich. Für Berlin ist dies überfällig, sonnte sich ein Teil der Autonomen selbstverliebt im eigenem Mythos und Szenestärke. Sicher ist es für die Berliner Frauen und Männer schmerzhaft und enttäuschend, daß der revolutionäre 1.Mai und seine machtvolle Demonstration dieses Jahr Vergangenheit war. Aber spätestens dann, wenn eine Aktion Selbstzweck und Ritual zu werden droht (und das"Wir sind noch da" und "Wir finden uns nicht ab"stehen an der Grenze dazu), sollte mann und frau sich klar machen, daß revolutionäre Politik und ihre Kontinuität und Weiterentwicklung nicht von besonderen Orten (Brokdorf,Startbahn-West,Kreuzberg,Wackersdorf,Hafenstraße) und traditionellen Zeiten (für Rhein-Main: 2.11., 14.4.an der Startbahn-West)abhängig und an sie gebunden ist. Zum Beispiel Starbahnbewegung: zu sicher subjektiv unterschiedlich empfundenen Zeiten war offensichtlich, daß eine Verhinderung der Startbahn-West gegen die Apparate der Macht nicht durchsetzbar ist. In der damaligen Autonomen-Zeitung ""Krasse Zeiten-graue Morgen" wurde heftig über Sinn und Zweck der Sonntagsspaziergänge gestritten (1984). Je mehr sich die Bewegung von konkretisierten Zielen und Strategien entkoppelte, desto mehr gewannen private Gewinne wie "Abenteuer","gewagtes Leben" und sportliche Erfolgsleistungen an Bedeutung. Der oft einzige Sinn und Zweck, die Schulung in koordinierter Massenmilitanz, konnte trotz Anstrengungen und Initiativen von GenossInnen nicht organisatorisch-praktisch oder theoretisch an eine über die Startbahn-West (oder andere Bauzäune) hinausreichende revolutionäre Arbeit gebunden werden. Und so war die Startbahnbewegung auch Schulungsobjekt für Bürgerkriegsmanöver der Bullen (polemisch:unbezahlte Teilnehmer an Bürgerkriegsmanövern, so im Text "Und immer wieder geht die Sonne auf"Krasse Zeiten-Graue Morgen,Nr.8). Trotz erreichter Qualität der Militanz waren die letzten massenmilitanten Aktionen gut organisierte Rückzüge (insbesondere der 2.11.87) und mehr nicht. Was auch dem letzten Sonntagsmilitanten klar machte, daß es sichere befreite Gebiete (vergleichbar mit Kreuzberg?) nicht gibt, war der 2.11.87 und darauffolgende Fahndung,Medienhetze, Haus-und Arbeitsplatzdurchsuchungen und zahlreiche Verhaftungen.
Das eigentliche Desaster, die zahlreiche Aussagebereitschaft, legte auch die Unterschiedlichkeiten der Individuen offen; eine These : je mehr Einzelne für sich nur noch privaten psychischen Mehrwert aus der Startbahnbewegung zogen (Prestige und sportive Anerkennung), desto mehr waren sie bereit, auch den privaten Handel um ihre Haut mit der Bundesanwaltschaft zu beginnen (letztlich wurden drei Männer in dem Sinn Mitarbeiter der BAW; einschränkend muß gesagt werden, daß sie teilweise ihre Aussagen zurückzogen).
Diesen verkürzten Rückblick auf die Startbahnbewegung habe ich gemacht, um aus der Geschichte zu lernen. Ein selbstbeweihräuchernder Blick auf brennende Sofas (interim-Vorwort) und die bloße Anzahl (der Teilnehmer) verstellt die Möglichkeit, die Wirklichkeit radikal und schonungslos zu betrachten. Dieser Blick macht den Eindruck, daß alles"noch im Rahmen" geblieben ist, trotz Beifall für die Bullen, panischer Flucht der Hälfte des autonomen Blockes beim Bullenangriff, nicht verhindertem Faschistenaufmarsch und keiner sichtbaren konkreten und kämpferischen Opposition gegen die Herrschenden Verhältnisse. Die selbstzufriedene Unmittelbarkeit, die ein paar nette Barrikaden zu versuchten organisierten riots stilisiert (interim-Vorwort; mal ehrlich,hattet ihr am 1.Mai einen im Tee?) wird dann, wenn auch aus der Spielwiese Kreuzberg Ernst wird, zeigen, daß sie schon immer das Pfeifen der Kinder im Keller war.

Heinz Xanthippa, ein frankfurter Autonomer,Mai 1993

A U F K L Ä R U N G :

Im Zuge des allgemeinen Plattmachens zwecks Neugestaltung des Zentrums der REICHSHAUPTSTADT entschied sich am 23.03.1993 eine sogenannte "Hauptstadtkommission" um die Damen und Herren Diebchen, Schwätzerle und von Eierschreck endgültig dazu, eine "DDR-Altlast", den Palast der Republik (Palazzo Prozzo, Erich's Lampenladen) per Abrißbirne abzuwickeln.
Offensichtlich haben sie zuviel Kohle!
Seitdem läuft ein wüster Streit, ob MANN an dieser Stelle lieber ein feudales Raubschloß, oder eine Kinkelbude errichten lassen will.

Per Sponsoring der toitschen Industrie ermuntert, planen die PREUSSENfreaks für Anfang Juni (wahrscheinlich ab 07.06.) eine gigantomanische Werbeaktion - Aufbau einer Schloßattrappe.
Die Arbeiten dazu laufen schon!

W A R N U N G :

Wir haben gerüchterweise vernommen, daß einige GenossInnen in FLAMMENder Begeisterung dieses außergewöhnliche Schauspiel gebürend zu illuminieren gedenken.
Dieses GESPENSTERschloß soll jedoch unmittelbar vor dem Palast errichtet werden und (obwohl aus Spezialglas) sind dessen Außenwände keineswegs feuerfest!!

Eine (farben) fröhliche Begehung dieses festlichen Ereignisses sollte dennoch in unser aller Interesse liegen!

Autonome BrandwächterInnen

WIR HABEN, WIE ALLGEMEIN BEKANNT WURDE, DEN CHEVROLET DES REP VOSS ABGEFACKELT

UNSERE POST IST ABER SCHEINBAR NICHT ANGEKOMMEN

DA WIR DAS ORIGINAL AUCH NICHT MEHR HABEN, MÜSSEN ALLE, DIE MEHR WISSEN WOLLEN, DIE NÄCHSTE RADI LESEN !

FASCHISTEN UND IHRE INFRASTRUKTUR ANGREIFEN !

ANTIFASCHISTISCHE GRUPPE 21. NOVEMBER

ERST WENN DER LETZTE BAUM DEN AUTOTOD STIRBT...

...DIE LETZTE BAULÜCKE MIT HOTELS ZUGEBAUT...

...DER LETZTE KIEZBÄCKER THOBENKUCHEN GEMACHT IST,

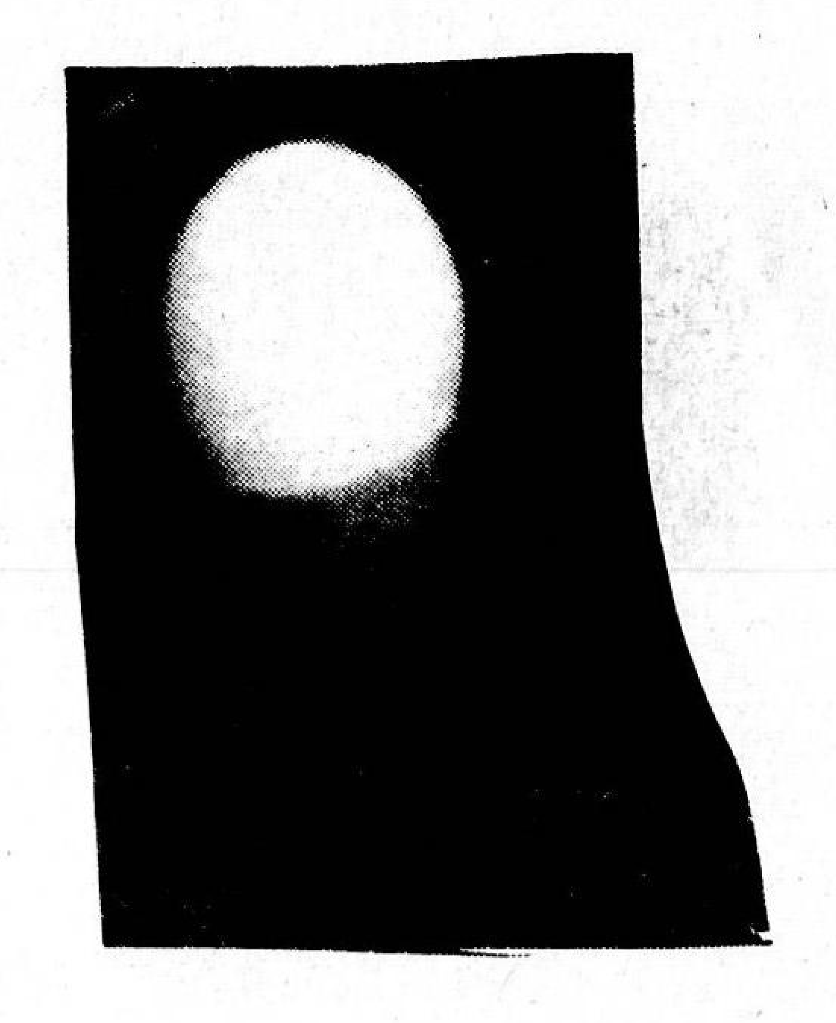
WERDET IHR FESTSTELLEN, DASS MAN OLYMPIA NICHT ESSEN KANN

FRAUEN / LESBENSPORT

WIR HABEN FREITAGNACHT DIE SCHEIBEN DES
M U S I K C A F E 's IN DER YORKSTR.22
EINGESCHLAGEN UND DEN INNENRAUM MIT FARBE
VERSCHONERT !!!
DIE KNEIPE IST (ODER WAR ??? SIE HAT SEITHER
GESCHLOSSEN)
TREFFPUNKT VON REPUBLIKANERN UND ANDEREN RECHTEN!

KEINEN FUßBREIT DEN FASCHISTEN !!!
LIEBE GRUßE AN ALLE KAMPFENDEN FRAUEN

EINIGE ♀♀

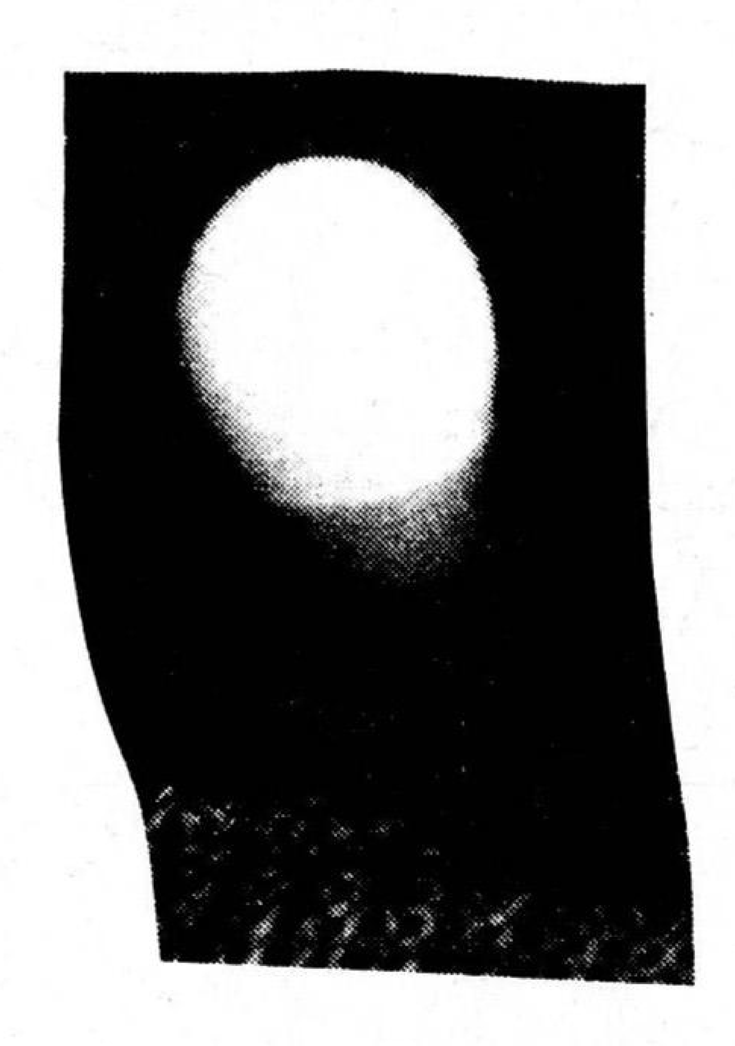


Am 7.Mai wollten sich die Faschos der "Nordischen Jugend" in einem Wald bei Östringen (Kraichgau) zu ihrer Jahreshauptversammlung mit "Kulturprogramm" (Nazi-Liedermacher Rennicke) treffen.

Da hatten wir was dagegen.

Auf unseren Besuch reagierten die Faschos mit panischer Flucht, wobei sie sich kein bischen um ihre anwesenden Kiddies kümmerten (denen wir im Gegensatz zu Nazi-Behauptungen kein Haar gekrümmt haben).
Da ihre Schiss zu beachtlichem Fluchttempo führte beschränkten wir uns hauptsächlich auf Sachschaden, zwei Autos, die Müsikanlage und die Vorräte mußten dran glauben.

Hau weg den Nazi-Dreck !



WARUM SIE HEUTE DRAUSSEN BLEIBEN MÜSSEN !

Wer flüchtlingendie möglichkeit verweigert asyl beantragen zu können und sie damit gezwungenermassen in die illegalität treibt,
wer flüchtlinge zurückweist und in die mörderischen, von hier mitverantworteten bedingungen ihrer fluchtländer abschiebt,
wer die mauern an den grenzen immer höher baut, in form von sondergesetzen und des sog. asylkompromisses,
wer flüchtlinge in lager sperrt und dadurch aussondert und abstempelt,
muss damit rechnen vor verschlossenen türen zu stehen.
Wir haben die schlösser der eingangstüren von parteien und institutionen wegen ihrer funktion innerhalb des strukturellen rassismus zugeklebt.

Darmstadt 24.5.93 antirassistische kleberInnen

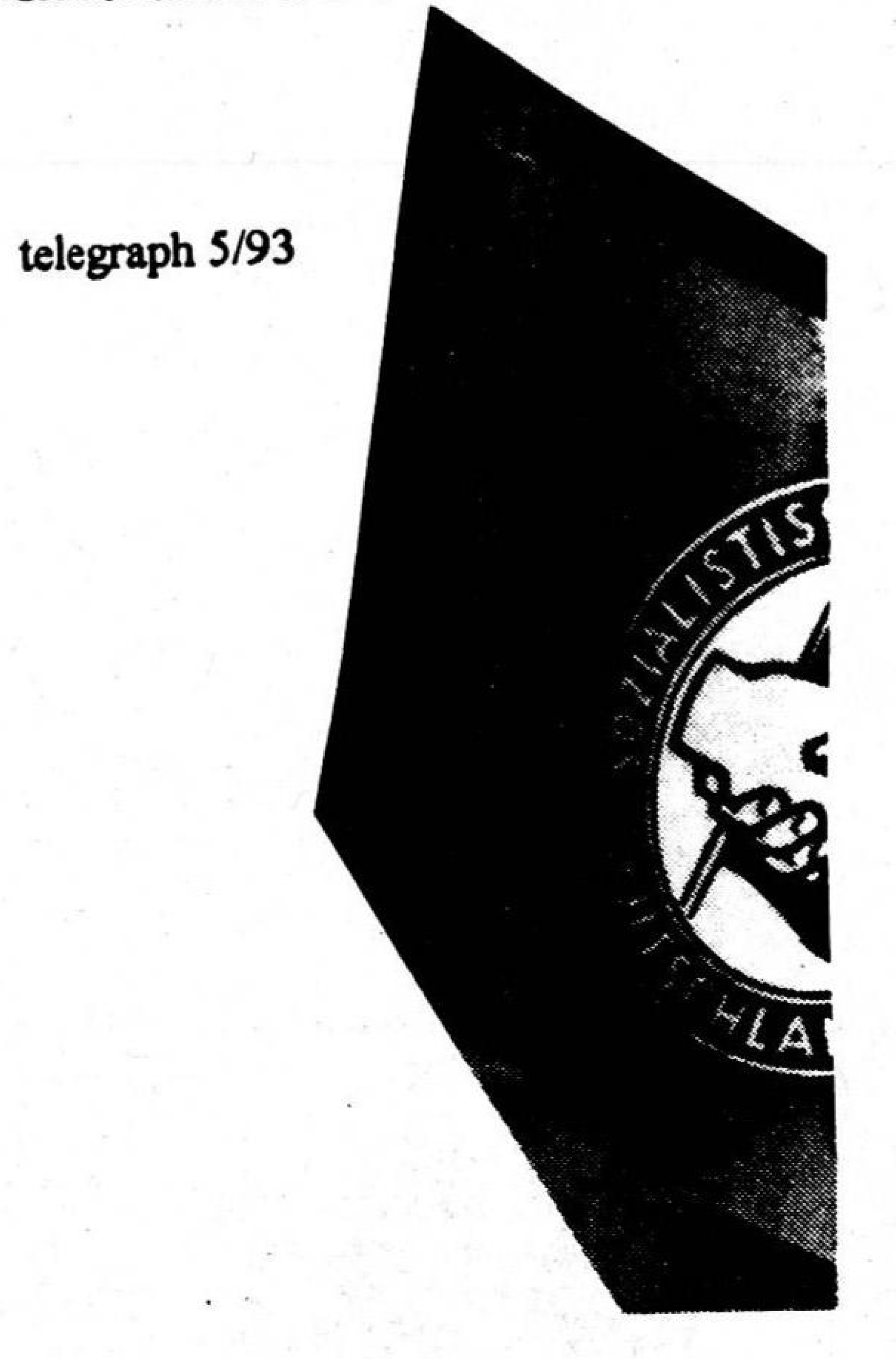
p.s. An die männer und frauen, die hier wohl oder übel hier arbeiten müssen. Die aktion richtet sich nicht gegen sie. Nutzen sie die entstandene freie zeit für sich und zum nachdenken darüber ob sie lager, abschiebungen, sondergesetze gegen menschen, die gezwungen sind zu fliehen für richtig halten.
Handeln auch sie aktiv gegen rassismus in ihrem alltag und auf ihrer arbeit.

Folgende adressen haben wir aufgesucht:

AusländerInnenamt/Ordnungsamt DA Luisenstr. 5
AusländerInnenamt DA/DI Rheinstr.65
SPD Dreibrunnenstr. 22
FDP Rheinstr.22
CDU Emilstr.21
Verwaltungsgericht/Asylsenat Orangerieallee 12

Bildnachweis:

telegraph 5/93



Antifa Demo in Schwedt / Oder

aas - Autonome Antifa Schwedt



*** 1991 Ein Obdachloser wird von Nazi-Skins zu Tode geprügelt *** 1992 Melanie (13) wird von rechtsextremistischen Jugendlichen gefangengenommen, gequält und gefoltert, sie sirbt *** Ende 1992 Eine Linke wird am hellerlichten Tag von Faschisten angegriffen und zu Boden geprügelt *** Mitte 1993 Skins verwüsten zweimal die Büros des Stadtjugendringes, in dem damals auch die Antifa Mitglied war, Mollis lassen einen Clubraum ausbrennen *** Anfang 1993 Fünf Linke, Besucher eines öffentlichen Jugendclubs werden von 12 Faschisten mit Flaschen und Baseballschlägern angegriffen, ein Antifa wird fast zu Tode getreten, 2 Wochen Koma, 12 Wochen Krankenhaus *** April 1993 Nachdem der linke Club in Criewen (nahe Schwedt) insgesamt acht mal von Schwedter Faschisten angegriffen wurde, und dieser nun einer Ruine gleicht, ziehen weiter permanent Nazi-Horden durch das Dorf, ein Linker wird mit einem Molli beworfen und fängt Feuer *** April 1993 Auch der Alternative Karthausclub ist Ziel faschistischer Angriffe, 30 Skins (aus Schwedt, Hamburg und Emden) prügeln die Gäste nieder *** Mai 1993 Vier Linke (2 Mädchen, 2 Jungs) wollen den Irish Pub besuchen, eine Horde rechter Skinheads geht sofort gegen sie los, das flüchtende Auto wird demoliert ***

Schwedt liegt etwa 1 Autostunde von Berlin entfernt im Nordosten Brandenburgs. Mit dem Auto auf der Autobahn Richtung Prenzlau, Abfahrt Joachimstal, über Angermünde nach Schwedt. Mit dem Zug ab Lichtenberg nach Angermünde dort mit Bus oder Bahn weiter nach Schwedt.

GEGEN DEN BRAUNEN GÜRTEL UM BERLIN!

Schwedt ist eines der wichtigsten Zentren des organisierten Rechtsextremismus in Brandenburg. Die NF (Nationalistische Front) und ihre Nachfolgeorganisationen SrA (Sozialrevolutionäre Arbeiterfront) und FMJ (Förderwerk Mitteldeutsche Jugend) haben die starke Skinhead-/Fascho-Szene (150 bis 200 harte Nazis, noch viel mehr biederes Fußvolk) in der Stadt voll im Griff.
Aktionen gegen Linke, Wehrsportlager, neonazistische Publikationen, Kaderschulungen etc. sind an der Tagesordnung. Unterstützt werden die Schwedter Nazis durch zahlreiche Kameraden in Berlin, Bad Schaumburg, Emden, Hamburg...
Aber nicht nur in Schwedt, nein, in ganz Brandenburg sind Schwedter Faschisten aktiv.

Kampf den Provinz-Faschos!

12. Juni 15.00 Uhr

Platz der Befreiung (Stadtmitte, neben Hertie-Kaufhaus)

V.i.S.d.P. Schroede aas

Kein Fußbreit den Faschisten



Verhindert den NPD-Parteitag!

Bundesweite Demo 5.6.93

Bad Langensalza/Th...

Der NPD-Parteitag ist nach Poching bei Passau verlegt worden. Auch dort wi4rd demonstriert. Abfahrt von Berlin ist 20 Uhr Alex/Haus des Reisens. Treff dort schon eine Stunde vorher.

... dem Bundesparteitag der NPD am 5. Juni in Bad Langensalza/Thüringen versammeln sich alte »Kameraden« und Neonazis, unter anderem aus den verbotenen Nazivereinigungen wie DA, NF und NO. Die NPD verbindet rassistische Hetze mit offenem Terror. Dies darf nicht ungehindert weitergehen.

Kontakt-Telefon:
0 36 91 / 7 51 03

Bisherige Aufrufer:
Vorbereitungsgruppe des Antirassistischen Ratschlag Erfurt 6. 11. 93 (Bildungswerk des DGB, VVN, PDS Kulturverein Mauerbrechen e.V.); Jugend gegen Rassismus in Europa - JRE

Lokale Infos

JRE
Berlin
Olaf-Palme-Zentrum
Brunnenstr.125
Tel.:Di und Do 15-17 Uhr 4643614

Geplant ist ein Autokorso und ein Buskonvoi (Fahrpreis ca. 38 DM ;kann evl. mit Spenden noch reduziert werden) mit Abfahrt am 5.6.93 1°° Uhr (Treff 24°° Uhr) vor dem Haus des Reisens (Nähe Alex).

V.i.S.d.P.: Petersen, Köln

Unsere Toleranz hat Grenzen - NPD stoppen!

Wir rufen auf zur Demonstration gegen den Bundesparteitag der NPD am 5. 6. 93 im Bad Langensalza/Thüringen.

Die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands) ist eine rassistische und faschistische Organisation. Seit Ende der sechziger Jahre verbreitet sie ihre Hetze gegen Ausländer, Gewerkschaften, Linke und Minderheiten.

Der NPD fällt bei der Arbeitsteilung der deutschen Nazis hauptsächlich die Aufgabe zu, durch ihre Propaganda den stiefeltragenden Schläger- und Mördertrupps den Boden zu bereiten.

Schlips-und-Kragen-Faschisten

Stärker noch als REP und DVU dient die NPD auch dazu, direkte Verbindungen zwischen Terroristen und "respektablen" Schlips-und-Kragen-Faschisten aufrechtzuerhalten und vertiefen.

Aktivisten der NPD beschränken sich nicht auf Propaganda. Wenn es sein muß, wird auch selber Hand angelegt. Zur Zeit steht der Ex-Chef des NPD-Kreisverbandes Hagenow (Mecklenburg-Vorpommern) wegen versuchten Mordes vor Gericht. Er soll Jugendliche zum Überfall auf das Flüchtlingsheim Bahlen/Boizenburg aufgerufen haben.

In den letzten Jahren verstärkte die NPD die Zusammenarbeit mit den offenen Neonazi-Gruppen. Gerade seit den Verboten der Deutschen Alternative (DA), Nationalistischen Front (NF) und anderen vermehren sich die Kontakte. Es besteht die Gefahr, daß die NPD zum Sammelbecken für militante Neo-Nazis wird. Für die bietet die NPD eine gute Gelegenheit, unbehindert von staatlicher Einmischung zu arbeiten.

Die Faschisten wollen Ausländer, Gewerkschafter und Linke einschüchtern und letztendlich unsere demokratischen Rechte zerstören.

Bundesparteitag vehindern

Die NPD wird auf diesem Parteitag die rassistische Hetze verbreiten, die mitverantwortlich für den faschistischen Terror und die faschistischen Morde ist. Deshalb muß dieser Parteitag verhindert werden. Da wo das Recht auf freie Meinungsäußerung nur dazu benutzt wird, die Abschaffung demokratischer Rechte und rassistischen Terror vorzubereiten, muß dieses Recht ausgesetzt werden. Faschistische Organisationen müssen an der Verbreitung ihrer Propaganda gehindert werden. Sie müssen durch massenhaften Widerstand politisch geschlagen und eingeschüchtert werden.

Der Bundesparteitag der NPD ist dabei von zentraler Bedeutung, weil die NPD ein Bindeglied zwischen den "Schlips und Kragen"-Faschisten und den faschistischen Terrorbanden ist.

Wir appellieren an alle AktivistInnen der antifaschistischen Bewegung, am 5. Juni nach Bad Langensalza zu kommen.

Wir appellieren an die Mitglieder, Aktiven und Funktionäre der Gewerkschaften, sich an der Demonstration zu beteiligen, um die Gegenwehr deutscher und ausländischer Arbeiter gegen rassistische Hetze und Spaltung zu zeigen.

Mit vereinten Kräften können wir die NPD stoppen - auf nach Thüringen am 5. Juni!

...gend gegen Rassismus in Europa - JRE

Brandanschlag auf "Unsa Kiezzentrum"!

In der Nacht zum Dienstag, den 25.05.93 wurden die historischen und seit Mitte der 80er Jahre unter Denkmalschutz stehenden Kindl-Festsäle durch Brandstiftung schwer zerstört. Nach ersten Schätzungen von Sachverständigen entstand ein Sachschaden von annähernd 1 Million DM.
Wir gehen von einem "warmen Abriß" durch die der Bauwert AG oder ihrer Handlanger aus!
Der Bauwert AG gehören die Kindl-Festsäle, samt dem Areal bis zur Rollberg- bzw. Mainzerstr. Auf diesem Areal soll das umstrittene 4-Sterne Hotel, zusammen mit einem 43 Meter hohen Büroturm errichtet werden. Woolworth soll, da es noch einen gültigen Pachtvertrag bis 2015 besitzen, in die Kindl-Säle ziehen, um dem Hotelneubau den nötigen Platz zu schaffen. Aber genau dieser Umzug gestaltet sich äußerst schwierig, denn die Auflagen des Denkmalschutzes für den Innenbereich machen es Woolworth fast unmöglich, dort ihren "normalen" Verkaufsbetrieb einzurichten. Vielleicht hat der Brand jetzt genau die Voraussetzungen geschaffen, die für einen Umbau zu einer Kaufhausfiliale benötigt werden.
Genug Gründe für einen "warmen Abriß"! Die jüngste Geschichte gibt weitere Aufschlüsse.

- 89 Der letzte Pächter der Kindl-Festsäle gibt auf. Seit diesem Zeitpunkkt stehen sie leer.
- 89/90 Die Bauwert AG kauft das gesamte Areal für 20 Mio DM.
- 91 Die Baupläne für ein 440 Betten Luxushotel und einen Sternförmigen Büroturm werden der Öffentlichkeit vorgestellt, Baukosten ca. 400 Mio DM. Baubeginn soll noch im selben Jahr sein.

Der Denkmalschutz, der seit Mitte der 80er die Fassade schützte, wird auf einige Inneneinrichtungen erweitert.
Das Neuköllner Anti-Umstrukturierungsplenum (NAUP) gründet sich: Kiezpalaver, Kiezdemos, Plakate, Flugblätter, Kiezspaziergänge gehören zu den Aktivitäten gegen die Umstrukturierungs- und Vertreibungspolitik durch Bezirksamt und Spekulanten.

- 92 Durch die Auflagen des Denkmalschutzes, Kritik an den Hotelplänen und durch Proteste der AnwohnerInnen und des NAUPs verzögert sich der Beginn der Bauarbeiten.

Am 13.6. werden die Kindl-Festsäle besetzt, mit dem Ziel, dort ein unabhängiges Kiezzentrum zu errichten.
Am 2.12. wird Bezirksbürgermeister Mey ein Offener Brief mit 180 Unterschriften von Gewerbetreibenden und Initiativen übergeben, der sich u.a. gegen den Hotelneubau richtet und die Schaffung eines unabhängigen Kiezzentrums in den Kindl-Festsälen fordert.

- 93 Noch immer ist kein Baubeginn in Sicht, denn für Woolworth ist noch keine akzeptable Lösung für den Umzug in die Kindl-Säle gefunden worden.

25.5. Die Kindl-Festsäle werden durch Brandstiftung schwer zerstört.

Weder der Brand, noch der Zeitpunkt des Brandes waren Zufall. Berlins Geschichte ist voll von "warmen Abrissen" durch Spekulantenhand. Und gerade hier bei den Kindl-Sälen ist der Zusammenhang von wirtschaftlichen Interessen und der Effektivität eines Brandschadens überdeutlich. Umso mehr hat uns befremdet, wie schnell dies von unterschiedlichen Stellen ausgeschlossen worden ist. Trotz oder gerade wegen der Schnelligkeit des Ausschlusses von "wirtschaftlichen Interessen" deutet alles auf "warmen Abriß" durch die Bauwert AG hin, vertreten durch die Spekulanten Leibfried und Baumgarten (Firmendresse: Kleiststr. 23-26, 1-30). Da nützen auch die billigen Nebelgranaten nichts, die Baustadtrat Manegold versucht zu werfen, in dem er uns, das NAUP, in Verbindung mit dem Brand bringen will. Seine grandiose logische Denkleistung besteht darin, eine Initiative die gegen das Luxushotel und für die Kindl-Säle als unabhängiges Kiezzentrum kämpft, der Brandstiftung an ihrem zukünftigen Kiezzentrum zu bezichtigen. Der Versuch, berechtigten Protest in die kriminelle Ecke zu drängen, hat auch in Neukölln Tradition bekommen. Aber dies sind nur verzweifelte Versuche, dem immer stärkeren Wind, der ihren Umstrukturierungsplänen entgegenweht, zu entgehen. So sprechen nicht nur die von uns gesammelten 180 Unterschriften eine deutliche Sprache, sondern auch die gescheiterten Projekte wie Forum Neukölln (Investor abgesprungen) oder Bürohotel an der Neuen Welt (ebenfalls Investor abgesprungen).
Wir werden auch weiterhin Widerstand leisten gegen die Brandstifter und Biedermänner im Bezirksamt und Bauwirtschaft, die uns mit ihrer kriminellen Umstrukturierungspolitik aus dem Stadtteil vertreiben wollen.

Wir fordern die sofortige Instandsetzung der Kindl-Festsäle auf Kosten der Bauwert AG!
Wir fordern die Kindl-Säle als "Unsa Kiezzentrum"!

Neuköllner Anti-Umstrukturierungsplenum - NAUP



Blind gleich mies ?

In der Interim Nr. 236 habt Ihr Karikaturen als Layoutmaterial verwendet, die das offizielle Olympialogo aufs Korn nehmen.
Die meisten davon fanden wir wirklich witzig; eine hat uns aber überhaupt nicht gefallen:
Bei der Karikatur auf Seite 24 ist aus dem Olympiabären das Blindensymbol geworden.
Wahrscheinlich sollte damit angedeutet werden, daß Olympia-BefürworterInnen "blind sein müssen", also keine Ahnung haben, was Olympia für Berlin bedeuten würde (natürlich bleibt Berlin Nolympic City !).
Dieses Verwenden einer Behinderung als Metapher für Negatives ist nach unserer Meinung "behinderten"feindlich!
Eine entsprechende Haltung drückt sich auch in "Schimpfworten" wie "Krüppel", "Spasti" und anderen aus, die mensch auch in linksradikalen Zusammenhängen hören kann.
"Behinderte" werden auch in unserer Praxis ausgegrenzt; das fängt beim (halblauten) Fluchen über RollstuhlfahrerInnen an, die die "Marschordnung" bei Demos stören und hört mit öffentlichen Treffen, die für Rollis nicht zugänglich sind, noch lange nicht auf.
Auch in unseren Diskussionen, Ideen und Zusammenhängen haben "behinderte" Männer und Frauen keinen Platz. Die Unterdrückung von "Behinderten" ist für uns kein Thema.
Warum machen bei uns kaum "behinderte" Menschen mit?
Wenn wir wirklich eine Alternative zu den HERRschenden Verhältnissen bieten wollen, sollten wir darüber nachdenken, durch welche Mechanismen wir Menschen ausgrenzen, die nicht der (auch von uns akzeptierten) Norm des gesunden, fitten und austrainierten Einheitsmenschen entsprechen.

Gegen HERRschaft und Ausgrenzung- für Selbstbestimmung und Solidarität !

"...und wer noch frei ist von schuld,der/die werfe den 1.stein"

wir haben das parteibüro der cdu/mölln in der nacht vom 20.5.93 auf den 21.5.93 mit zwei dicken,fetten steinen entglast.
dieses ist im gegensatz zu den machenschaften der cdu,welche tausende von politisch verfolgten in ihr heimatland abschiebt, wo sie von bürgerkrieg,folter,mord,etc. bedroht,dem tod ins auge sehen müssen,nur ein tropfen auf den heißen stein.
doch scheint eine solche vorgehensweise oftmals der einzige weg, die menschheit aus dem alltagsschlaf zu reissen,in welchen sie durch abstumpfende medien regelmäßig fallen.
diese aktion sollte einzig und allein unseren protest ausdrücken, gegenüber der abschaffung des rechtes auf asyl,welche eine große koalition der 3 bürgerlichen parteien,angeleiert durch die cdu, zu verabschieden gedenken.
zwar glauben wir nicht,daß es die steine des denkanstoßes für die massen waren,doch wir hoffen wenigstens auf der nächsten demo die parole
"menschen sterben und ihr schweigt,scheiben klirren und ihr schreit"
aus unserem repertoire streichen zu können.

grüße an alle,die nicht alles stillschweigend hinnehmen.

kommando zum tag x /kreis herzogtum lauenburg

Der Sinn der Kritik ist ihr Zweck

Es ist schon längst fällig, unsere Aufarbeitung der Geschichte und Enttarnung der beiden LKA-Bullen in Freiburg zu veröffentlichen. Verschiedene Gründe haben dazu geführt, daß dies erst jetzt geschieht.
Zum einen setzten und hofften wir unmittelbar nach der Enttarnung der beiden auf einen gemeinsamen Diskussions- und Aufarbeitungsprozess der einzelnen "direkt betroffenen" Gruppen und Einzelpersonen. Alle sollten Zeit haben, ihre Situation und ihr eigenes Verhalten darin zu analysieren und zu reflektieren sowie Kritik und Selbstkritik im Umgang mit dem Vergangenen entwickeln, um dann im größeren Plenum zu diskutieren und die Ergebnisse zusammenzutragen. Dies mit dem Ziel, eine gemeinsame, von allen getragene Stellungnahme herauszugeben. Die gemeinsamen Treffen, zu denen sich anfangs eine sehr zusammengewürfelte Mischung von Gruppendelegierten und auch Einzelpersonen einfanden, wurden kleiner und kleiner und versandeten, ohne konkrete Ergebnisse hinterlassen zu haben.
Die Gründe dafür sind vielschichtig: Strukturprobleme, gegenseitige Schuldzuweisungen, Diskussionsschwierigkeiten von verschiedenen Leuten miteinander behindern Kommunikation, Diskussion und gemeinsame politische Arbeit schon seit Jahren.
Zum anderen waren wir in den darauffolgenden Monaten in verschiedenen politischen Diskussionen und Aktivitäten eingebunden. Im Widerstand gegen die Einrichtung der Bezirkssammellager und der Asylschnellverfahren oder auch in der Verhinderung von Aktivitäten der Faschisten, wie z.B. am 3.Oktober.

Uns fehlte oft die Energie, der Raum für diese doch sehr grundlegenden Diskussionen über die Enttarnung, die zwangsläufig und berechtigterweise Fragen nach Struktur und Organisierung aufwerfen. Darüberhinaus standen auch interne Schwierigkeiten und sich widersprechende Einschätzungen einer schnelleren Diskussion im Wege.
Deswegen erst jetzt. Wir wissen, daß es ein Fehler ist, so spät öffentlich Stellung zu beziehen. Allein schon deshalb weil es für viele Menschen, die nicht direkt "betroffen" waren, außer der Pressekonferenz, einem kurzen Flugi und den Berichten in Radio und Zeitungen im August `92 keine weiteren Informationen gab. Als einzige "Informationsquelle" blieb nur die Freiburger Gerüchteküche übrig.

Um für alle Transparenz in den Ablauf der Geschichte zu bringen, werden nun zuallererst die Fakten benannt.Daran schließen wir unsere Konsequenzen und weiteren politischen Überlegungen an.

Wir hoffen und wünschen, daß die Spitzelgeschichte nicht als Story konsumiert wird, sondern auch nach mittlerweile acht Monaten noch zu einer konstruktiven Auseinandersetzung führt.

1. Die Legende der beiden LKA-Bullen

Im Winter 1990/91 tauchten zwei junge Männer in Freiburg auf, die sich unter folgenden Namen vorstellten:
1. "***Christian*** Thomas Rücker", geboren am 20.02.68 in Waiblingen, 185 cm groß (Daten aus dem Personalausweis),
2. "***Hajo*** Hans Joachim Callsen", damals angeblich 23 Jahre alt, aus Celle.
Beide Personen haben im Kreisaltersheim in Kirchzarten gearbeitet, einer als Pfleger, der andere in der Küche. Die Stellen seien ihnen vom Bundesamt für Zivildienst (Köln) im Rahmen einer Arbeitsvermittlung im Anschluß an den Zivildienst vermittelt worden. Vor ihrer Zeit in Freiburg wollen sie Zivildienst geleistet haben, und zwar gemeinsam 24 Monate lang im Kreiskrankenhaus in Winnenden bei Stuttgart.
Ihre (Sozial-)Wohnung wurde ihnen laut Mietvertrag vom Liegenschaftsamt in Freiburg zur Verfügung gestellt, in der Schwarzwaldstr. 76 s (Knopfhäusle-Siedlung). Dies alles ohne Wartezeit, an der Schlange der Wohnungslosen vorbei.
Sie haben öfters kurzfristig Urlaub genommen, mit falschen Angaben wie z.B. zur Plege der kranken Mutter. In dieser Zeit nahmen sie Kontakt zu ihren LKA-Führungsoffizieren auf, erstatteten Bericht und wurden zu weiteren Einsätzen geschult.

2. Chronologie ihres Auftretens

Die beiden LKA-Bullen kamen während des Golfkrieges, als hier in Freiburg einige neue politische Initiativen anliefen. Die Mobilisierung gegen den Krieg am Golf Anfang 1991 (Demos, Veranstaltungen, Blockadetage...) wurde für viele zu einem wichtigen Betätigungsfeld, und etliche Menschen fanden hier den Einstieg in die linke politische Szene. Die beiden suchten (und fanden) einen gemeinsamen Einstieg in offene Plena, um von dort aus als "irgenwie bekannt" in andere Gruppen hineinzukommen. Sie erschienen:

- zuerst auf einer Veranstaltung zur Anti-Shell-Kampagne am 30.11.´90
- ab Anfang 1991 im Blockade-Plenum, in welchem verschiedene öffentliche Protestaktionen gegen den Golfkrieg vorbereitet und durchgeführt wurden, u.a. gegen den Rüstungskonzern LITEF, gegen die Badische Zeitung, gegen die Ölindustrie,...

- in der Vorbereitungsgruppe für den Sternmarsch in Freiburg am 23.02.91 , an dem etwa 2000 Leute teilnahmen;

- in der Türkei-Kurdistan-Gruppe. Dort stiegen beide nach wenigen Monaten im Sommer '91 wieder aus. Vielleicht stellten sie dort als politisches Thema "nur" die konkrete Unterstützung einer Krankenstation in Cizre/Kurdistan fest. Nach ihrem "Abgang" versuchte der VS (Verfassungsschutz) einzelne Kurden aus der Gruppe anzuwerben (vgl. Ausbruch Nr.36)

- in der Initiative für Zusammenlegung/Freilassung von politischen Gefangenen aus RAF und Widerstand, die öffentlich gegen die Haftbedingungen in der BRD protestierte. Ab Sommer '91 arbeitete nur noch "Hajo" in der Gruppe mit (bis zu seinem Ab- bzw. Umzug nach Stuttgart im Juni '92). Als Motivation gab er seine moralische Betroffenheit an, "man müßte doch was gegen die Haftbedingungen tun". Er war mehrfach als Delegierter auf verschiedenen überregionalen Treffen. Zumindest einmal tauchte er als selbsternannter Delegierter aus Freiburg auf: in Mannheim bei einem Nachbereitungstreff der Demos gegen die rassistischen Angriffe in MA-Schönau.

- ab April '91 tauchten beide im damals noch offenen Antifaschistischen Selbstschutz-Plenum auf. Etwa ab Sommer '91 war nur noch "Christian" präsent, bis zu seiner Enttarnung am 30.07.92. Als Beweggrund für die Arbeit in der Antifa gab C. an, "daß er in einem Stadtteil großgeworden sei, in dem er erlebt habe, wie die Bullen türkische Jugendliche niedergemacht hätten".
Im Antifa-Plenum wurden Aktionen gegen Fascho-Aktivitäten mitgetragen. Das Plenum ist mit an der Organisierung von Schutzwachen vor Flüchtlingsheimen beteiligt, sowie ab 1992 am Widerstand gegen die Bezirkssammellager und gegen das Asylschnellverfahren aktiv.
C. hat sich vor allem für die Wunsiedel/Passau-Mobilisierung und bundesweite Antifa-Strukturen interessiert. Unseres Wissens hat er jedoch davon nichts mitbekommen. C. war allerdings an der Schreibtischtäteraktion gegen den Koordinator des Bezirkssammellagers in Freiburg beteiligt.

3. Chronologie der Enttarnung

Im folgenden eine Auflistung der verschiedenen, teilweise voneinander isolierten Versuche, Klarheit über die Identität der beiden zu gewinnen. Da immer verschiedene Leute daran beteiligt waren, blieben die Recherchen zum Teil bruchstückhaft, und selbst diese Bruchstücke wurden noch nicht einmal gemeinsam zusammengetragen.
Schon zu Beginn ihres Auftretens bestand aufgrund ihrer konkreten und wiederholten Fragerei nach Strukturen (z.B. wer macht die in Freiburg erscheinende (kriminalisierte) Zeitschrift "Ausbruch") der Verdacht, daß sie bzw. einer von ihnen Bullen sind. Bei anderen löste diese Fragerei nur ein Mißtrauen oder ein "schlechtes" Gefühl aus. Für sie waren solche Fragen noch keine Beweise, daß es Bullen sind. Zu diesem Zeitpunkt begannen einige Leute mit Recherchen zu C.s und H.s Arbeit hier in Freiburg sowie zu ihrer Vorgeschichte.
Aufgrund C.s "zurückhaltender und zuhörender Art" und weil er fast nichts über sich erzählte, wurde etwa im August '91 versucht, mehr Kontakt zu ihm zu bekommen.
Im November '91 fand ein genaueres Gespräch mit C. statt, da einzelne aus dem Antifa-Plenum bestimmte Aufgaben aufgrund eines eigenen "schlechten" Gefühls/Mißtrauens oder aufgrund der existierenden Spitzelgerüchte nicht mit ihm machen wollten. Zudem gab es Kritik an seinem Verhalten, zuviel zu fragen und zuviel wissen zu wollen. Dabei mimte er den "zutiefst Betroffenen", der "sich jetzt nicht in der Lage fühlt, darüber zu reden".

Im Frühjahr '92 wurde "Hajo" in einer persönlichen Auseinandersetzung mit Menschen, die mit ihm zu tun hatten, aufgefordert, sich von "Christian" zu trennen (mit dem er seit ihrem gemeinsamen Eintreffen in Freiburg wohnte), weil gegen diesen ein Bullenverdacht bestünde. Zu diesem Zeitpunkt lief noch immer die anfängliche Recherche. Zu dieser internen Auseinandersetzung können wir nicht mehr sagen, weil diese außerhalb unseres Zusammenhangs gelaufen ist.

Am 26.07.92 offenbarte sich in Tübingen/Reutlingen ein LKA-Spitzel selbst, und seinen Kollegen gleich mit. Diese Information und die offensichtlichen Parallelen zwischen der Legende der Tübinger/Reutlinger und "Hajo" und "Christian" (gemeinsamer Zivildienst, zu zweit neu in die Stadt gekommen, Verhalten) verhärteten den Verdacht gegen C. und H. Einzelne Indizien und Verdachtsmomente, mißtrauische Gefühle wurden nochmals von mehreren zusammengetragen und sie beschlossen, sich nun die nötige Klarheit über die Identität der beiden zu verschaffen.

Am 30.07.92 wurde mit C. ein längeres Gespräch geführt. In dessen Verlauf verwickelte er sich in immer mehr Widersprüche und machte Angaben, die einer Überprüfung nicht standhalten konnten. In seinen Besitz wurden Sachen gefunden, ein VW-Golf-Autoschlüssel (obwohl er eine Ente fuhr), ein Überweisungsformular über 600-DM, sowie Telefonnummern, die den Verdacht erhärteten, daß er ein LKA-Bulle ist. Am nächsten Tag war der Bulle flüchtig, sein Kollege "Hajo" war drei Tage später morgens aus seiner neuen Wohnung bei Stuttgart ausgezogen und ebenfalls verschwunden.
Die Befragung von C. durch ihm bekannte Personen am 30.07.92 wurde unter der Vorgabe durchgeführt, entweder vollständige Entlastung zu erlangen oder den Nachweis zu führen, daß er ein Bulle ist. Es gab die Einschätzung, daß die Bullen trotz der Enttarnungsschlappe in Tübingen versuchen würden, das landesweite LKA-Projekt in den anderen Städten vielleicht in veränderter Form weiterzuführen. C. hatte in Freiburg seit Juli '92 angekündigt, daß er sich überlegt, die Stadt zu verlassen. Er wollte seinen Job kündigen, in Urlaub fahren,

eventuell neue Perspektiven suchen und vielleicht studieren. Wahrscheinlich versuchte er seinen Abgang vorzubereiten, da die Spitzelgerüchte nie ganz verstummt waren. "Hajo" war schon im Juni nach Stuttgart gezogen, vermutlich um sich von C. abzusetzen, der stärker unter Bullenverdacht stand. "Hajo" hätte sich dann in Stuttgart - mit politischer Geschichte in Freiburg - nochmals neu einschleusen können.
Am 04.08.92 wurde dann bundesweit eine Warnung verschickt ("Nadeln im Heuhaufen").

Nachdem C.s Angaben zu seiner Person und seiner Geschichte nun endgültig abgeklärt waren, sie hatten sich alle als falsch rausgestellt, wurde für den 6.8.92 ein internes Plenum einberufen, mit allen Menschen, von denen wir zu diesem Zeitpunkt wußten, daß die zwei zu ihnen politische und/oder persönliche Beziehungen gehabt hatten.
Die Idee, zu einem sofortigen offenen Plenum einzuladen, wurde verworfen, weil uns erst einmal eine genauere Recherche von dem, was die beiden mitbekommen hatten, notwendig erschien. Dazu sollten die betroffenen Gruppen Zeit haben, außerdem sollten auch die "betroffenen" UrlauberInnen informiert werden.
Auf dem Plenum am 6.8.92 wurde u.a. beschlossen, eine gemeinsame Presseerklärung zu verfassen und eine Pressekonferenz einzuberufen. Letztere fand dann am 10.08.92 mit unterschiedlichen Radio- und ZeitungsjournalistInnen sowie dem SWF3-Fernsehen statt.

4. Zu unserem Vorgehen in der Öffentlichkeitsarbeit - Kritik an der Pressekonferenz

Über die Vorgänge in Tübingen wurde von der Presse folgendermaßen berichtet: nur die "Liebesbeziehung" des LKA-Bullen habe zur "Offenbarung" geführt, das Innenministerium habe ihm aus menschlichen Gründen dazu geraten. Weiterhin wurde die Bespitzelung damit begründet, daß es gegen das sogenannte "RAF-Umfeld" immer gerechtfertigt sei, zu spitzeln.
Vielleicht seien ja ein paar Leute zuviel bespitzelt worden, eventuell könnten diese Akteneinträge gelöscht werden. Dies ist natürlich nicht passiert. Inwieweit die verdeckten Ermittler (in ganz BaWü eine Zahl unter zehn) tatsächlich vom LKA wieder abgezogen worden sind, wie Landesinnenminister Birzele (SPD) behauptete, ist bis heute nicht geklärt.

Unsere Überlegungen zur schnellen Einberufung einer Pressekonferenz mit den bürgerlichen Medien waren taktischer Natur und sollten der Konstruktion der lovestory in Tübingen und damit der Entpolitisierung der Spitzelaktion entgegenwirken. Durch die schnelle Veröffentlichung/Enttarnung der beiden Bullen in Freiburg wollten wir aufzeigen, daß der Innenminister log, als er den schon erfolgten Rückzug aller "entdeckten Vermittler" verkündete (Deren Einsatz zudem bis Anfang '92, also ein Jahr lang, nicht vom Gesetz gedeckt war.).
Das Echo auf die Pressekonferenz war insofern positiv, als über den dpa-Verteiler überregional und durch die anwesenden RedakteurInnen regional berichtet wurde. Jedoch führte der Versuch, die Infos bis nach der Pressekonferenz zurückzuhalten, dazu, daß viele hier erst aus der bürgerlichen Presse von der Enttarnung der Spitzel erfuhren.

Stark kritisiert wurde von einigen die von uns in der Presseerklärung verwendete Argumentation:

"Über ihre (Bullen) Präsenz und ihre vermeintliche Solidarität an wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen fanden sie unterschiedliche Kontakte zu einzelnen von uns. Dabei nutzten sie das ihnen entgegengebrachte Vertrauen aus und schreckten auch nicht vor angeblichen Liebesbeziehungen zurück." und "...die Tatsache, mit welcher kalten Berechnung hier Menschen hintergangen worden sind."

Natürlich, um auf die Kritik einzugehen, ist dies - außer Informationen zu sammeln - eines der Ziele der Bullen, wenn sie uns bespitzeln. Es ging auch nicht darum, darüber zu jammern, daß ein Bulle unser Vertrauen mißbraucht hat. Wir wollten mit diesem Satz lediglich verdeutlichen, was staatliche Repression noch heißen kann.

5. Wieso konnten sie sich solange in "unseren Strukturen" halten ?

Mit "unseren Strukturen" bezeichnen wir im weitesten Sinne WGs, in denen politisch arbeitende Menschen wohnen, politische Zusammenhänge,...

Schon von Anfang an gab es Verdachtsmomente gegen die beiden; die Bandbreite reichte immer wieder von "es sind Bullen!" bis zu "merkwürdigen /mißtrauischen Gefühlen". Andererseits wurde immer wieder der Versuch unternommen, sich ihr auffälliges Verhalten zu erklären (bis hin zu psychologischen Erklärungsversuchen), warum sich mensch wohl so verhält. Wir berücksichtigten dabei, daß die Szeneverhaltensnorm nicht der einzige Maßstab zur Beurteilung von Menschen sein kann und darf.

Einen konstruktiven, d.h. verantwortlichen klärenden Umgang mit der Situation und den Verdachtsmomenten gab es nicht.
Den beiden gelang es, sich fast 1,5 Jahre in verschiedensten politischen Gruppen und auch privaten Zusammenhängen zu bewegen. Die ersten Überprüfungen der beiden waren zu ungenau, da beispielsweise in dem Glauben an eine stichhaltige Legende, die einfachsten Angaben der beiden zu ihrer Geschichte, z. B. die Zivildienststelle, gar nicht mehr überprüft wurden. Außerdem wurden die Ergebnisse der einzelnen Recherchen nicht verbindlich zusammengetragen. Leute, die erst später mit den beiden oder einem von beiden zu tun hatten

und von dem Verdacht erfuhren oder selbst einen hatten, gingen immer davon aus, daß zumindest die Eckdaten der Legende der beiden überprüft wurden.

Mit dem Verdacht wurde individuell umgegangen:

- einzelne Menschen gingen z.B. aus Gruppen raus, ohne die Gesamtgruppe über ihre Gründe zu informieren. Allenfalls wurde dies an einzelne vermittelt und diese entschieden dann wiederum alleine über die Weitergabe der Infos (oder auch nicht).
- Arbeitsgruppen wurden einfach unter anderen Begründungen aufgelöst.
- Gespräche und Diskussionen wurden im Beisein der zwei nicht geführt oder abgebrochen, wenn sie hinzukamen.
- auf Terminen wurde abgeblockt über bestimmte Dinge zu reden, ohne Angabe von Gründen oder aber mit Ausreden.
- diejenigen, die einen Bullenverdacht hatten oder auch nur ein Mißtrauen, zogen individuell persönliche und auch politische Grenzen in der Kommunikation mit den beiden, ohne die Gesamtgruppe zu informieren.

Auch bei uns (Antifa) waren nicht alle von Anfang an über den Verdacht gegen C. informiert. Von einigen wurde nach bestimmten Aktionen im Frühsommer '92 eine gemeinsame Diskussion in Gang gebracht. Aus zweierlei Gründen wurde diese dringend notwendig:
Erstens begann C. gezielter auf Leute von uns zuzugehen, die nichts von dem Verdacht wußten, und stellte diesen auch recht klare Fragen zu Treffen, Strukturen, Aktionen. Solch direkte Fragen standen im Gegensatz zu seinem sonstigen Verhalten in Diskussionen.
Zweitens hatte sich das offene Antifaschistische Selbstschutz-Plenum von einer eher unverbindlicheren Struktur zu einem verbindlicheren Zusammenhang entwickelt. Untereinander hatten sich verschiedenste, auch unterschiedlich enge Beziehungen ergeben, nur mit C. gab es diese Entwicklung in dem betreffenden Jahr nicht. Da er für alle von uns als Mensch ungreifbar geblieben war, sich so auch kein Vertrauen aufbauen konnte, war klar - unabhängig von dem, daß einzelne glaubten, daß er ein Bulle sei - daß C. aus der Gruppe gehen mußte.

Innerhalb dieser Diskussion fiel uns der frühere ungenaue und z.T. auch üble Umgang mit Leuten, denen gegenüber ein Bullenverdacht bestand, schwer auf die Füße.

Kurzer Rückblick:
In den achtzigern gab es einigen Leuten gegenüber einen Spitzel- bzw. Bullenverdacht und daraufhin einen kurzen "Abrechnungsprozeß". Obwohl meistens schon kurze Zeit später klar war, daß es die Falschen erwischt hatte, wurde dies weder gemeinsam mit den vom Verdacht Betroffenen geklärt noch in anderer Form politisch aufgearbeitet. Diese Ereignisse waren zumindest für einige von uns - trotz starkem Mißtrauen - der Grund zu zögern. Aus der Angst heraus, vielleicht einen Menschen ungerechtfertigt "sozial" und politisch zu liquidieren, wie es schon mehrmals passiert ist. Und ausgerechnet als uns ein richtiger Bulle gegenübersaß, zögerten wir zu lange. In den seltensten Fällen kann es dabei also eine 99%ige Sicherheit geben!

Die Tatsache, daß die linke Politszene mit Verdachtsmomenten eher schlampig umgeht und gleichzeitig die Gefahr von Überreaktionen besteht, war den Bullen wohl schon vorher bekannt. Darauf basierte zumindest die Fortsetzung ihres Projekts. Allerdings sind die beiden nicht in alle Strukturen hereingekommen, und sie haben vieles auch nicht mitgekriegt

6. Aufarbeitung: Kritik, Diskussion, Konsequenzen

Hinsichtlich der Frage, warum die Recherchen zu den beiden nicht liefen, zu spät liefen und/oder zu wenig vermittelt wurden, stellten wir immer wieder Versäumnisse in der Kommunikation unter uns (Gruppen und Einzelpersonen) fest. Dies ist weder einmalig noch per Appell zu beheben, da es ein Ausdruck der existierenden Strukturen in der linken/linksradikalen Szene ist. Solange wir diese Strukturen nicht verändern, werden uns auich die besten kriminalistischen Schnüffelpraktiken gegen Bullen/Spitzel nur punktuell etwas nützen. Das nächste Mal werden die Bullen vielleicht etwas schlauer vorgehen.

Wir können an dieser Stelle nur etwas zu den Fehlern und Versäumnissen in der Antifa, im offenen Plenum, aus unserer eigenen Entwicklung und Diskussion schreiben.

Das anfangs offene Antifaschistische Selbstschutzplenum war geprägt von personeller Fluktuation, Unverbindlichkleit, ungenauer politischer Auseinandersetzung. Es fanden sich unterschiedliche unter anderem aber auch neue Leute dort zusammen.
Eine Struktur, in der es leider "üblich" ist, daß wenige viel sagen, vorschlagen und einbringen während viele - oft auch neue Leute - wenig sagen, sich nicht trauen nachzufragen und dies auch von allen Beteiligten so hingenommen wird. So kommt es natürlich selten zu Diskussionen, in denen alle etwas voneinander mitbekommen - an politischer Meinung, Zweifeln, Schwierigkeiten und subjektiven Befindlichkeiten - und sich darüber besser kennenlernen.

Im Laufe von mehreren Monaten wurde das offene Plenum kleiner und kleiner, unter den noch verbliebenen entwickelte sich langsam ein Mehr an Diskussion, sich Kennenlernen und auch an Vertrauen. Im Verlauf dieser Entwicklung fiel natürlich auch auf, daß sich zu C. keine engere persönliche und politische Kommunikation herstellte. Aus unterschiedlichsten Gründen war dies von einigen von uns auch nicht gewollt. Die Gründe dafür waren: kein Gefühl zu ihm, diffuses und konkretes Mißtrauen.
Einen gemeinsamen Umgang/Diskussion in dieser Situation fing unter uns - und ohne C. - erst sehr spät an. Die Entscheidung ihn aus der Antifa auszuschließen - auch ohne klare Beweise - fiel nach längerer Diskussion kurz vor der Enttarnung in Tübingen/Reutlingen, die den Stein dann endgültig ins Rollen brachte.

Im nachhinein haben wir uns gefragt, welche anderen Gründe zu C.s längerem Verbleib in der Szene geführt haben können.

"Eine Möglichkeit, Zugang zu uns zu bekommen und sich problemlos unter uns zu bewegen, besteht für Bullen z.B. durch den "Szene-Jargon", dessen Benutzung als Ausweis für Zugehörigkeit in der Szene gilt, der aber eine unpräzise Sprache ist, die hauptsächlich darin besteht, in bestimmten Floskeln eine diffuse "Antihaltung" zum Ausdruck zu bringen."

So stellen wir in Diskussionen immer wieder fest, daß unterschiedliche Leute Wörter anders definieren, interpretieren und benutzen. Eine unpräzise Sprache ist auch nur ein Ausdruck von fehlenden Inhalten und fehlenden politischen Zielen.

Positiv ausgedrückt: Eine Sprache, die Ausdruck von klaren, politischen Vorstellungen und Bewußtsein ist, führt zwangsläufig zu mehr und intensiverer Diskussion, hält zum Nachdenken und Nachfragen an, was es - ein Aspekt - für Spitzel schwerer macht, sich in unseren Zusammenhängen zu bewegen. Übrigens, um Mißverständnissen vorzubeugen, verstehen wir unter der "präziseren Sprache" nicht den inflationären Gebrauch von Fremdwörtern.

Unverbindlichkeit in der politischen Organisierung und Diskussion, die Abtrennung der sogenannten "persönlichen" Verhältnisse, der persönlichen Veränderung von der im Gegensatz dazu als politische Arbeit bezeichneten, Unehrlichkeit und mangelnde Auseinandersetzungen, wenn es Kritik oder Fragen aneinander gibt, kennzeichnen die heutige Situation. Widersprüche werden nicht ausgetragen, sondern entweder verdrängt (um später u.U. umso heftiger wieder aufzubrechen) oder aber bloß als trennend begriffen und nicht geklärt.

Zur Frage der politischen Organisierung, zum Verhältnis von verdeckter und offener politischer Arbeit haben wir einen *Auszug aus dem Papier "Diskussionsbeitrag zum Liquidationsblatt gegen S.H.", erstellt von mehreren Hamburger Gruppen im November 1989*, übernommen. Weil es gut formuliert ist und unsere Gedanken und Überlegungen zu diesem Thema widerspiegelt.

"Ein Punkt ist, daß es keine klare Trennung von verdeckter und offener politischer Arbeit und ihren unterschiedlichen Organisationsformen gibt. So besteht ein Widerspruch zwischen dem Anspruch, eine offene Gruppe zu sein und dem Besprechen konspirativer Themen. Um diesen Widerspruch zu beseitigen, bedarf es zunächst einer Diskussion über die Absichten und Ziele unserer politischen Arbeit, um dann daraus die notwendigen Strukturen zu entwickeln. Wollen wir uns wirklich für neue Leute öffnen und sie in eine Gruppe oder ein Plenum aufnehmen, dann können wir dort keine konspirativen Angelegenheiten besprechen, sonst ist der nächste Spitzelverdacht vorprogrammiert.

An diesem Punkt ist es wichtig, Sinn und Zweck konspirativen Verhaltens klar zu bestimmen; zu oft entsteht der Eindruck, als wenn konspiratives Verhalten zu einem Selbstzweck geworden wäre, um damit sich und anderen eine Wichtigkeit des eigenen politischen Arbeitens zu beweisen. Die genaue politische Arbeit (keine Infos übers Telefon, die Kneipe ist kein Ort für - womöglich lautes - Gerde über Aktionen und Auseinandersetzungen, siehe dazu: "Anna und Arthur") muß sich eben auch auf konspiratives Verhalten beziehen: Es ist zweckbestimmt zum Schutz von Menschen in der politischen Arbeit, um die Handlungsfähigkeit zu erhalten. Das ist einmal der direkte Schutz gegenüber den Bullen und deren Repressionsmaschinerie, andererseits allgemein der Schutz vor einer überflüssigen Offenlegung von Strukturen...

Wir müssen davon ausgehen, daß wir selber die ergiebigste Informationsquelle für die Bullen sind, mit Informationen, die am Kneipentisch erzählt werden oder übers Telefon gehen."

An dieser Stelle möchten wir etwas zum Thema "Tratsch und Klatsch in der Szene" sagen. Bis heute ist noch nicht klar, wieviel C. und H. tatsächlich über Leute erfahren haben. Selbst Leute, die bewußt keinen Bezug zu den beiden hatten, haben sich dadurch keine "Immunität" erhalten können; denn sie wissen nicht, was von anderen an Küchen- und Kneipentischen über Personen, Strukturen, Konflikte, Aktionen absichtlich und unabsichtlich erzählt worden ist!

"Konspiratives Verhalten bzw. solche Strukturen sind unabdingbar mit einem persönlich-politischen Vertrauen zueinander verknüpft. Nur so wird ein "reduziertes" Miteinanderumgehen ("Kommunikation" über Zettel oder immer

klar haben, was gesagt werden kann, als einfache Beispiele) nicht zu einer Lähmung der politischen Handlungsfähigkeit führen. Wir denken, daß für JedeN konspiratives Verhalten immer eine hohe Anforderung an Genauigkeit, Konzentration und Belastbarkeit bedeutet; aus dieser Streßsituation entstehende Probleme und Konflikte lassen sich nur klären bzw. auffangen, wenn ein Vertrauensverhältnis zueinander besteht."

Erst wenn all jene Auseinandersetzungen laufen, wird es für die Bullen schwieriger, Leute einzuschleusen.

So wie es abgelaufen ist, sind wir unserer Verantwortung uns selbst und anderen gegenüber nicht gerecht geworden. Es ist unerträglich und nicht entschuldbar, was die Bullen an vielen Punkten mitkriegen konnten. Obwohl dies für die offenen Strukturen nicht zu "strafrechtlichen Konsequenzen" führen muß. Doch sie wissen über Personen, Strukturen und politische Positionen besser als vorher Bescheid.

Indes bewirken Spitzelparanoia, Arroganz, Besserwisserei, übertriebenes Sicherheitsgetue außer Abschreckung und damit auch die Gefahr von Isolierung und dem Abrutschen in politische Bedeutungslosigkeit wenig.

Es geht für uns nach wie vor darum, das "Ghetto" aufzubrechen, Einstiegsmöglichkeiten für neue, interessierte Leute offenzuhalten.
Offene Strukturen sind ein Teil revolutionärer Bewegungen, es geht darum, auch in diesen für eine Veränderung zu kämpfen.
Es gibt kein Patentrezept, um Strukturen frei von Spitzeln zu halten. Wir wollen mit dieser Aufarbeitung dazu beitragen, daß in Zukunft gemeinsam und damit besser und schneller gehandelt wird.

Leider ist dieses Papier - bezüglich unserer desolaten Strukturen - nicht auf dem aktuellsten Stand, denn der Mord an Kerstin hat (uns) noch vehementer gezeigt, daß uns unsere mangelhafte Kommunikation/Diskussion und Zusammenarbeit schwer auf die Füße fallen kann bzw. fällt. Auf keinen Fall wollen wir behaupten, daß die Spitzelgeschichte und der Mord an Kerstin auf einer Ebene vergleichbar sind. Auch wäre es falsch, die Geschehnisse hier miteinzufügen. Lediglichwollen wir bemerken, daß unsere Fehler uns immer wieder im Wege stehen werden, solange wir nicht anfangen, diese aufzuarbeiten.

Ansonsten verweisen wir auf das Papier über die Spitzel aus Tübingen/Reutlingen.

Anstiftung zum Abtreibungstourismus

Was den deutschen Frauen Holland war, was den Irinnen England ist, kann den Polinnen Deutschland werden

Frauen in Polen sollen "unter allen Umständen" zurück an Heim und Herd katapultiert werden. Darüber werdem am 11.06.1993 zwei Vertreterinnen des "Polnischen Feministischen Verbandes" aus Warschau berichten. Die Veranstaltung findet um 20.30 Uhr in der Schokofabrik, Mariannenstr. 6, 1000 Berlin 36, HH, 4. Etage statt.
Eingezwängt zwischen katholischer Kirche und einem Wunschkapitalismus, der nicht funktioniert, zwischen sozialistischen und wirtschaftlich-religiös fundamentalistischen Frauenbildern, einmal Nebenwiderspruch, einmal stille Arbeitsmarktreserve, einmal dreifach belastet, einmal arbeits- aber nicht kinderlos, einmal Abtreibung einzig offiziell zur Verfügung gestelltes Verhütungsmittel, einmal Abtreibung als Verbrechen, müssen sich Frauen in Polen selbst neu definieren.
Abtreibung ist ohne staatliche Verfolgung in Polen nicht mehr möglich. Wohl aber bieten Schlepperorganisationen betroffenen Frauen für horrende Summen, die in Dollar zu bezahlen sind, Abtreibungstourismus unter katastrophalen medizinischen Bedingungen in die Ukraine, in die Tschechei oder Slowakei an.
Feministisches Eingreifen der Berlinerinnen ist notwendig. Außer den Feministinnen aus Warschau wird auch eine Vetreterin von Pro Familia sprechen. Aufgrund der rechtlichen Situation des § 218 sind die Vorraussetzungen für Frauen aus Polen, die eine Abtreibung brauchen, auch hier kein Zuckerlecken. Je nach Karlsruher Richterspruch müssen rechtliche Vorgaben eingehalten werden. Im schlechtesten Fall bedeutet es, daß Frauen sich einem Indikationsgespräch aussetzen müssen, daß sie drei Tage zwischen Indikation und Eingriff warten müssen. Außerdem wird es hier nur in den seltensten Fällen einen kostenlosen Eingriff geben.
Schlafplätze bereitzustellen, finanzielle Unterstützung vor allem für junge Frauen und sozial schwache Frauen zu organisieren sind nur zwei Aspekte von möglichen Unterstützungsaktionen.

Spenden zur Anstiftung des Abtreibungstourismus unter:
Kto-Nr. 67 000 53 63, Sparkasse Berlin, BLZ 100 500 00
Kontoinhaber: Polnischer Sozialrat e.V.
BITTE UNBEDINGT ALS VERWENDUNG "ANSTIFTUNG ZUM ABTREIBUNGSTOURISMUS" ANGEBEN !!!!

V.i.S.d.P.: Polska Rada Spoleczna T.z. / Polnischer Sozialrat e.V., Kohlfurter Straße 40, 1000 Berlin 36, Tel.: 030 / 615 17 17
28.05.93

Mörder und Faschisten – die dänische Polizei

Der 18. Mai war der Tag der Volksabstimmung über das Edingburgh-Abkommen in Bezug auf die EG-Union. Auf dem Blägårds-Platz im Stadtteil Nφrrebro in Kopenhagen gab es ein Anti-Unions-Konzert. Als um ca. 22 Uhr das Resultat, was ein Ja zur Union war, feststand, ging der Großteil der Leute - ca. 500 - zur naheliegenden Hauptstraße, um dort ein Happening zu machen. Ein Teil der Straße wurde mit Bauwägen und Mülleimer blockiert, um eine "unionsfreie Zone" zu errichten. Als die Bullen die Straße zu räumen versuchte, entwickelte sich ein Straßenkampf, der sich weiter zum St. Hans Torv verlagerte und bis ca. 3 Uhr andauerte. Barrikaden wurden gebaut, Steine flogen und bei Banken wurden die Scheiben eingeschlagen und das Inventar beschädigt. Die Bullen schossen Tränengas, Zivilbullen warfen Steine zurück und schließlich schossen Bullen in Zivil und Uniform mit Schußwaffen auf Leute, obgleich diese laut Augenzeugen im Rückzug waren.

Hier zeigte die dänische Polizei unverhüllt ihr faschistisches Gesicht. Mindestens 100 Schüsse wurden in eine Menschenmenge gefeuert. Diese Form von Aufruhrbekämpfung (brutales Niederschießen) erweckt Assoziationen mit dem, was beispielsweise im besetzten Palästina Praxis ist. Es ist ein Wunder, daß es keine Toten gab. Elf Leute haben schwere Schußwunden erlitten und mehrere wurden oberflächlich getroffen. Die Schußwunden zeigen, daß bei dieser zynischen Handlung auf keine Art und Weise Rücksicht auf Menschenleben genommen wurde:

- einer wurde am Kiefer nahe der Halsschlagader getroffen,
- eine Personen wurde in den Rücken nahe der Wirbelsäule geschossen,
- zwei haben Schußwunden im Bauch erlitten,
- die anderen Verletzten wurden durch Schüsse an Armen und Beinen verletzt.

Verschiedene Fernsehaufnahmen dokumentieren, daß in Herz- und Kopfhöhe geschossen wurde. Wer getroffen wurde und wo war zufällig; einige der Verletzten waren bis zu 40 Meter von den Bullen entfernt.

Die Politiker, die Bullen und die Presse haben sich nur damit beschäftigt, wie gefährlich die Situation für die Bullen gewesen sei, und wie viele Schwerverletzte es auf ihrer Seite gegeben habe. Es zeigt sich dagegen schnell, daß es mit den sogenannten lebensgefährlichen Verletzungen der Bullen nicht viel auf sich hatte. Es dreht sich hauptsächlich um blaue Flecken, Nasenbluten und verstauchte Finger. Alle wurden am nächsten Tag wieder aus dem Krankenhaus entlassen. Sie haben jetzt psychologische Unterstützung angeboten bekommen.

Die Bullen fahren mit der faschistischen Verfolgung der Verletzten fort:

- Die Polizei erklärte die Verletzten für verhaftet, während sie im Krankenhaus liegen. Sie wurden wegen Brandstiftung, Gewalt gegen Beamte, Sachbeschädigung und Landfriedensbruch angeklagt.
- Die Verletzten durften offiziell weder Besuch, Briefe noch Telefonate kriegen, auch nicht von Angehörigen.
- Den Verletzten wurde, während sie operiert wurden, Kleidung, Geld und Sachen beschlagnahmt.
- Die Verletzten wurden, während sie noch unter Einfluß von Medizin waren, ED-behandelt.

Die Bullen wünschen eine harte Bestrafung der Verletzten, um so ihr brutales Schießen in die Menschenmenge zu legitimieren.

Am Samstag, den 22. Mai wurde die Verhaftung der Verletzten jedoch wieder aufgehoben, da es gesetzeswidrig ist, Leute im Krankenhaus zu verhaften.

Freiheit für alle politischen Gefangenen !

Mindestens 8 Leute haben 13 Tage U-Haft bekommen, davon sitzen 4 in Iso-Haft. Die anderen ca. 20 Verhafteten kamen am nächsten Tag wieder raus.

Mittwoch Nacht kam es erneut zu Straßenkämpfen. Wieder wurde eine Bank angegriffen und die Bullen schossen mit Tränengas. Vier Leute wurden verhaftet.

Am Samstag, den 22. Mai gab es eine Demo mit ca. 2000 Leute.

Aufgestauter Haß gegen die EG-Union der Kapitals und ihre Lakaien;
Hintergründe der 2-tägigen Straßenschlacht

Die Behauptungen der Bullen und der Presse, daß Leute so wütend und furchtlos gewesen wären, weil sie Speed genommen hätten, ist ein weiterer Versuch, uns als unmenschliche PsychopathInnen darzustellen, die von der restlichen Bevölkerung des Stadtteils Nørrebro und der NEIN-WählerInnen isoliert seien. Der Zweck solcher Lügen ist es, das zu verhindern, was die HERRschenden am meisten befürchten: nämlich das mehr Leute das Richtige darin sehen, militanten Kampf gegen die EG-Union zu führen.
ABER WIR SIND NICHT ALLEIN!
Es zeigte sich schnell, daß viele verschiedene Leute aktiv und spontan teilnahmen oder sich mit dem was passierte solidarisierten. Die Ursache liegt darin, daß viele Leute die Schnauze voll haben von dem was die Politiker täglich von sich geben. Die Wut ist dabei den Leuten, die hier in den ärmsten ArbeiterInnenvierteln von Kopenhagen (Nørrebro, Vesterbro, Ghettovorstädte) leben, die Schwachen und Ausgestoßenen der Gesellschaft, die immerzu den höchsten Preis für die Krisenpolitik der Regierungen zu bezahlen haben. Egal ob konservative oder sozialdemokratische Parteien die Regierung bilden; die Realität ist, daß die EG schon seit langem Instrument für gemeinsame westeuropäische Krisenpolitik ist, wo es - ob in Dänemark, Europa oder der restliche Welt - im Prinzip ums Gleiche geht: Die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen. Die Zahl der über 17 Millionen (registrierten!) Arbeitslosen innerhalb der EG spricht für sich, ist jedoch nur ein Ausdruck des Umfangs der Unterdrückung und der Ausbeutung. Preissteigerungen, Lohnsenkungen, verstärkter Leistungsdruck, mehr Selbstmorde, mehr psychisch Kranke, mehr Gewaltverbrechen gegen Frauen, mehr Einsame ... sind andere Tatsachen, die nicht ignoriert werden können.
Wenn berichtet wird, daß es sich um die heftigsten Ausschreitungen seit dem 2. Weltkrieg handelte, muß dieses im Zusammenhang damit gesehen werden, daß die Krise - auch in der dänischen Gesellschaft - größer denn je ist. Besonders die sogenannte parlamentarische Demokratie steht einer enormen Krise gegenüber, weil keinE PolitikerIn in der Lage ist, zu erklären, warum beispielsweise für die Oresundsbrücke nach Schweden, an der nur das Kapital interessiert ist, Geld ausgegeben wird, aber in Bezug auf Lohnerhöhungen, Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse, Wohnungen, Gesundheit, sozialen Bereichen, Umwelt ... gespart wird. Ihre propagandistischen Argumente sind immer, daß Investierungen und Bildung von sogenannten "Kraftzentren" Arbeitsplätze schaffen würden - aber das einzige was geschaffen wird, ist der Rahmen, worin die KapitalistInnen noch mehr Profit machen und ihre Macht vergrößern können.

Wen verteidigt die Polizei eigentlich ?

Die Polizei ist eines der Werkzeuge der HERRschenden gegen die, die damit unzufrieden sind, ein Leben zu führen, daß "von oben" durch die EG diktiert wird und dagegen Widerstand führen. Die Polizei beschützt die Arbeit-"geberInnen", die StreikbrecherInnen, die Banken, Staatsoberhäupte, RassistInnen und FaschistInnen ..., und gehen zum freien Angriff auf streikende ArbeiterInnen, linke DemonstrantInnen, AusländerInnen und Flüchtlinge ... ja - sie können sogar Leute ermorden, ohne das es für sie Konsequenzen hat.
Die Rolle der Polizei in der Gesellschaft ist eindeutig. Alle PolitikerInnen - mit Ausnahme einiger weniger - haben sich geäußert, daß sie es in Ordnung fänden, daß die Polizei in solchen Situationen auf Leute schießt.
Wir fordern alle dazu auf, auf jegliche Art und Weise zu protestieren und zu zeigen, daß wir uns weder einschüchtern noch abschrecken lassen.

KAMPF DER EG-UNION DES KAPITALS

Unser NEIN zur Union ist ein NEIN zur kapitalistischen Entwicklung insgesamt. Das heißt für uns, für den Aufbau einer kollektiven, selbstbestimmten und demokratischen Volksmacht zu kämpfen. Unser NEIN ist ein internationalistisches NEIN und daher möchten wir Leute aus anderen Ländern gegen das EG-Gipfeltreffen, was am 21./22. Juni 1993 in Kopenhagen stattfinden soll, mobilisieren.
Einen Gruß auch an alle, die sie in anderen Städten (Århus, Oslo, Trondheim, Stockholm, Berlin ...) mit Demonstrationen, Angriffen auf Banken und dänischen Konsulate zu den Geschehnissen verhalten haben.

Die Initiative des 18.Mai

Unterstützt die Verletzten und Gefangenen!
Postgiro 5922070

In der Nacht vom 19. zum 20. Mai 93 hat es in der Frankfurter Allee in Friedrichshain mal wieder ordentlich geklirrt. Die Berliner Zeitung vermutete, daß dies im Zusammenhang mit der Nato-Tagung in Berlin geschehen ist. Der direkte Grund war aber in Kopenhagen zu suchen. Gründe gibt es genug.
Einige Banken und große Geschäfte wurden ihrer Scheiben beraubt. Gegen die anrückenden B ullen wurden Barris gebaut und Steine geworfen. Nach Zeitungsberichten ist ein angeblich Beteiligter festgenommen worden. Nach wenigen Minuten war schon alles vorbei.

Europa-Gegner warfen Steine

Unbekannte Europa-Gegner warfen in Hannover 12 Scheiben des niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten ein. Ans Gebäude sprühten sie: „Schüsse in Kopenhagen – das Europa der Bullen und Bonzen." In Kopenhagen hatte es nach dem Dänen-„Ja" zu Europa schwere Krawalle gegeben.

„Was sind eingeschmissene Scheiben gegen unsere Toten?"

Nach den Morden in Solingen entlud sich der Zorn junger Türken über zahllose Demütigungen in einer Nacht der Gewalt

Diese Bilder hätten uns Deutschen gerade noch gefehlt: Wasserwerfer, die türkische Fahnen schwenkende Demonstranten in Solingen auseinanderspritzen; mit Helm und Schild und Stock bewehrte Polizisten, die massenhaft auf junge Türken einprügeln oder — noch schlimmer — Bilder von verletzten Türken, die auf die Straße gegangen waren, um gegen die Ermordung von zwei Frauen und drei Kindern aus ihrer Nachbarschaft zu protestieren. Solche Bilder gibt es auch nach der zweiten Solinger Krawallnacht zum Glück nicht.

Weil aber mehr als zweitausend überwiegend junge Türken und ihre deutschen Mitstreiter rasch erkennen, daß die Polizeiführung und der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor solche Bilder um nahezu jeden Preis vermeiden wollen, gibt es in der Nacht zum Dienstag in der Solinger Innenstadt andere Szenen zu sehen: Da zertrümmern in der Schlagbaumer Straße vier junge Türken die großen Schaufensterscheiben eines Fahrrad- und Motorradgeschäftes. Ein junger Mann versucht die an der Seitenmauer des Geschäftes lagernden Verpackungen anzuzünden, was ihm nur deshalb nicht gelingt, weil die Flamme des Feuerzeuges zu schwach ist, die schwere Pappe zu entflammen.

Gleich darauf klirren bei der Tankstelle nebenan die Scheiben. Ein Geschäft mit Pokalen und anderen Sport- und Vereinsauszeichnungen kommt als nächstes dran: Ein Sprung in die Höhe, beide Füße abgewinkelt in die Scheibe gerammt, ein Klirren und Krachen — und vom Beifall der Freunde begleitet, schlendert der Täter die Straße weiter bergan. Hunderte von Polizisten stehen derweil zwei-, dreihundert Meter entfernt auf der Kreuzung Schlagbaumer Straße/Kronprinzenstraße/Adenauer-Straße und lassen sich als „Mörder und Faschisten" beschimpfen.

Noch am Abend dieser zweiten Nacht nach der Ermordung der zwei Frauen und drei Kinder aus der türkischen Großfamilie Genç in ihrem Fachwerkhaus in der Unteren Wernerstraße hatte der Düsseldorfer Innenminister Herbert Schnoor im *Westdeutschen Fernsehen* die Zuversicht geäußert, daß sich der Vandalismus der Vornacht nicht wiederholen werde. Bei aller gebotenen Zurückhaltung werde die noch einmal verstärkte Polizei verhindern, daß die Solinger Innenstadt erneut zum Schauplatz blinder Zerstörungswut werde, glaubte Schnoor versprechen zu können.

Wenige Stunden später zeigt sich, daß bei diesem Worten der Wunsch der Vater des innenministeriellen Gedankens war. Der vielfach als Ausländerfreund ausgewiesene nordrhein-westfälische Innenminister hat offensichtlich unzutreffende Vorstellungen von den — offenen und versteckten — Demütigungen, Benachteiligungen, Diskriminierungen, die gerade die jungen Türken hierzulande wie schwärende Wunden schmerzen. Und der Flammentod der beiden Frauen und der drei Kinder ist in ihren Augen nur der Beweis, daß es schlimmer ist und noch schlimmer wird, als sie ohnehin seit langem gefühlt haben. Gegner sind in ihren Augen nicht „die Deutschen", die sich auch in dieser zweiten Krawallnacht als Zuschauer oder Mittäter beteiligen — wohl aber „die Polizei".

Wo immer es in diesen Stunden bis nach Mitternacht zwischen Polizisten und jungen Türken zum Gespräch kommt — und auch das geschieht in dieser Nacht häufig —, gibt es die immer gleichen, oft gebrüllten Fragen: Wo wart ihr, als unsere Moscheen brannten? Wo wart ihr, als die Nazis ungehindert durch die Stadt zogen? Warum habt ihr nichts getan gegen die Skins, die immer frecher werden? Und dann die immer gleichen Ankündigungen: „Jetzt nehmen wir die Sache selbst in die Hand." Und in der Kullerstraße schreit einer hysterisch auf: „Wir wollen jetzt auch Blut", ein Ruf, der begeistert aufgenommen und wiederholt wird: „Wir wollen auch Blut."

In dieser Nacht fließt es zum Glück nicht in Solingen — wenn man von ein paar Blessuren absieht, die sechs Polizisten zurückbehalten haben, als sie nach Stunden in ihre Unterkünfte zurückkehren. Die in Sprechchören als „Nazi-Schweine" titulierten Polizisten können nicht verhindern, daß sich die aufgebrachte Menge gegen 22 Uhr vom Sammelpunkt an der Kronprinzenstraße die Adenauer-Straße herunterwälzt. Steine werden aus dem Pflaster gebrochen oder von ungesicherten Baustellen herbeigeschafft. Wieder klirren die Scheiben. Die Polizisten versuchen die Steinewerfer einzufangen, sind aber wegen ihrer schweren Schutzausrüstung in den meisten Fällen viel zu langsam und schwerfällig, um die leichtfüßigen Täter einzuholen. Neben Beschimpfungen ernten die Frauen und Männer in Uniform bei solchen Szenen noch Hohn und Spott.

Die in Solingen aufgebotenen Spezialisten von der GSG 9 machen es nicht viel besser. Zeitweise ist die hin- und herwogende Menge Herr der Adenauer-Straße. Die anfängliche Wut wandelt sich in Lust an der Zerstörung. Jede eingeworfene Scheibe wird mit Jubelrufen quittiert. Die roten türkischen Fahnen mit dem Halbmond werden geschwenkt, „Türkei, Türkei" wird gerufen, gejauchzt. Fahnengeschmückte Autos rasen in halsbrecherischem Tempo durch die Menge. In diesen Minuten genießen die jungen Leute sichtlich das Gefühl der Macht und der Mehrheit.

Aufruf zu Protest in Solingen

SOLINGEN, 1. Juni (Reuter). Mehrere Gruppen haben für Samstag zu einer Großdemonstration in Solingen aufgerufen. In dem am Dienstag veröffentlichten Aufruf des „Solinger Appells" werden der sogenannte Asyl-Kompromiß und die Beschlüsse zum Solidarpakt kritisiert und ein stärkeres Vorgehen gegen rechtsradikale Organisationen gefordert. Man wünsche sich einen Bundespräsidenten, so hieß es, der seine Unterschrift unter den neuen Asylparagraphen des Grundgesetzes verweigere.

Die Flüchtlings-, Friedens- und Ausländer-Initiativen fordern die doppelte Staatsbürgerschaft und das aktive Wahlrecht für Ausländer, ein vom Ehemann unabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen und Kinder und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen. Wichtig sei eine außerparlamentarische Opposition gegen die „große Parteien-Koalition" in der Frage des Asyl- und Sozialrechts.

Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen „Grauen Wölfen" und linken türkischen Gruppen, die am Vortag und noch an diesem Nachmittag vor dem abgebrannten Haus in der Unteren Wernerstraße die innertürkischen Rivalitäten hatten deutlich werden lassen, sind an diesem Abend in der Innenstadt nicht zu beobachten. „Was sind schon Steine und paar eingeschmissene Scheiben gegen unsere Toten", fragt ein junger Türke in fast akzentfreiem Deutsch und schleudert seinen Brocken gegen das Gebäude der Stadtsparkasse. Das Gebäude ist zwar von einer Polizeikette geschützt. Aber eben nur bis zur Kopf- und Schildhöhe. Die Steine fliegen höher. An einigen Stellen werden kleine Feuer entzündet; ein Auto wird umgekippt und demoliert. Aus einer Schreckschußpistole knallen Schüsse, Feuerwerkskörper werden gezündet. Und immer wieder fliegen Steine durch die Luft.

Um 23.35 Uhr erreicht ein Konvoi aus rund 50 Taxen mit meist Düsseldorfer Kennzeichen mit ohrenbetäubendem Hubkonzert die Grenze der Innenstadt. Die Wagen mit ihren türkischen Chauffeuren werden von der Polizei an der Weiterfahrt gehindert. Nach einigem Hin und Her drehen sie um und fahren zurück Richtung Düsseldorf. Später werden diese Autos die Autobahn von Wuppertal nach Düsseldorf mehrere Stunden lang sperren. Die Fahrer wollen die Blockade erst dann aufheben, wenn die Polizei „unsere in Solingen festgenommenen Kinder wieder freiläßt", teilt eine Türkin einem Fernsehteam auf der Autobahn mit. Auf diesen Handel läßt sich die Polizei nicht ein. Im Morgengrauen, als der Verkehr wieder fließt, sind noch 62 in Solingen festgenommene Türken in Polizeigewahrsam.

Im Morgenradio kündigt derweil Innenminister Schnoor eine härtere Gangart an: „Rädelsführer" und „Aufhetzer" dieser zweiten Solinger Krawallnacht würden bestraft und „unerbittlich ausgewiesen" — wenn es denn solche gibt. Falls Augen und Ohren nicht täuschen, bedurfte es zumindest in dieser Nacht in Solingen bei den jungen Türken keiner „Aufhetzer" und „Rädelsführer", um sich endlich einmal Luft zu schaffen. In einem anderen Punkt aber ist Herbert Schnoor zuzustimmen: Diese Nacht, sagte er am Morgen, habe nicht der deutsch-türkischen Freundschaft gedient.

Polizei schützt Skins in Syke

HANNOVER, 1. Juni (Reuter). Die Polizei im niedersächsischen Syke hat am späten Montagabend eine drohende Eskalation zwischen rund 20 mutmaßlichen Rechtsextremisten und fast 100 zumeist türkischen Jugendlichen verhindert. Nach Auskunft eines Sprechers brachte die Polizei die Skinheads aus einem Wohnhaus in ein außerhalb der Stadt gelegenes Polizeirevier, nachdem sich immer mehr Jugendliche in der Nähe des Hauses versammelt hatten. Die Türken seien daraufhin abgezogen und mit einem Autokorso von rund 75 Fahrzeugen durch die Stadt gefahren.

Die von einem mutmaßlichen Rechtsextremisten bewohnte Wohnung hatten nach Aussagen einer Mitbewohnerin bereits am Vorabend rund 20 Menschen Menschen aufgebrochen und verwüstet. Zu der Konfrontation war es gekommen, nachdem jemand aus der Wohnung eine Flasche auf das vorbeifahrende Auto einer türkischen Familie geworfen hatte.

Polizei räumt Peenemünder Schiff

Peenemünde/Schwerin (taz/AFP). – Die sieben Besetzer eines U-Boot-Jägers der ehemaligen DDR-Seestreitkräfte im Hafen von Peenemünde sind gestern nach ihrer vorläufigen Festnahme wieder freigelassen worden. Die Polizei hatte am Montag abend das seit zwei Tagen besetzte Schiff gestürmt und die Demonstranten festgenommen. Die Räumung sei ruhig verlaufen.

Die Polizei wandte sich zugleich gegen die Darstellung von Augenzeugen, sie habe bei der Aktion schweres Schweißgerät benutzt. Dies sei zwar zunächst geplant gewesen, doch der Einsatz sei schließlich doch nicht nötig geworden, betonte ein Sprecher. Niemand sei verletzt worden.

Die Besetzer ließen sich ohne Widerstand festnehmen. Bei den Festgenommenen handelte es sich um zumeist Jugendliche, sechs Männer und eine Frau.

Am Samstag hatten rund 150 RüstungsgegnerInnen nach einer angemeldeten Demonstration fünf Marineschiffe geentert und teilweise bemalt. Bis auf die sieben Festgenommenen hatten die DemonstrantInnen von bundesweiten Bürgerrechtsbewegungen wie amnesty international und der Berliner Umweltbibliothek ihre Aktion nach und nach beendet.

Nach Polizeiangaben entstand durch die Besetzung ein Schaden von insgesamt 500.000 Mark.

art. Die Rüstungsgegner wollten mit der Besetzung des Kriegsschiffes gegen den geplanten Export von 39 Schiffen der früheren DDR-Streitkräfte nach Indonesien protestieren.

Rote Rosen für die Angeklagte Radosija T.

Mit einer siebenjährigen Haftstrafe für die Angeklagte sowie ausgerissenen Haaren und Prügel für die Mitarbeiterinnen von Frauengruppen endete gestern der Prozeß gegen die 47jährige Raumpflegerin Radosija T. Für das Landgericht steht fest, daß die Serbin und Angehörige der Roma ihren 55jährigen Ehemann Ziko T. nach einem langjährigen Ehemartyrium aus Verzweiflung und dem Gefühl von Ausweglosigkeit erschossen hat. Der Staatsanwalt hatte zehn Jahre und die Verteidigerin vier Jahre Haft gefordert.

Das Urteil erging wegen versuchter Anstiftung zum Totschlag sowie vollendeten Totschlags. Bevor sie im August vergangenen Jahres in der gemeinsamen Wohnung in Gropiusstadt selbst zur Pistole gegriffen hatte, habe Radosija T. zweimal vergebens versucht, für 10.000 Mark einen Killer anzuheuern, sagte der Vorsitzende Wolfgang Hüller. Es sei aber von einem minder schweren Fall auszugehen, weil die Angeklagte von ihrem Mann in den letzten zehn Ehejahren schwer mißhandelt worden sei. Sie habe sich „Tag und Nacht für die Familie abgerackert" und aus Angst vor Schlägen oft im Auto oder an ihrem Arbeitsplatz geschlafen. Am schlimmsten gedemütigt habe er sie jedoch dadurch, daß er mit jungen Polinnen zu Hause sexuell verkehrte: „Sie mußte zusehen, wie der Mann mit den Frauen ins Schlafzimmer verschwand."

Radosija T. saß bei der Urteilsverkündung mit in die Hand gestütztem Kopf reglos da. Als sie danach leicht taumelnd auf die Tür zum Knast zuging, kamen aus dem Zuschauerraum plötzlich Sträuße roter Rosen geflogen. Sie kamen von den Mitarbeiterinnen von Frauengruppen, die der Angeklagten so ihr Mitgefühl und ihre Unterstützung bekunden wollten. Der Vorsitzende verbot ihr jedoch, die Rosen vom Boden aufzuheben und mitzunehmen.

eine der Frauen: Nach allem, was vorgefallen sei, „hätte es zu einem Freispruch kommen müssen".

Die Plätze im Saal hatten sich die Frauen hart erkämpft. Lange vor der Urteilsverkündung standen sie auf der Hintertreppe zum Zuschauereingang Schlange und erwehrten sich dort der Beschimpfungen und Tätlichkeiten der später kommenden, nach vorn drängelnden Verwandtschaft des Getöteten. Wie berichtet, hatte die Roma-Sippe, Männer wie Frauen, an den früheren Verhandlungstagen unmißverständlich Partei gegen die Angeklagte ergriffen. Eine Roma-Frau habe nicht schlecht über ihren toten Gatten zu sprechen. Die Aussage von Radosija T. über die Mißhandlungen hatten sie mit Hohngelächter und Türenschlagen kommentiert.

Daß es keinem und keiner der Verwandten gelungen war, beim Urteil in den Saal zu gelangen, zahlte die Sippe den Mitarbeiterinnen der Frauengruppen noch im Gerichtsgebäude vor den Augen untätig zusehender Justizbeamter heim. Roma-Frauen rissen den Frauenaktivistinnen ganze Haarbüschel aus, deren Männer traten und boxten besinnungslos in die Menge. Den Angegriffenen gelang es nur mit Mühe, Radosija T.s bedrohte Schwester – die als einzige noch zu der Angeklagten hält – vor den Tobenden in Sicherheit zu bringen und in ein Taxi zu setzen.

Die Verteidigerin Sabine Schrap berichtete der taz, ihre Mandantin sei sehr gerührt über die Aktion der Frauen gewesen: „Sie halten mehr zu mir als meine eigenen Landsleute", habe sie unter Tränen gesagt. **Plutonia Pl**

STADTVERWALTUNG WEIMAR DULDET RECHTSEXTREMES PROJEKT

Anfang 91 wurde in der Nähe des Dichterweg in Weimar ein Haus von rechten Jugendlichen besetzt. Sie wollten damit versuchen, sich auf der Basis ihrer Ideologie einen neuen Treffpunkt zu schaffen. Anfangs wurden sie von der Stadtverwaltung und den Anwohnern nicht allzu ernst genommen und konnten sich dort unbehelligt treffen. Obwohl die rechtsextreme Weltanschauung der Jugendlichen bekannt war, wurde nie etwas gegen diesen Treff- und Organisationspunkt der Rechtsradikalen unternommen, sondern dieser eher noch in der Öffentlichkeit verharmlost. Wohl weil eine Beschäftigung mit den Jugendlichen von Seiten der Stadtverwaltung nicht geplant war und darauf orientiert wurde, daß sich das Problem von selbst (?) löst. Stattdessen wurden in diesem Haus Treffen abgehalten, die dazu dienten , ihrer menschenfeindlichen Vorstellung von Zusammenleben ein Stück Wirklichkeit werden zu lassen und von dort aus Aktionen gegen Andersdenkende oder Andersaussehende zu planen bzw. auch durchzuführen. Trotzdem wurde von keiner Seite gegen das Haus vorgegangen oder versucht, das Haus einem breiteren Spektrum von Jugendlichen nutzbar zu machen. Mitte 1992 wurde dann das Haus wegen Baufälligkeit gesperrt und den Nutzern ein Bauwagen als vorübergehendes Ausweichobjekt zugewiesen. Diese offizielle Sperrung des Gebäudes wurde von den bisherigen rechtsradikalen Nutzern übergangen. Sie verschafften sich wieder Eintritt zum Haus - das ist schon ein Beweis der Wichtigkeit des Hauses für ihre Aktivitäten. Nach der Neubesetzung (und der wiederholten Passivität der Stadtverwaltung und sämtlicher Ämter und Behörden) begann die Verflechtung mit dem militanten und idiologisch geschulten Teil der rechtsextremen Szene. Es fanden "Kameradschaftstreffen" mit den DA(Deutsche Alternative)-Vorsitzenden von Sachsen bzw. Rheinland/ Pfalz Roman Dannenberg und Michael Petri und dem Vorsitzenden des "Deutschen Hessen" Heinz Reisz, dessen Auftritt auch im Fernsehen gesendet wurde, statt. Auch hier keinerlei Reaktion von Seiten der Behörden. Die Rechtsextremen begannen sich streng hierarchisch zu organisieren und wurden auch z.T. Mitglieder der jetzt verbotenen DA. Die Bundesregierung gewährte ihnen aus dem Aktions-Programm der Bundesjugendministerin Merkel "Gegen Agression und Gewalt" (!!!) ca. 60.000 DM, die zur Organisation von Kameradschaftsabenden genutzt und auch in Bier umgesetzt werden. Gleichzeitig wurde ein Sozialarbeiter beauftragt, die Jugendlichen zu betreuen, auf sie einzuwirken und zu verhindern, daß propagandistische Veranstaltungen oder Schulungen stattfinden. Daß das keinen Erfolg hat, zeigt schon, daß noch im Februar Veranstaltungen der Ende '92 verbotenen DA in dem Haus stattfinden konnten. Außerdem zeigen Ereignisse aus Berlin, Cottbus und Görlitz, daß Sozialarbeit die Rechten nicht von ihren Aktivitäten oder der Organisierung abhält - im Gegenteil, sie nutzen diese Freiräume als Versteck für ihre Treffs und ihre Ideologie. Im Berliner J.-Auer-Club treffen sich regelmäßig Faschisten verbotener und zugelassener Nazi-Organisationen aus Berlin Ost und West, Westdeutschland und Österreich. Für die Clubleiterin stellt das scheinbar kein Problem dar. Sie duldet das stillschweigend, läßt die Nazis machen. Auch in Görlitz und Cottbus gibt es "Sozialprojekte" die von Faschisten dominiert sind und in die der Zutritt nur mit knallhartem rechtem Outfit und Gedankengut möglich ist. In Görlitz wurde ein Redakteur von DT 64 aus dem Haus geprügelt und in Cottbus wurde nach einem Konzert einer Nazi-Band von dem Club aus ein alternatives Cafe und ein anderer Jugendclub mit ca. 30 Mann angegriffen. Wie dort geschieht auch in Weimar nichts gegen solche Projekte. Es ist sicher nur noch eine Frage der Zeit, bis auch von dem "Projekt" Dichterweg direkte Gewalt gegen andere ausgeht und die dortigen Nazis anfangen auch ihre weitere Umgebung nach ihren Vorstellungen zu gestalten versuchen.

Weimar, Dichterweg, 10.8.91 (Foto aus der Broschüre "Rechtsextremismus in Thüringen"/Rainer Fromm, hrsg. Landeszentrale für politische Bildung i. Thüringen)



HEINZ ("NERO") REISZ

Die Stadt und zuständige Behörde haben sich bis jetzt sehr fragwürdig gegenüber den Rechtsradikalen verhalten und ihnen sogar noch Unterstützung möglich gemacht. Solche "Sozialprojekte" als Kader-Reservoire für faschistische Organisationen, vom Staat finanziert - damit ist wohl die Grundidee der Sozialarbeit zur völligen Pervertierung gelangt.

Hier muß schnellstens gehandelt werden, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten - wobei scheinbar nicht zu erwarten ist, daß die zuständigen staatlichen Stellen ohne Druck von außen etwas unternehmen werden.

Rosa Luxemburg



Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung. Eine Polemik.

Liebe Freundinnen und Freunde,

mir wird Angst und Bange, wenn ich mir Eure *Begründung* bspw. dafür, daß die RAF bewaffnete Aktionen allenfalls noch "als ein Moment des Zurückdrängens" des Staates, aber "nicht als weitere Strategie"[1] will, durch den Kopf gehen lasse.

Mißstand oder Prinzip?

Nicht, daß Ihr den deutschen Staat, der meine Ermordung mitzuverantworten hat, etwa so emanzipatorisch fändet. Nein, die meisten von Euch wissen und kritisieren, daß der deutsche Imperialismus den ersten und den zweiten Weltkrieg entfesselt hat; wissen um die Niederschlagung der November-Revolution 1918; wissen um Notstandsgesetze, Berufsverbote und Deutschen Herbst; wissen um die Umstrukturierung der Bundeswehr für Interventionen im Ausland, die Abschaffung des Asylrechts, die § 218-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und vieles anderes mehr. Ja, Ihr kritisiert das. Nur wollt Ihr offensichtlich nicht (mehr) wahrhaben, daß diese von Euch abgelehnten "konkreten Mißstände"[2] keine Unglücksfälle sind und waren. Sie sind vielmehr im Prinzip bürgerlicher Staatspolitik enthalten. Und dieses Prinzip wird gegenwärtig *bei Euch* von wichtigen Leuten salonfähig gemacht. Ich werfe Euch nicht vor, daß Ihr neu über Eure Inhalte und Strategien diskutiert - das ist aus vielerlei Gründen notwendig -, sondern daß Ihr das in *einer* Weise tut, die erkennen läßt, wie sehr *Ihr* die Logik dieser 'Realpolitik' bereits zur Grundlage *Eurer* Politik gemacht habt.

Bspw., wenn die RAF es ablehnt (und die "Interim" diese Ablehnung begrüßt), zwischen "revolutionär" und "reformistisch" zu unterscheiden.[3] Bspw., wenn eine RZ in ihrer Selbstauflösungs-Erklärung schreibt, daß ihre "Praxis (...) nie auf irgendeine Machtfrage" gezielt habe, und diese Haltung auch im Nachhinein als positives und auszubauendes Elemente ihrer bisherigen Politik bestimmt.[4] Bspw., wenn selbst das sich weitgehend als kommunistisch verstehende Vorbereitungsplenum Eurer diesjährigen 1. Mai-Demo in Berlin schreibt, daß sich "historisch (...) auch revolutionäre Kämpfe immer an einigen wenigen zentralen - für sich genommen 'reformistischen' - Forderungen aufgebaut (haben) und *nie* an dem 'Willen', nun der Revolution zuzustreben und eine völlig neue Gesellschaftsordnung aufzubauen"[5] (Sicherlich, *allein* der revolutionäre Wille ist nicht entscheidet; aber ohne den Willen zum revolutionären Umsturz auch keine Revolution.) Oder wenn das Autonome 1 Mai Plenum - in Anbetracht Eurer Streitigkeiten in den letzten Wochen für mich recht überraschend - ganz ähnlich formuliert: "Revolution ist kein akademisch planbares Unternehmen, das in der Machtübernahme gipfelt. Sie ist vielmehr(?) ein lebendiger Prozeß (...). Der Weg ist das Ziel."[6] Und als bisheriger Höhe-, besser gesagt: Tiefpunkt: Wenn Autonome einen Polizeieinsatz beklatschen - teils in der Illusionen, daß die Bullen "unsere Arbeit" erledigten, teils in dem offen erklärten Wissen, daß die Bullen "IHRE Arbeit" machen;[7] also autonomer Beifall für die Verteidigung von 'Recht und Ordnung'. "euer Haudraufundschluß" als Euer Noske ("Einer muß den Bluthund spielen.")? Kein Wunder deshalb, daß es in Hamburg eine "Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen" gibt, denen die staatlich inszenierten Lichterketten "näher als manche 'altbekannten' genossinnen und genossen" sind, die den affirmativen Charakter der Lichterketten kritisieren.[8] Fast bin ich geneigt zu glauben, daß die taz *nicht* lügt, wenn sie einen angeblichen Autonomen so zitiert: "'Opposition heißt für mich, sich mit und nicht gegen die Menschen zu wehren', meint Falko und fügt leise hinzu: 'Stell dir vor, diese Linken regieren Deutschland.'" (taz, 16.03.1993, S. 5).

Ein Streit um Wörter?

Ihr meint, der Beifall für die Bullen am 1. Mai sei ja von anderen kritisiert worden und ansonsten sollte ich mich mal nicht so haben und mich nicht an einzelnen Wörtern (Machtfrage - ja oder nein?) aufhängen? Ihr würdet Euer Ziel einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht aufgeben, sondern nur einige Wörter fallenlassen, die durch eine sektiererische und/oder stalinistische Politik, die auch ich ablehnen würde, diskreditiert seien?

Kommt mir bitte nicht mit solchen Ablenkungsversuchen - an Eurem Streit um die Neubestimmung Eurer Politik* ist *von den Grundlinien der Argumentation her* so gut wie nichts neu; die meisten Argumente kenne ich bereits aus meinem Kampf gegen Eduard Bernstein u.a., denen es gelungen ist, die SPD auf eine Politik allenfalls schrittweiser Veränderungen festzulegen. Dabei übersehe ich nicht, daß bspw. die RAF eine *andere Praxis* als Bernstein hat. Aber ich übersehe auch nicht, daß viele in Eurer Szene, deren *eigene* Praxis sich gar nicht so sehr von der Praxis Bernsteins unterscheidet, die neue Politik der RAF gut finden. Und ich übersehe auch nicht, daß sich - wenn die frühe RAF recht damit hatte, daß es sich für Reformforderung "nicht lohnt", sich den mit dem bewaffneten Kampf verbundenen Risiken auszusetzen[9] - eine Politik des militanten Reformismus nur begrenzte Zeit durchhalten läßt. Ihr wißt selbst am besten, wie viele in Eurer Szene einige Jahre lang äußerst militante Politik gemacht und sich dann aber zurückgezogen haben; ihren individuellen Frieden mit dem System gemacht haben, weil Militanz allein die fehlende revolutionäre *politische* Orientierung nicht ersetzen kann.

Vielleicht versteht Ihr das besser, wenn ich Euch ein wenig von meinem Kampf in der SPD erzähle, den ich bekanntlich verloren habe, u.a. auch deshalb, weil *selbst ich* zu sehr den SPD-Phrasen von Gesellschaftsveränderung usw. geglaubt habe.

Als ich 1898 mit 27 Jahren, aus Polen kommend, in die Sozialdemokratische Partei eintrat, war Eduard Bernstein gerade dabei, dem Bedürfnis bestimmter sozialdemokratischer Abgeordneter und Gewerkschaftsführer nach einer Revision der marxistischen Theorie Ausdruck zu geben. Sie sollte das rechtfertigen, was Bernstein für "die bedeutungsvollsten Fortschritte auf dem Gebiet der Praxis des politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterkampfes" hielt;[10] eine reformistische Theorie sollte einer reformistischen SPD-Praxis Legitimation verschaffen. Ihm voran gegangen war bereits im Jahre 1891 der bayerische SPD-Abgeordnete und *Realpolitiker** Georg von Vollmar, der eigentliche Begründer des deutschen Reformismus. Mit seinen berühmten "Eldorado-Reden" vom 1.6.1891 in München hatte er zwar einen Sturm der Entrüstung in der SPD ausgelöst, aber er konnte auf eine wachsende Anhängerschaft verweisen. **Ähnlich wie in Eurer Diskussion Hanna Cash schon 1991** (mit ihrem Plädoyer für das "Offene", für eine an "Werten" und "Ethik" orientierte Politik und ihrer Zurückweisung einer Kritik, die eine an der "Menschenwürde" orientierte Politik als reformistisch charakterisiert, sowie ihrem Vorschlag für einen Tausch von Einstellung des bewaffneten Kampfes und Zusammenlegung der Gefangenen), **hatte sich Vollmar für eine reformistische *Anpassung* an das Bestehende*** und damit für eine Unterwerfung unter die bestehenden Verhältnisse stark gemacht.**

Die Konzentration auf die "praktische Tagespolitik"

Er hat das sehr schön *philosophisch* und *methodologisch* so verpackt:

"Gewiß hat der vorwärtsstürmende, alles niederwerfende Gedanke sein Recht. Er ist notwendig, um (...) eine Idee rein darzustellen und für sie zu begeistern, ein **Endziel** anzugeben, das auf den wechselnden Wegen die Richtung weist. Und dieser Gedanke wird umso weniger Gegengewicht finden, je mehr man ihn ausschließlich **auf das Gebiet der Theorie beschränkt** und von der Fleischwerdung zurückhält. Die *Tat* aber, die Übertragung des Gedankens in die Wirklichkeit überspringt die Hindernisse nicht so leicht und schnell. Bisweilen hat es ja wohl große Krisen gegeben, wo die Geschichte einen plötzlichen Ruck machte und einen Sprung zu tun schien. Im Allgemeinen aber findet ein langsames, **organisches Entwickeln** statt. (...) In dem Maße, in welchem wir einen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten gewinnen, haben wir - **unter voller Aufrechterhaltung unsrer grundsätzlichen Bestrebungen** - unsre Kraft **auf die jeweils nächsten und dringendsten Dingen zu konzentrieren** (...). Worauf es ankommt, das ist, daß wir - **ohne unsre Endziele** und den Zusammenhang unsrer Forderungen im Mindesten **zu vergessen** - **auch praktische Tagespolitik treiben** (...)."[11]

So mußte man damals auftreten, wenn man die "grundsätzlichen Bestrebungen" für die reale ... wirkliche Politik loswerden wollte. Bernstein *spitzte* diese Auffassung - ganz im Sinne Eures 1. Mai-Aufrufes - mit seinem bekannten Spruch *zu*, daß er Weg alles und das Ziel nichts sei. Auch Bernstein wollte damit, so sagte er jedenfalls, nicht ausdrücken, daß ihm die "endliche Durchführung sozialistischer Grundsätze" gleichgültig sei, sondern nur "daß sich wich-

tige Epochen in der Entwicklung der Völker nicht überspringen lassen".[12]

Indem Vollmar für sich in Anspruch nahm, "unsre Endziele" nicht "im Mindesten zu vergessen", aber zusätzlich "*auch* praktische Tagespolitik" machen zu wollen, unterstellt er uns, seinen KritikerInnen, wir würden keine Tagespolitik machen (wollen) und bloß auf die Revolution warten. Wir wurden als idealistische Narren abgekanzelt und des Verzichts auf reformerisch mögliche, praktische Erfolge bezichtigt. Wer dann in der November-Revolution die Barrikaden praktisch verteidigte und wer abwartete, oder gar aktiv gegen die Revolution Politik machte, brauche ich Euch nicht sagen; und wenn wir, meine GenossInnen und ich, bis dahin tatsächlich nur abgewartet hätten, dann hätte es die November-Revolution gar nicht erst gegeben. Selbst für die Beratungen im Reichstag hatte ich 1889 zugestanden (was heißt zugestanden? Ich *war und bin* dieser Meinung), daß es bei Regierungsvorlage bspw. über die Miltärpolitik nicht ausreicht, ihnen nur "ein kurzes und nacktes Nein entgegen(zu)setzen". Vielmehr müssen unsere Abgeordneten - so schrieb ich damals - "auf die jeweilige Vorlage eingehen, die Gründe erwägen, aus den *gegebenen* konkreten Verhältnissen, aus der augenblicklichen ökonomischen und politischen Lage, nicht aus einem leblosen und abstrakten Prinzip heraus urteilen und argumentieren. Aber das Ergebnis muß und wird, wenn wir die jedesmaligen Verhältnisse und die Volksinteressen *richtig* beurteilen, ein *Nein* sein. Unser Losung ist: *Diesem* System keinen Mann" und keine Frau "und keinen Groschen!"[13]

Die "Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen" (Stalin)

Aber merkt Ihr, wie sich die Argumente gleichen?

Bspw., wenn auch die RAF unterstellt, die Alternative zu ihrer neuen Politik sei, bis zur Revolution abzuwarten: "wir müssen es schaffen, eine andere gesellschaftliche entwicklung in bewegung zu setzen, (...). also eine bewegung, die auch heute schon neue inhalte, werte und konkrete veränderungen schafft - denn das sind keine ziele, die bis auf die zeit 'nach der revolution' verschoben werden können." schreibt die RAF in ihrer Erklärung vom Juni letzten Jahres.[14]

Bspw., wenn auch Karl-Heinz Dellwo und Lutz Taufer sich den historischen Prozeß im Normalfall als "organisches Entwickeln" vorstellen: "um zu einer revolutionären entwicklung zu kommen, müssen wir eine menge akkumulieren. und dieses akkumulieren besteht aus vielen kleinen schritten (...)."[15] "also der kampf darum, in ein falsches leben immer größere momente des richtigen reinzuholen, bis die quantitative anhäufung qualitativ auf die alten systemverhältnisse umschlagen kann."[16]

Bspw., wenn auch Lutz Taufer folglich das, was er für revolutionäre Politik hält ("moral und ideal") auf historische Sprünge beschränkt, indem er schreibt: "die menschen handeln in revolutionären zeit nach moral und ideal, ansonsten prüfen sie einen politischen prozeß danach, ob er ihr leben besser oder schlechter macht."[17]

Und fällt Euch nicht auf, wie *billig eine* Argumentation ist, die suggeriert, mit der Charakterisierung der eigenen Politik als praktisch oder Realpolitik einen *Vorzug* gegenüber einer anderen, offenbar irrealen, unpraktischen Politik, aufgezeigt zu haben. Hing es Euch nicht zum Hals raus, wenn die KPdSU, die SED, die DKP etc. immer wieder das wesentliche "Argument" bemühten, ihr Sozialismus sei schließlich der "reale" gewesen? Und wißt Ihr von wem *das von Karl-Heinz Dellwo angeführte* Verständnis des Umschlagens von Quantität in Qualität stammt? Es war Stalin, der in seinem berühmten Dialektik-Kapitel in dem berüchtigten "Kurze(n) Lehrgang" der "Geschichte der KPdSU(B)" den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß als das "Ergebnis der Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen" auffaßte.[18] Der "Übergang von einer alten zu einer neuen Qualität" erfolge niemals "vermittels einer Explosion", sondern "durch eine allmähliche Ansammlung von Elementen der neuen Qualität".[19] [Genau *gegen* eine solche evolutionistische Vorstellung hatte allerdings Hegel ursprünglich dieses 'dialektische Gesetz' vom Umschlagen von Quantität in Qualität formuliert. Und wir MarxistInnen haben es in diesem Sinne als revolutionäre Seite Hegels übernommen. Hegel schrieb: "Es hat sich (...) gezeigt, daß die Veränderungen des Seins überhaupt nicht nur das Übergehen einer Größe in eine andere Größe, sondern Übergang vom Qualitativen in das Quantitative und umgekehrt sind, ein Anderswerden, das Abbrechen des Allmählichen und ein qualitativ Anderes gegen das vorhergehende Dasein ist. Das Wasser wird durch Erkältung nicht nach und nach hart, so daß es breiartig würde und allmählich sich bis zur Konsistenz des Eises sich verhärtete, sondern es ist auf einmal hart; (...)."[20] Dies war die Verphilosophierung u.a. der von Stalin zu dieser Zeit in der Kommunistischen Internationale durchgesetzten Taktik von 'Volksfront'-Bündnissen mit Teilen der Bourgeoisie. Auch für die Sowjetunion dekretierte er 1936 verfassungsmäßig das 'Abstumpfen der Klassengegensätze' und gab den Staatsapparat, mit dem er diese tatsächlich eskalierenden Widersprüche auf repressive Weise austrug, als "Staat des ganzen Volkes" aus. Nach Stalins Tod wurde die Volksfront-Taktik auf die - Euch aus Euren Auseinandersetzungen mit DKP und SEW bekannte - Art und Weise 'weiterentwickelt': friedlicher Übergang zum Sozialismus, antimonopolistische Demokratie, Aktionseinheit mit der SPD.]

Doch ich wollte Euch ja von der Entwicklung der Sozialdemokratie berichten. 1891 noch, auf dem Erfurter Parteitag der SPD, wurden die Auffassungen Vollmars - besonders von den Parteigrößen Bebel, Singer, Liebknecht und auch Auer - rundweg abgelehnt. Sein Plädoyer für "Verhandlungen", für "Selbstbeschränkungen", für "Realismus" etc. konterte etwa der "Genosse Auer" u.a. mit den Worten: "Diese Selbstbeschränkung halte ich für gefährlich. - Auf diese Weise werden wir, wenn auch nicht mit Wissen und Wollen, doch *tatsächlich* dahin geführt, daß wir zweierlei *Programm* haben, *eins für* den *Alltagsbedarf und eins für den Sonntag.* Die strenge Scheidelinie, die bis jetzt unsere Partei allen anderen Parteien gegenüber innegehalten hat, wird somit auf die Dauer verwischt werden."[21]

Die Hanna Cashs gehen jedem Bernstein, die Georg von Vollmars jedem Lutz Taufer voran

Trotz dieser *verbalen* Abfuhr machte v. Vollmar leider Fortschritte. Überhaupt sind "für die modernen Bewegungen der Massen" - so ein russischer Anhänger Bernsteins zutreffend - "es immer die Vollmars die den Bernsteins vorangehen". Diese Eigendynamik werden die neuen ReformistInnen in Euren Reihen sicherlich für sich zu nutzten wissen, wenn diejenigen unter Euch, die eine Anpassung an die herrschenden Verhältnisse vermeiden wollen, nicht illusionsloser mit den Zeugnissen *verbal* bleibender Kritik an der Anpassung umgehen, als ich das damals getan habe. Denn ich setzte seinerzeit zu viele Hoffnungen in die Wirksamkeit der gegen v. Vollmar und Bernstein gerichteten *Stellungnahme* des *Parteivorstands* (Bebel etc.) und des Chef-Ideologen Kautsky, obwohl "jedes Jahr, jeder Parteitag immer neue Fortschritte des *Evangeliums* der 'praktischen Politik' zum Vorschein"[22] brachte und ehemalige Kritiker v. Vollmars die Seiten gewechselt hatten.

Und bei Euch geht der Anpassungsprozeß nicht weniger schnell: 1991 hatte der AK Drinnen und Draußen Celle das Hanna Cash-Papier noch als "Aufgabe einer revolutionären Perspektive" verworfen; der "vorgeschlagene Wertekatalog" bedeute einen Rückfall "auf die Ideologie der bürgerlichen Revolution". Der AK wußte: "Freilassung gibt's vielleicht als Gnadenakt in Einzelfällen, Freiheit aber, gibt's nur, wenn eine Linke in der BRD die Voraussetzungen schafft, (...), die Idee von 'Befreiung/Emanzipation' nicht in den Geschichtsbüchern verschwindet, sondern von uns auf die Tagesordnung gesetzt wird."[23] Und: Die Situation der Gefangenen "ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der revolutionären Front. Wer das auflösen will, betreibt die Isolation der Gefangenen." Die von "Hanna Cash eingeforderte 'politische Initiative'" sei "nichts anderes als die vom Staat gewollte Kapitulation."[24]

Im Herbst 1992, ein gutes Jahre später, gehört der Arbeitskreis schon zu den BefürworterInnen einer "politischen Lösung" und generell der neuen Politik der RAF.[25] Allerdings legten sie damals, im Herbst 1992, noch auf die Festellung wert, daß das, was vor der Selbstkritik der RAF "an Kritik am bewaffneten Kampf kam, (...) insofern nicht richtig ausgereift (war), als (...) die Argumente, die vorgetragen wurde zur Notwendigkeit der Einstellung des bewaffneten Kampfes, (...) sich nicht besonders unterschieden (haben), 1978 nicht besonders von denen von 1988 und 1988 von 1992, aber, und das wird aus der Erklärung der RAF und der der Gefangenen ersichtlich, im Unterschied dazu ist nun die Einstellung des bewaffneten Kampfes eine Analyse des veränderten Kräfteverhältnisses der letzten zwei bis drei Jahre vorausgegangen. Das gilt es eigentlich dabei zu reflektieren, daß nicht die Argumente, die schon immer gegen die bewaffnete Aktion in der BRD gefallen sind, jetzt zum Tragen kommen, (...)." Und kein halbes Jahr später, im Frühjahr 1993, schreibt *der gleiche Arbeitskreis* in einem Flugblatt über die frühen RAF-Aktionen und in Bezug auf die BRD-Verwicklung in den Vietnam-Krieg: "Dennoch wäre es leichtfertig, das Töten von Menschen damit einfach entschuldigen zu wollen" und bringt damit das abgestandenste aller Argumente gegen den bewaffneten Kampf in der BRD. In einem Papier eines Arbeitskreis-Mitgliedes, das von den anderen im Grundsatz geteilt wird, heißt es - im Gegensatz zur zitierten Position von 1991 - schließlich: Die Freiheit der politischen Gefangenen sei *nicht nur* zu erreichen, "wenn (...) eine revolutionäre Linke tatsächlich zur gesellschaftlichen Kraft wird," sondern auch dann, "wenn *in der Gesellschaft* verankert wird, daß der bewaffnet geführte Kampf in der BRD ein politischer Fakt ist/war, dessen Konsequenzen hinsichtlich der Gefangenen einer politischen Lösung bedarf."[26] Heute wird betont, daß es um die "Anerkennung des Kräfteverhältnisses", um "gesellschaftliche Akzeptanz" gehe, und freudig wird festgestellt, daß die Argumentation für eine "politische Lösung" "in der liberalen Medienöffentlichkeit auf partielle Zustimmung" stieß.[27] (In dem alten Papier war noch kritisiert worden, daß Hanna Cash "die Frage des 'Kräfteverhältnisses' auf ein Problem der öffentlichen Meinung reduzier(t)".[28]) Mit diesem hier vorkommenden *an sich* positiven Begriff von Gesellschaft ("wenn in *der* Gesellschaft verankert werden kann") war ich in meinen Diskussion in der SPD schon um die Jahrhundertwende konfrontiert. Diesem naiven Gesellschaftsbegriff mußte ich damals und muß ich heute entgegenhalten, daß die heutige Gesellschaft eine "kapitalistische Gesellschaft" ist, und daß deshalb in ihr "die kapitalistischen Interessen maßgebend sind".[29] Wieso sollte sich also "in *der* Gesellschaft" *ganz generell* Akzeptanz für eine "politische Lösung" erreichen lassen, die etwas anderes als die Aussöhnung mit dieser kapitalistischen Gesellschaft ist?!

Der moralische Druck mit der Gefangenschaft

Außerdem konnte ich bereits 1899 feststellen, "daß gerade diejenigen Genossen (entschuldigt den traditionalistischen Ausdruck!), die sich für die sogenannte praktische Politik erwärmen, eine ganze Reihe von wichtigen Parteiposten einnehmen, was ihren Argumenten auch eine ausgedehnte Anwendung und Verbreitung sichert, sie haben nämlich eine Anzahl von Parteiblättern als *Redakteure* und eine Anzahl von parlamentarischen Tribünen als *Reichstags-* und *Landtagsabgeordnete inne.* Gerade da also, wo der eigentliche Parteikampf nach zwei Fronten - gegen die Regierung und die herrschenden Klassen sowie für Aufklärung der Arbeitermassen geführt wird, in der *Presse* und in der *Volksvertretung,* sind die Anhänger der opportunistischen Taktik am stärksten vertreten. Dieser Umstand ist es, der ihnen zu ihrer Stärke so unverhältnismäßig Einfluß und Bedeutung verschafft."[30]

Überwindet mal den Abwehrmechanismus, der regelmäßig bei vielen von Euch einsetzt, wenn ganz 'traditionalistisch' von einer "Aufklärung der Arbeitermassen" die Rede ist, und überprüft, ob es in Euren Reihen nicht eine Hierarchie gibt, die der Machtstellung der Abgeordneten in der SPD *ähnlich* ist. Zwar habt Ihr keine Abgeordneten. Aber ist es nicht bei Euch so, daß viele (ehemalige) Gefangenen das Evangelium der "praktischen Politik" predigen und daß ihre Gefangenschaft als moralisches Druckmittel benutzt wird, um die neue Politik durchzusetzen?

So bspw. wenn in dem schon zitierten Papier aus Celle unterstellt wird, die Kritik an der Forderung nach einer "politischen Lösung" bedeute für die "Gefangenen wahrscheinlich wirklich 'lebenslänglich'".[31] So auch, wenn in einem Text in der "Swing" (Autonomes Rhein-Main-Info) Kritik an Knut Folkerts mit dem 'Argument' abgewehrt wird, daß "ein Gefangener aus der RAF, der zu seiner Geschichte und zu seinen Zielen" - das ist ja gerade die Frage - "steht, (...) Begriff(e) nicht leichtfertig in den Mund nimmt" und schon das vermeintlich Richtige meinen wird.[32] Und auch Gisel Dutzi beruft sich für ihr Plädoyer für das, was heutzutage als "Praxis" verstanden wird, auf den "Rücken der Gefangenen": Die Kritik an einer sog. "politischen Lösung" sei eine "'Position', mehr auf dem Metropolenmeinungsmarkt, ausgetragen auf dem Rücken von Gefangenen, der Guerilla, Leuten hier draußen, deren Sache nie einfach die 'richtige Position' war und ist, sondern die eigene Praxis. Das sind ideologische Schlagabtausche (...)."[33]. Und wie sieht es bei Euch mit der Presse aus? Das Angehörigen-Info versucht leidlich, die Debatte kleinzukochen und eine Mittellinie zu fahren, während es natürlich *ausschließlich* die VertreterInnen der neue Linie sind, die in SPIEGEL, NDR und Heute Journal sowie im Privatfernsehen zu Worte kommen; sind es *ausschließlich* die Erklärungen von RAF und Karl-Heinz Dellwo, die in taz und Frankfurter Rundschau gedruckt werden. - Und Ihr wißt, daß ich weiß, was es heißt im Knast zu sitzen (zwar nicht solange, wie Eure Gefangenen, nur 1907 und von 1915 bis 1918, mit einer kurzen Unterbrechung; angenehm war es trotzdem nicht). Aber ich habe aus meiner Inhaftierung nie die Schlußfolgerung gezogen, daß es richtig sei, "die Eskalation zurückzunehmen"[34]. Befreit wurde ich 1918 von den November-RevolutionärInnen. -

Über "gesamtpolitische Verantwortung"

Ihr sollt 'raus aus dem aus dem "Ghetto" und 'rein in "die Gesellschaft" (Lutz Taufer) geführt werden,[35] was freilich nur deshalb Aussicht auf Erfolg haben kann, weil *Ihr selbst* Anknüpfungspunkte für diese 'Verwandlung' *in* Eurem Denken und Handeln aufweist. Was findet Ihr denn so attraktiv an den von Euren StrategInnen eingebrachten Redensarten über "gesamtgesellschaftliche und gesamtpolitische Verantwortung" (Lutz Taufer)[36], daß es nicht mehr ausreiche zu entlarven, daß es gelte, "politikfähig" zu werden, + *wenn* Ihr weiter an der Notwendigkeit der Durchsetzung *Eurer Anliegen* festhaltet? Glaubt Ihr etwa, mit diesen Vorschlägen werde der Weg gewiesen, die von Euch proklamierte "umwälzung der zerstörerischen kapitalistischen verhältnisse"[37] *hinzukriegen?* Vielleicht ist ja meine alte Kritik an Bernstein angesichts der Entwicklung der russischen Revolution (die ich übrigens, wie Ihr wißt, viel früher und präziser kritisiert habe als Eure enttäuschten und deshalb "realistisch" gewordenen Weltverbesserer) ein bißchen blauäugig in der Frage der *politischen Macht.* Dennoch halte ich gegen alle 'Resignierten' daran fest, daß der Spruch von Günter Grass: "Der Fortschritt ist eine Schnecke", der heute unisono von vielen bei Euch vertreten wird, nicht nur trostlos, sondern auch falsch ist und weiterhin meine Aussage gilt: "Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die in die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als kondensierte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch *die Zeitdauer,* sondern durch das *Wesen* verschiedene Momente."[38] Deshalb bedeutet die Beschränkungen auf eine "gesellschaftliche alternative hier und heute" (RAF)[39], *keine* grundsätzliche Alternative und auch "nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum *gleichen* Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten."[40]

Indem Bernstein also ein *anderes* Ziel als eine neue Gesellschaftsordnung anvisierte hatte, war er es, der die Frage "Sozialreform *oder* Revolution?" aufgeworfen hatte. Ich hatte nun meinerseits nicht eine andere Antwort - also bspw. Revolution statt Reform - auf die gleiche Frage gegeben, sondern Bernsteins Frage zurückgewiesen, indem ich auf den "unzertrennlichen Zusammenhang" zwischen Reform und Revolution hinwies. Dieser Zusammenhang besteht nämlich darin, daß wir RevolutionärInnen den Kampf um Reformen (als ein vorbereitendes Mittel) dem Zweck, der sozialen Umwälzung, der Aufhebung des Lohnsystems[41] und der Zerstörung dieses Staates[42], unterordnen.

Das Programm wird aufgeschoben - auf unbestimmte Zeit

Nun sagt Ihr ja aber, daß Ihr Euch durchaus nicht dauerhaft auf "Veränderungen für das Leben heute" beschränkt wollt, sondern "langfristig den Herrschenden die Bestimmung (...) entreiß(en)" wollt.[43] Aber gerade weil Ihr ausschließlich zwischen "kurz-" und "langfristig" unterscheidet und auch langfristig die Machtfrage **zumindest nicht ausdrücklich** stellt, sondern Ihr auf eine allmähliche Anhäufung von Veränderungen ('Akkumulation von vielen kleinen Schritten' [Lutz Taufer], 'quantitative Anhäufung' [K.-H. Dellwo]) hofft, muß Eure Hoffnung ein frommer Wunsch bleiben. Denn "jeder Schritt" auf der Bahn der Sozialreform führt *nur dann* über diese Bahn hinaus und zum "sozialistischen Ziel" - so mußte ich schon den 'Realpolitikern' meiner Zeit entgegenhalten -, "*wenn* die bewußte und feste Bestrebung zur Eroberung der politischen Macht dem gewerkschaftlichen und sozialreformerischen Kampfe als Leitstern *vorausgeht.*"[44]

Ganz ähnlich wie heute die RAF haben Bernstein u.a. noch zu Lebzeiten von Marx und Engels argumentiert: "Man verstehe uns wohl," wir wollen nicht "ein Aufgeben unsrer Partei und unsres Programms, wir meinen aber, daß wir auf Jahre hinaus genug zu tun haben, wenn wir unsre ganze Kraft, unsre ganze Energie auf die Erreichung gewisser naheliegender Ziele richten, welche unter allen Umständen errungen werden müssen, bevor die Realisierung der weitergehenden Bestrebungen gedacht werden kann."[45] Marx und Engels haben darauf geantwortet: "Das Programm soll nicht aufgegeben, sondern nur aufgeschoben werden - bis auf unbestimmte Zeit. Man nimmt es an, aber eigentlich nicht für sich selbst und für seine Lebzeiten, sondern posthum, als Erbstück für Kinder und Kindeskinder. Inzwischen wendet man seine 'ganze Kraft und Energie' auf allerhand Kleinkram und Herumflickerei an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, damit es doch so aussieht, als geschehe etwas, und die Bourgeoisie nicht erschreckt werde."[46]

Wie gesagt, meine Freunde und ich haben den Kampf in der SPD damals verloren. Stattdessen hat sich die Richtung durchgesetzt, als deren "theoretischer Dolmetscher (...) innerhalb der Partei, und zwar als letztes Glied in ihrer geschichtlichen Entwicklung"[47] Eduard Bernstein aufgetreten ist. Und zwar mit Euch auch bekannten Argumenten schon 1896/97: "Die Kooperation, der politische Kompromiß macht keine Verleugnung, keine Abwächung der eigenen Klassenforderungen notwendig. Man verbindet sich zu einem ganz bestimmten Zweck, ohne darüberhinausgehende Verpflichtung (...)."[48]

Ich hatte dagegen schon 1899 befürchtet, daß Bernsteins Politik nicht einmal zu einer "ununterbrochenen Kette fortlaufender und stets wachsender Sozialreformen" führt.[49] Denn der "unversöhnliche, schroffe Klassenstandpunkt", der zunächst zumindest konsequente Reformen bewirken kann, wird **mit der Zeit "immer mehr zu einer negativen Potenz, sobald unmittelbare praktische** Erfolge den Hauptzweck bilden. Der nächste Schritt ist also eine Kompensationspolitik und eine konziliante, staatsmännische kluge Haltung," die schließlich dazu führt, "alles gehn zu lassen, wie's Gott gefällt".[50]

Von der bedingten Verneinung zur unbedingten Bejahung

Leider hatte ich mit meiner Befürchtung recht behalten. Denn schon 1912 argumentierte Bernstein so:
Die SPD habe zwar, in dem sie bestimmte Regierungsentscheidungen kritisiere, "*zunächst*" den Charakter einer "*bedingt* verneinenden Opposition". Sie müsse aber "ihre Stimmenmacht bewußt und systematisch für die eine oder gegen die andere Koalition in die Waagschale (...) werfen. Sie muß dann unter Umständen sich auf die Seite der Partei stellen, die gerade an Regierung ist, womit ihr Einfluß *auf diese* Regierung, zugleich aber auch ihr *Interesse an ihr eine Steigerung* erfährt. *Selbst wenn* (!) sie behufs Wahrung ihrer *politischen Unabhängigkeit sich jedes* formalen Anschlusses an die *Regierungskoalition,* insbesondere also die *Beteiligung an Ministerien* enthält, erhält sie durch die Natur der Dinge etwas vom *Charakter* einer *Regierungspartei.* Das heißt, wird - um an die gebrauchte Wendung anknüpfen - nunmehr Partei der *bedingten Bejahung.*"[51]
Das klingt logisch, werden einige von Euch sagen. Ist es auch, nämlich für die Menschen, dabei sind, *SozialdemokratInnen* zu werden. Andere werden sagen: "Jetzt geht sie aber wirklich zu weit; die Gefangenen und die Illegalen schon auf der Regierungsbank sitzen sehen, ist doch wirklich übertrieben."
Aber überlegt einmal: Die RAF hat in ihrer Erklärung vom August letzten Jahres die herrschende Politik als "Wahnsinn"[52] charakterisiert und demgegenüber "sinnvolle Lösungen"[53] gefordert. Und auch Eva Haule meint in einem Brief "an eine genossin aus der hafenstraße": "und es ist genau, wie ihr gesagt habt [54](...): 'vernünftige lösungen', darum gehts."[54] Und Irmgard Möller spricht sich für "ein rationelles moment in der auseinandersetzung zwischen den politischen gefangenen und dem staat" aus.[55] Wenn sich anscheinend alles auf den Gegensatz von Rationalität und Irrationalität reduziert, wenn es anscheinend keinen *Interessengegensatz* und keine Zwangsgesetze der kapitalistische Ökonomie und keine notwendige Funktionsweise des bürgerlichen Staates mehr gibt, ist dann nicht die logische Konsequenz, das "Vernünftige" *einfach zu tun* (statt einem "ominösen revolutionären projekt" [Lutz Taufer][56] nachzujagen) - und nach Möglichkeit eben auch in der Regierung?!
Damit werdet Ihr aber schließlich zu einer 'Partei der *un*bedingten Bejahung'. Denn, wie ich in einer Kritik an französischen Reformisten schrieb, gibt es *in der Regierung* im Gegensatz zum Parlament, nicht einmal eine formelle Opposition. Die Regierung hat "die Ausführung der Gesetze, die Aktion, zur Aufgabe (...), sie muß in allen ihren Gliedern stets handeln, sie muß deshalb (...) stets einen grundsätzlich gemeinsamen Boden unter den Füßen haben, der ihr das Handeln ermöglicht, den Boden des Bestehenden, mit einem Wort den Boden des bürgerlichen Staates. (...). Ein prinzipieller Gegner des Bestehenden hingegen steht vor der Alternative: entweder auf Schritt und Tritt der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung Opposition zu machen, d.h. tatsächlich *kein* aktives Mitglied der Regierung zu sein - ein augenscheinlich unhaltbarer Zustand, der zur Entfernung des sozialistischen Mitgliedes aus der Regierung führen müßte -, oder aber die Sache schließlich mitzumachen, die täglich und stündlich zur Erhaltung und zum Fortlauf der Staatsmachinerie in jedem Regierungszweig notwendigen Funktionen zu verrichten, d.h. tatsächlich *kein Sozialist,* wenigstens nicht in den Grenzen des Regierungsamtes, zu sein."[57]

Ihr seht also, was von dem ursprünglichen Versprechen übrig bleibt, eine Politik, die den Kampf um Reformen nicht dem revolutionären Ziel unterordnet, bedeutete über eine punktuelle Übereinstimmung mit der Regierung hinaus keine weitere Verpflichtung...

Sicherlich, Ihr *wollt* eine solche Entwicklung *nicht*; aber schon meine Kritik von 1899 an Bernstein & Co. zielte nicht, jedenfalls nicht hauptsächlich, auf deren verräterische *Absichten.* Die gefährlichste Seite ihrer Theorien sah ich vielmehr "in ihren Konsequenzen, in dem, was sich aus ihnen für die Bewegung ergibt, wenn sie zur vollen Reife entfaltet werden." Zwar waren wir - seine *KritikerInnen* - uns damals einig, "daß das allgemeine letzte Ergebnis seiner Auffassung" die Aufgabe des Sozialismus wäre, "aber vor diesen Konsequenzen schreckt Bernstein zurück. Er beteuert, daß er weder dieses Ergebnis wünscht noch auf dasselbe hinarbeitet. Und er hat in gewissem Sinne recht, nämlich im subjektiven Sinne. Es wäre Wahnsinn, Bernstein die Absicht zuzuschreiben, die Arbeiterbewegung vernichten zu wollen. Im Gegenteil, er glaubt ihr aufs beste mit seiner Auffassung zu dienen. Es kommt jedoch nicht darauf an, was Bernstein denkt und *will,* sondern was sich objektiv, abgesehen von seiner Person, aus seinen Theorien ergibt."[58] Was dies war, habe ich zu Beginn dieses Briefes aufgezählt: Kriegskredite, Notstandsgesetze, Berufsverbote, Stammheim '77, Abschaffung des

Asylrechts, Abtreibungsverbot durch finanziellen Druck.

"praktische Politik" und Verlodderung der Theorie

Der *opportunistische* Ausgangspunkt, man müsse "den Massen(...) *unbedingt*(!) mit 'positiven Errungenschaften' in der Hand kommen, sonst wird uns das Volk 'nicht verstehen,"[59] der auch bei Euren BefürworterInnen der "praktischen Politik" eine entscheide Rolle spielt, hat in der Geschichte der SPD alles weitere geprägt: die Verlodderung der Theorie (welche kein Wunder ist, denn die "Feindseligkeit gegen 'die Theorie' (...) ist ganz selbstverständlich, denn unsere 'Theorie', d.h. die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus, setzen der praktischen Tätigkeit ebenso in Bezug auf die angestrebten *Ziele*, wie auch auf die anzuwendenen Kampf*mittel* wie endlich selbst auf die Kampf*weise* sehr fest Schranken. Daher zeigt sich bei denjenigen, die nur den praktischen Erfolgen nachjagen wollen, das natürlich Bestreben, sich die Hände frei zu machen, d.h. unsere Praxis von der 'Theorie' zu trennen, von ihr unabhängig zu machen."[60]), die Verharmlosung der Klassengegensätze, die Illusionsmacherei über mögliche Reformpolitik, das bedingte und schließlich unbedingte Ja zum bürgerlichen Staat. Eine Partei, die ihre Mitglieder und Anhänger so auf das "Evangelium" der "praktischen Politik" ausgerichtet hat, konnte schließlich dem 'Ausbruch' des 1. Weltkrieges nichts entgegensetzen. Und so *zeigt* die Entwicklung der SPD auch denen, die sich davor drücken, über die immanenten Konsequenzen des "Evangeliums" der "praktischen Politik" *nachzudenken*, wie die weitergehenden Forderungen und Ziele auf der Strecke geblieben sind - eben nur die *rechtfertigenden Ideale* einer *anpasslerischen Praxis* waren. Und überlegt einmal, wieso jetzt auch in Euren Debatten soviel über 'Werte', 'Ideale' usw. die Rede ist - weil es wieder eine Praxis gibt, die nicht selbst über das Bestehende hinausweist und deshalb ihrer Rechtfertigung durch höhere 'Ideale' bedarf.

Alles nur "Mißverständnisse"?

Aber Ihr meint, wie Gregor,[61] daß meine Kritik, wie ähnliche Kritiken zuvor, auf einem "Mißverständnis" (Gregor selbst setzt dieses Wort bezeichnenderweise in Anführungsstriche) der Position Eurer neuen PolitikerInnen beruht? Auch diese Ausflucht ("Mißverständnisse"), um einer inhaltliche "Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen"[62], ist leider nicht neu.[63] Schon ich war damit konfrontiert, daß meine Gegner "über jedes Ding nicht *eine* Meinung, wie die meisten Menschen, sondern mehrere Meinungen auf einmal (hatten), und man kann nie irgendeine (ihrer) Äußerungen in der Diskussion fixieren, ohne daß (sie) nicht in der Lage wäre(n), zur Deckung sofort eine entgegengesetzte Äußerung heranzuziehen." Und "das heillose Dunkel, (...) hat 'Methode', es hat einen *politischen Grund*. Es ist dies jene Politik, die allen geben und niemandem nehmen, alle befriedigen und niemanden kränken, alle Differenzen verwischen, alle Widersprüche aussöhnen, alle Gegensätze in einem Meer sauer-süßlicher Beschwichtigungslimonade ertränken will."[64]

August Bebel sagte deshalb über von v. Vollmars Reaktionen auf die Kritik an seinen Eldorado-Reden: "Vollmar sieht sich genötigt, seine am 1. Juni gehaltene Rede dem Druck zu übergeben, weil man falsch über sie berichtete; alsdann sieht er sich wieder genötigt, nachträglich noch eine zweite Rede zu halten, die als Interpretation der *ersten* Rede gelten muß. Nachdem er aber beide dem Druck übergeben, muß er eine dritte Rede halten, die wieder als eine Interpretation der ersten und zweiten Rede anzusehen ist."[65] Und ich habe über Bernsteins Veröffentlichungen geschrieben: "Hier" - bei Bebels Beschreibung der Reaktionen von v. Vollmars - "haben wir genau die Geschichte der Bernsteinschen Artikel in der 'Neuen Zeit', die er dann durch einen Brief an den Parteitag interpretieren mußte, worauf er ein Buch schrieb, um den Artikel und den Brief zu kommentieren, worauf wieder ein Artikel in der 'Neuen Zeit' und im 'Vorwärts' erfolgten, die das Buch vor Mißverständnissen verteidigen sollten, und nach alledem sieht sich Bernstein heute von seinen Kritikern ebenso gänzlich mißverstanden, wie es 1891 Vollmar war. Zwischen diesen beiden Endpunkten in der Entwicklung des Opportunismus, zwischen den ersten beiden Reden Vollmars und dem Buche Bernsteins, wiederholt sich das 'Mißverständnis' regelmäßig bei jeder seiner Kundgebungen."[66]

Und bei Euch? In der Interim 231 schreibt Gregor einen Artikel, um die angeblichen "Lügen"[67] der Frauen aus Gießen zurückzuweisen. Nachdem Anna und Arthur in der Interim 232 nachgewiesen hatten, daß die angeblichen Lügen durchaus der Wahrheit entsprechen, mußte Gregor in der Interim 233 behaupten, sie unterlägen "d(em)selben Mißverständnis" wie die Gießnerinnen.[68] Und all dies führte, nach zwei weiteren Stellungnahmen, nur zu Gregor erneuter These, "daß auch hier wieder Mißverständnisse eine Rolle spielen".[69]

Warten auf die Illegalisierung?

Wenn alles nur "Mißverständnisse" sind, warum reden dann Eure VertreterInnen der "praktischen Politik" in keiner einzigen ihrer Kundgebungen mal Klartext, sondern wiederholen immer nur ihre eigenen 'mißverständlichen' Formulierungen? Gregor antwortet darauf mit der Gegenfrage: "welchen produktiven Wert" hat die "wiederholte Feststellung, daß die gesellschaftlichen Widersprüche 'nur mit Gewalt/durch die gewaltsame Machtergreifung' gelöst werden können?" Auch diese Frage bekamen wir schon von v. Vollmar präsentiert: "Haben wir nichts Besseres zu tun, als daß wir in jeder einzelnen Rede immer wieder den *alten Katechismus* aufsagen?"[70] Bebel antwortete darauf, daß diese "Aufklärung der Massen über unseren Gegner (...) die Hauptaufgabe für unsere (...) Tätigkeit ist und nicht die Frage, ob zunächst eine Forderung erreicht wird oder nicht. (...). Das Ziel in seiner Gesamtheit ist die Hauptaufgabe und das andere Nebensache. (...). Vollmar erklärt *umgekehrt* das große allgemeine Ziel als das vorläufig *Nebensächliche* und als *Hauptsache* die *nächsten praktischen Forderungen*, (...)."[71] Die "Aufklärung der Massen über unseren Gegner" und die Propagierung der "Hauptaufgabe", der Revolution, ist deshalb notwendig, weil wir "unseren Gegner" nur dann endgültigen schlagen können, wenn wir uns auf die Machtfrage *vorbereiten*. Denn es ist - wie die RAF im Konzept Stadtguerilla geschrieben hat -, "falsch (...), auf die Illegalisierung als Schicksalsschlag durch das System zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist (...)."[72]

Über "Gerechtigkeit"

Ich will deshalb ein letztes dieser sog. "Mißverständnisse" anführen: Die RAF spricht in ihrer Erklärung zu Weiterstadt weiterhin nicht von der Herrschaft der Bourgeoisie über die ArbeiterInnenklasse, sondern von einer "herrschaft des kapitalistischen systems über *die* menschen" und sie votiert auf einmal für eine Bewegung, "die von (...) Gerechtigkeit" und "vom Kampf (...) gegen Armut bestimmt ist".[73] Auch das ist leider nicht so neu, für wie neu Eure neuen PolitikerInnen Ihre Vorstellungen halten. Vielmehr verstand schon "Bernstein unter Kapitalist nicht eine Kategorie der Produktion (...) , nicht eine wirtschaftliche, sondern eine steuerpolitische Einheit, unter Kapital nicht ein Produktionsganzes, sondern schlichthin Geldvermögen". "Indem Bernstein den Begriff Kapitalist aus den Produktionsverhältnissen überträgt und" [- so wie die RAF statt von ArbeiterInnen von Menschen spricht ++ -] "'statt von Unternehmern von Menschen spricht' (...), überträgt er auch die Frage des Sozialismus aus dem Gebiet der Produktion auf das Gebiet der Vermögensverhältnisse, aus dem Verhältnis von *Kapital und Arbeit* in das Verhältnis von *reich und arm*"[74] und macht aus der Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise eine Frage der "gerechten", "gerechteren", ja "noch gerechteren" Verteilung[75]. Damit sind wir von Marx und Engels glücklich auf den Verfasser des Evangeliums des armen Sünders zurückgebracht (...)."[76] "Der nächste Anstoß zur sozialdemokratischen Bewegung, wenigstens bei den Volksmassen, ist freilich *auch* die 'ungerechte' Verteilung der kapitalistischen Ordnung. Und indem sie für die Vergesellschaftung der gesamten Wirtschaft kämpft, erstrebt die Sozialdemokratie dadurch selbstverständlich auch eine 'gerechte' Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Nur richtet sie ihren Kampf, dank der von Marx gewonnenen Einsicht, daß die jeweilige Verteilung bloß eine naturgesetzliche Folge der jeweiligen Produktionsweise ist, nicht auf die Verteilung im *Rahmen* der kapitalistischen Produktion, sondern auf die Aufhebung der Warenproduktion selbst. Mit einem Wort, die Sozialdemokratie will die *sozialistische Verteilung* durch die Beseitigung der *kapitalistischen Produktionsweise* herbeiführen, während das Bernsteinsche Verfahren ein direkt umgekehrtes ist; er will die kapitalistische Verteilung bekämpfen und hofft, auf diesem Weg allmählich die *sozialistische Produktionsweise* herbeiführen zu können."[77] -

So meint denn auch Helmut Pohl, daß die Forderung, "daß das geld, die technologie rüber [d.h.: in den Trikont, R.L.] müssen," schon "diese alten vorstellungen von revolutionär und reformistisch" sprenge. Deshalb sei die Forderung nach Zerschlagung des IWF "mist". Vielmehr solle bspw. eine demokratisierte UNO die "umverteilung der finanziellen, technischen usw. ressourcen" organisieren.[78] So wird auch bei Euch suggeriert, daß sich mit einer Umverteilung mehr als reformerische Effekte bewirken ließen.

* Ich beziehe mich im folgenden neben verschiedenen veröffentlichten Texten auch auf zwei halb-öffentliche Texte, die in Euren Zusammenhängen kursieren. Ich mache dies, weil ich schon in meiner Auseinandersetzung mit Bernstein damit konfrontiert war, daß die "gefährlichste Seite" dessen Theorien "in ihren Konsequenzen" bestand, "in dem, was sich aus ihnen für die Bewegung ergibt, wenn sie zur vollen Reife entfaltet werden." Aber davor, diese letzten Konsequenzen offen auszusprechen, "schreckt(e) Bernstein zurück. (...) Die Tatsache, daß Bernstein die Konsequenzen seiner Auffassung nicht ziehen will oder nicht sieht und auf halben Weg stehen bleibt, ist die Quelle von zahlreichen Mißverständnissen geworden." Aber das Mißverständnis liegt - wie Geschichte inzwischen leider bestätigt hat - "nicht auf seiten derjenigen (...), die das Versteckte in seinen Theorien hervorkehren und ihn als einen Abtrünnigen bekämpfen, sondern umgekehrt auf seiten derjenigen, die seine Worte und Beteuerung für beweiskräftig halten und in seinen Theorien 'nichts Neues' vom Standpunkt der Parteigrundsätze sehen." (Rosa Luxemburg, *Zum kommenden Parteitag* (1899), dies., *Werke*, Band 1/1, Berlin/DDR, 1974, 516 - 536 [522]). Deshalb will ich mich nicht erneut mit derartigen Beteuerungen abspeisen lassen, sondern wenigstens jene letzten Konsequenzen hier zitieren, die von Euren neuen PolitikerInnen schon selbst gezogen worden sind - wenn auch 'im kleinen Kreis', als 'Privatmeinung' etc. "Das Private ist politisch!" wie Ihr heutzutage sagt. - Daß ich aus diesen halb-öffentlichen Texten zitierte, müßte eigentlich auch im Interesse Eurer neuen PolitikerInnen sein. Denn Lutz Taufer begründete das Öffentlichmachen einer Diskussion, die die Tübinger Initiative für die Zusammenlegung zunächst nur mit den Gefangenen führen wollte, mit einer (eine spezielle Situation prinzipiell zu pauschal verallgemeinernden, aber im konkreten Fall doch richtigen) Verallgemeinerung so: "politik ist was, was grundsätzlich im öffentlichen raum stattzufinden hat." "eine unserer forderungen in stockholm war, daß die verhandlungen öffentlich geführt werden." (Brief von Lutz Taufer an die Tübinger Initiative in: Interim, Nr. 180, 13.02.1992, 32 - 37 [37]).

** Der Begriff der "Realpolitik" geht auf den ehemaligen 1848er Revolutionär Ludwig August von Rochau zurück, der diesen Begriff prägte als er zum Bismarck-Anhänger wurde: "Realpolitik bewegt sich nicht in einer *nebelhaften Zukunft*, sondern im Gesichtskreis der *Gegenwart*, sie findet ihre Aufgabe (...) in der Erreichung *konkreter* Zwecke, und sie weiß sich, *unter allem Vorbehalt*, mit halben Resultaten zu begnügen, *wenn die ganzen nun einmal bis auf weiteres nicht zu haben sind*. ... Es ist ihr eine Gewissenssache, die Menschen und die Dinge so zu sehen, wie sind, und demgemäß nur zu wollen, was sie kann." [*Grundsätze der Realpolitik - angewandt auf die staatlichen Zustände Deutschlands* (1853/1869), Frankfurt/Berlin/Wien, 1972, 208 zitiert nach Wolfgang Kraushaar, *Realpolitik als Ideologie*. Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, Heft 3/1988, 79 - 137 (106) - Hervorhebungen von mir, R.L.]. Wolfgang Kraushaar gibt ebd., 107, 133 f. folgende - ebenfalls bis heute noch gültige *kritische* Definition der "Realpolitik": "Sie ist anti-demokratisch" (massenfeindlich); "sie ist antifeministisch"; sie lehnt "alle Gesellschaftsentwürfe (ab), die nicht dem Bestehenden verhaftet bleiben, (...), und sie ist antisozialistisch, weil der Gedanke an eine soziale Revolution die größte Gefahr für die deutsche Nationalpolitik" - *die Gesellschaft* - "darstellt."

*** Auch Hanna Cash ging es erklärtermaßen um Anpassung. Sie erklärte ihre ethisches Politikkonzept ausdrücklich deshalb für richtig, "*weil* das (die Ethik, R.L.) auf konservativ-reaktionärer Seite selbstverständlich ein ganz wichtiges Kampffeld um

die Herzen und Köpfe der Menschen ist." (Hanna Cash, *Auf ins Offene!* Beitrag zur Diskussion mit den Gefangenen und der RAF, Beilage zum AK 329, 08.04.1991, 1 - 4 [4]). RevolutionärInnen müssen aber häufig, und so auch hier, das herrschende Terrain verlassen, um ihren Kampf führen zu können.

**** Diesen Gedanken hatte zuvor schon Rochau, a.a.O. (FN), 255 zitiert nach Kraushaar, a.a.O. (FN **), 111 entwickelt: Der sog. "politische Idealismus gehöre in den Bereich der Theorie. Seine Emanationen seien 'Turnübungen des politischen Geistes', die eine positive Funktion nur in der 'Rolle eines Vorläufers und Bahnbrechers' spielen könnten." Die "praktische Politik" sei demgemäß nicht die Verwirklichung eines solchen - eben auf den Bereich der Theorie beschränkten! - "spekulativen Systems"; die "Staatskunst" sei vielmehr die "Kunst des Erfolges." Daß eine solche pragmatische (praktizistische) Verdrehung der marxistischen These vom Primat der Praxis nicht nur mit einer reformistischen, sondern auch mit einer revolutionaristischen Politik einhergehen kann, hat die RAF im Konzept Stadtguerilla bewiesen: "Die Rote Armee Fraktion redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich ist; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln." [Rote Armee Fraktion, *Das Konzept Stadtguerilla*, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 5 - 13 (9)].

+ Brief von Lutz Taufer vom Januar 1992, S. 4: "hauptaufgabe des jahres 1992 für uns war nicht, diesen minister oder jenen geheimdienstklüngel als unmoralisch oder unehrlich zu entlarven, um daraus eine legitimation für jenes ominöse revolutionäre projekt zu saugen, das ansonsten keine erkennbaren eigenschaften besitzen würde." Wer ein solches Projekt verfolge, müsse "sich fragen lassen, ob er überhaupt noch **politikfähig** ist." Entsprechend auch das Papier "Einige Anmerkungen...", S. 1: "In den Diskussionen noch vor der RAF-Erklärung" und nach der sog. Kinkel-Initiative "wurden die Gruppen am ehesten **handlungsfähig**, denen jetzt politische Blauäugigkeit vorgeworfen wird." Und schließlich die Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen: "die linke hat die entlarvung der gesellschaftlichen verhältnisse als politisches mittel verloren. (...). die initiativen aus der vergangenheit sind zur zeit **weder politik- noch kampffähig**, zum teil noch nicht einmal willens." [Initiative..., a.a.O. (FN 8), 6 f.]. Joschka Fischer u.a. schrieben 1988 in ihrem "realpolitischen Manifest" (ich werde Euch weiter unten im Haupttext noch etwas genauer über diesen grünen Anpassungsprozeß) berichten: "**Politikfähig** sind diese Parteistrukturen" der GRÜNEN "schon lange nicht mehr, neuerdings erweisen sie sich kaum noch als **protestfähig**." [Joschka Fischer u.a., Sein oder Nichtsein, in: Sein oder Nichtsein. Entwürfe für ein realpolitisches Manifest, Juni 1988, 3 - 12 (3)].

++ Für die politische Konsequenz ist es durchaus gleich, ob die **sprachliche Eliminierung des Antagonismus** damit *beginnt*, 'statt ArbeiterInnen' *oder* 'statt KapitalistInnen' 'Menschen' zu sagen. - Mit der sprachlichen Eliminierung des Antagonismus folgt die RAF - bewußt oder unbewußt - dem theoretischen Bezugspunkt vieler Elemente ihrer neuen *und* alten Theorie: der 'Verdinglichungs-Theorie' von Georg Lukács. Danach bedeutet der "Unterschied, daß der Arbeiter der einzelnen Maschine, der Unternehmer dem gegebenen Typ der maschinellen Entwicklung, der Techniker dem Stand der Wissenschaft und der Rentabilität ihrer technischen Anwendung gegenüber stehen muß, (...) eine bloß quantitative Abstufung und unmittelbar keinen qualitativen Unterschied" in der Verdinglichung deren Bewußtseins (Georg Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, in: ders., Werke. Band 2, Neuwied/Westberlin, 1968, 161 - 517 [273] zit. nach Argument-Sonderband 40 (*Theorien über Ideologie*), Westberlin, 1979, 51). So werden die **Widersprüche in der Gesellschaft** in Widersprüche zwischen Mensch und Maschine umdefiniert. - In diesem Kontext erklärt sich auch der positive Bezug, den die RAF die in ihrer April-Erklärung auf "Vertreter aus der Wirtschaft" nimmt, die angeblich "Druck" für eine "politische Lösung" machen (RAF, Interim 189, 5).

1 Rote Armee Fraktion, *Wir müssen, das Neue suchen*, Beilage zur Konkret 9/1992, 1 - 8 (S. 7, Sp. II).

2 Gregor, *An die Frauen aus Gießen, die den Text geschrieben haben, der in der Interim Nr. 229, vom 25.2.93 abgedruckt ist!*, in: Interim, Nr. 231, 11.03.1993, 3 - 5 (4).

3 RAF, a.a.O. (FN 1), S. 5 Sp. I; dazu die Zustimmung im Vorwort der Interim, Nr. 206, 10.09.1993, 2 und jetzt die Bekräftigung der RAF in ihrer Erklärung zu "Weiterstadt", in: Interim, Nr. 235, 08.04.1993, 11 - 17 (13).

4 Revolutionäre Zellen, *"Das Ende unserer Politik"*, in: Konkret 3/1992, 32 - 36 (34). Demgegenüber wiesen einige Ex-RZ-lerInnen (*"Wenn die Nacht am tiefsten..."*) in der Interim, Nr. 187, 02.04.1992, 24 - 28 (26) darauf, "daß revolutionäre Politik (schon rein begrifflich) von Anfang an die Machtfrage stellen bzw. thematisieren muß." Sie geben allerdings zu, "daß das auch in den RZ's allzuoft nicht klar war."

5 *Ergebnisse des 1. Vorbereitungstreffens für die revolutionäre 1. Mai-Demo vom 29.1.1993*, in: Interim, Nr. 228, 18.02.1993, 18 - 19 (19) - Hervorhebung von mir, R.L.

6 Autonomes 1 Mai Plenum, *Auf zu neuen Ufern*, in: Interim, Nr. 237, 22.04.1993, 12 (12).

7 euer Haudraufundschluß, AUTONOMER BEIFALL für die BULLEN?, in: Interim, Nr. 240, 13.05.1993, 8 (8): "Und ich finde es schade, daß sich der Schreiber (S. 12) für sein Gefühl der Erleichterung, daß die Bullen eingriffen, schämt. (...). Was beschämt dich daran, daß die Bullen, wie du schreibst, 'unsere Arbeit' machen, 'weil wir nicht mehr weiter wissen'? Natürlich wissen wir weiter! Und die Bullen machen nicht UNSERE, sondern IHRE Arbeit (...)."

8 *Diskussionsbeitrag der Veranstaltungsgruppe*, in: Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen (Hg.), "Die Würde des Menschen ist antastbar" (Ulrike Meinhof). Beiträge von der Veranstaltung am 29.1.93 in Hamburg, S. 6 - 8 (7).

9 Rote Armee Fraktion, *Das Konzept Stadtguerilla*, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 5 - 13 (9): "ökonomistischer Dreck", für den es sich "nicht lohnt, den revolutionären Kampf aufzunehmen *und zum Sieg zu führen*, wenn 'siegen heißt, prinzipiell akzeptieren, daß das Leben *nicht* das höchste Gut des Revolutionärs ist' (Debray)." (Hervorhebungen von mir, R.L.).

10 Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Hannover, 1964, 28.

11 Georg von Vollmar, *Eldorado-Rede*, in: Iring Fetscher (Hg.), *Der Marxismus*. Seine Geschichte in Dokumenten. Band III, München, 1965, 230, 231, 233 - Hervorhebungen von mir, R.L.

12 Bernstein, a.a.O. (FN 10), 9.

13 Rosa Luxemburg, *Possibilismus, Opportunismus* (1898), in: dies., Werke. Band 1/1, 228 - 230 (229).

14 Rote Armee Fraktion, *Wir grüßen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration und des internationalen Gegenkongresses gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München*, in: Interim, Nr. 201, 09.07.1992, 14 - 18 (17).

15 Lutz Taufer, *Gesellschaft oder Ghetto*. Brief vom Januar 1993 (veröffentlicht von der Frankfurter Info-Stelle), S. 8.

16 Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 08.09.1992, S. 4.

17 Brief von Lutz Taufer an die Tübinger Initiative für die Zusammenlegung, in: Interim, Nr. 180, 13.02.1992, 32 - 37 (33).

18 Stalin, *Werke*, Band 15, Frankfurt am Main, 1972, 134.

19 J.W. Stalin, *Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft*, Berlin/DDR, 1954, 5 (34) zitiert nach *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Band 6, Westberlin, 1987, 1099.

20 G.W.F. Hegel, *Wissenschaft der Logik*, in: ders., *Werke*, Bd III, Berlin, 1833, 450 f. zitiert nach Lenin, Werke, Band 38, 115 f., vgl. ebd., 94, 272, 339.

21 Rosa Luxemburg, *Zum kommenden Parteitag* (1899), dies., *Werke*, Band 1/1, Berlin/DDR, 1974, 532.

22 Luxemburg, a.a.O. (FN 21).

23 AK (Drinnen und) Draußen, *"Auf ins Offene? Achtung: Sackgasse!"*, in: Interim, Nr. 161, 19.09.1991, 10 - 12 (10).

24 AK (Drinnen und) Draußen, a.a.O. (FN 23), 11. Allerdings gab es schon damals viel Geschwafel über "Neue Subjektivität", "*die Menschen*", "Antizipation befreiter Formen zwischenmenschlichen Verkehrs" u.a. (ebd., 12).

25 Kommunikationsprojekt Celle "Power durch die Mauer" (Interview mit dem AK Drinnen und Draußen in der Zeitschrift *Brennpunkt* Okt./Nov. 1992, nachgedruckt, in:) Angehörigen-Info, Nr. 111, 28.01.1992, 2 - 4: "(...) wir haben den Schritt der RAF begrüßt (...) Allerdings gibt es (...) bei uns *leise* Kritik an der Argumentations*weise* (...). was aber jetzt für uns *nicht* das Entscheidende ist." (S. 2 f. - Hervorhebungen von mir, R.L.) "(...) materiell die Basis erreicht, auf der eine *politische Lösung*, d.h. die Freiheit für alle politischen Gefangenen in absehbarer Zeit, gesellschaftlich verankert und durchgesetzt werden kann." (S. 4 - Hervorhebung von mir, R.L.)

26 Einige Anmerkungen zu "Die KGT Initiative und wir - ein Rückblick", S. 1 - Hervorhebung von mir, R.L.

27 Einige Anmerkungen..., S. 2 und 3.

28 AK (Drinnen und Draußen), a.a.O. (FN 23), 11.

29 Rosa Luxemburg, *Sozialreform oder Revolution?* (1899), in: dies., *Werke*. Band 1/1, 367 - 466 (399).

30 Luxemburg, a.a.O. (FN 21), 533.

31 Einige Anmerkungen..., S. 3.

32 *Das Neue zu denken erlernen*, in: Swing, Nr. 49, Februar 1993, 42 f. (42).

33 Angehörigen-Info, Nr. 114, 10.3.1993, 6.

34 Rote Armee Fraktion, *Erklärung vom 10. April 1992*, in: Interim, Nr. 189, 16.04.1992, 4 - 6 (5).

35 Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993.

36 Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 1.

37 RAF, *Weiterstadt*, in: Interim, Nr. 235, 08.04.1993, 11 - 17 (11).

38 Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 428.

39 RAF, a.a.O. (FN 34), 4.

40 Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 429.

41 Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 369.

42 Rosa Luxemburg, *Rede über das Verhältnis des trade-unionistischen zum politischen Kampf auf dem SPD-Parteitag 1898 in Stuttgart*, in: dies., *Werke*. Band 1/1, 238 - 241 (241).

43 RAF, a.a.O. (FN 34), 4.

44 Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 402.

45 Karl Höchberg / Eduard Bernstein / Karl August Schramm zit n. Karl Marx / Friedrich Engels, *Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u.a.*, in: MEW 19, 150 - 166 (162).

46 Karl Marx / Friedrich Engels, a.a.O. (FN 45), 162.

47 Luxemburg, a.a.O. (FN 21), 531.

48 zitiert nach Fetscher, a.a.O. (FN 11), 238.

49 Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 402.

50 Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 403.

51 zitiert nach Fetscher, a.a.O. (FN 11), 248.

52 RAF, a.a.O. (FN 1), S. 8, Sp. III.

53 RAF, a.a.O. (FN 1), S. 8, Sp. II.

54 Brief von Eva Haule vom Mai 1991, in: AK Drinnen und Draußen Celle (Hg.), *"Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß" (Lukács)*. Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992, Köln, 1992, 9, 13 f. (13).

55 Irmgard Möller, *Erklärung vom 15.4.1992*, in: AK Drinnen und Draußen, a.a.O. (FN 54), 83.

56 Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 4.

57 Rosa Luxemburg, *Eine taktische Frage* (1899), in: dies., *Werke*. Band 1/1, 483 - 486 (484 f.).

58 Luxemburg, a.a.O., (FN 21), 422.

59 Rosa Luxemburg, *Das Offiziösentum der Theorie* (1912/1913), in: dies., *Werke*. Band 3, 300 - 321 (315).

60 Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 441.

61 Gregor, *An Anna und Arthur, wg. der Diskussion um den Text der Frauen aus Gießen aus Interim 229!*, in: Interim, Nr. 233, 25.03.1993 33 f. (34).

62 Luxemburg, a.a.O. (FN 21), 521.

63 Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 460, 519.

64 Rosa Luxemburg, *Erörterung über die Taktik* (1898), in: dies., *Werke*. Band 1/1, 257 - 263 (262, 263); vgl. auch Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 462: "Schade, daß Genosse Schippel in dem kaleidoskopischen Wechsel seiner ökonomisch-politischen Sympathien jedesmal mit seinen Neigungen von gestern so gründlich bricht, daß ihm nicht die leiseste Erinnerung bleibt."

65 zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (FN 21), 521.

66 Luxemburg, a.a.O. (FN 21), 521.

67 Gregor, a.a.O. (FN 2), 3.

68 Gregor, *Nochmal - zum letzten Mal*, in: Interim, Nr. 236, 15.04.1993, 30 - 32 (34).

69 Gregor, a.a.O. (FN 68), 31.

70 zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (FN 21), 524 f.

71 zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (FN 21), 523.

72 RAF, a.a.O. (FN 9), 12.

73 RAF, a.a.O. (FN 37), 12, 17 - Hervorhebungen von mir, R.L.

74 Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 412.

75 Bernstein zit n. Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 420.

76 Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 412.

77 Luxemburg, a.a.O. (FN 38), 420 f.

78 Brief von Helmut Pohl vom Januar 1992, in: AK Drinnen und Draußen (Hg.), a.a.O. (FN 54), 17.

Ein weiterer Versuch

Aufgrund verschiedener Aktionen, die in der Vergangenheit gelaufen sind (u.a. 5.12.92-Demo, Lummer-Aktion und zuletzt der 1. Mai speziell auch die Mobilisierung nach Lichtenberg), sind einige Menschen der Meinung, daß eine radikale Veranderung in den einzelnen Strukturen von Noten sei

Dies heißt für uns, daß u.a. eine bessere **Koordinierung unserer politischen Kräfte** vonstatten gehen muß, **damit Mensch gemeinsam dem Staat (unser Feind?!) umso mehr entgegensetzen kann.**

Um dies jedoch realisieren zu können, wäre es wichtig, daß sich Menschen aus den verschiedensten Strukturen regelmäßig/unregelmäßig miteinander austauschen.

Wobei zwar Techniks wie Infotelefone wichtig sind, aber aus unserer Erfahrung her nicht ausreichend sein können

Daher wäre es erstrebenswert, wenn sich entsprechend **interessierte Menschen** zusammenfinden könnten, um diesen erneuten Versuch besserer Vernetzung einen Erfolg werden zu lassen.

Menschen gleicher Vorstellung können uns **im Ex am runden Tisch am 08.06.93 ab 19.00 Uhr treffen.**

Die Optimisten

Liebe genossinnen und genossen,

wir schicken euch heute einen ganz besonders exellenten beitrag eines politischen gefangenen, nämlich des herrn dellwo.
dieser beitrag bezieht sich in einer wirklich richtungsweisenden art auf unsere feministische kritik.
wir erachten diese puplikumswirksame art als sehr konstruktiv, da sie unsere analyse direkt und unmißverständlich bestätigt.
die pathologisierung und psychatriesierung von frauen, die widerstand leisten ist ihm mit dem patriarchat gemein.

wir fordern euch ausdrücklich zur veröffentlichung auf, weil viele frauen (auch männer) zweifel an unserer analyse äußern, "das ist doch noch gar nicht klar", außerdem wird es sicherlich darauf noch eine oder mehrere öffentliche erwiderungen geben müssen.
auch das verhältnis eines politischen gefangenen zu den gefangenen in den psychatrieknästen darf nicht unwidersprochen bleiben!
so weit so kurz

für die feministische revolution!!!

p.s. der name der frau war im orginal natürlich ausgeschrieben, bei einer veröffentlichung sollte das erwähnt werden

---

Karl-Heinz Dellwo, Trift 14, 3100 Celle

Hello zusammen,

wir haben Eure Broschüre mit der Diskussion über die August-Erklärung bekommen
und -
wir fanden das sehr gut. Eigene Geanken und die Mühe, für sich was herauszufinden. Nur so kann man dann auch anderen was sagen. Ich hätte gerne selber noch etwas dazu geschrieben, aber im Moment ist das für keinen von uns zeitlich herstellbar.

Zu Eurem und zu vielem anderen. Spontan hatte ich, obwohl es auch dringendes gab, z.B. auf das niederträchtige Gießener Feministinnen-Papier einen Text angefangen, aber ich war mir dann auch sicher, daß ich sie in der Irrenhausathmosphäre, die sie inszenieren, nicht erreichen werde. Auch wollte ich das gar nicht mehr. Sie haben eine Zitiertechnik, die der eindeutigen Lüge gleichkommt, die hemmungsloser manipuliert und Aussagen ins Gegenteil verkehrt, als wie wir es von der staatlichen Propaganda gegen uns kennen. Es ist aber auch so: wenn das Maulheldentum eine der Ausdrucksformen des Patriarchats ist, was muß man dann noch über solche "Feministinnen" sagen, die genau darin ihre Evidenz suchen? Die mit "dem Rücken zur Wand stehen" "und dem Grauen im Herzen", die "die Eskalation nicht zurücknehmen können" und deshalb "täglich, nächtlich, stündlich" die Ungerechtigkeit "benennen" müssen. Schlafen sie nie? Das würde manches erklären. Und was ist mit der Urlaubsreise in die Toscana? Nachdem die Autorin mit ihrem Schrott die Hamburger Veranstaltung kaputt gemacht hat, war doch ihr dringendes Bedürfnis vor der Tür, wie uns eine Besucherin erzählte, mit ihrer Freundin [redacted] aus Hannover über die Notwendigkeit dieser Reise zu sprechen. Zuvor hatten sie allerdings die RAF als "konterrevolutionär" und neue Staatsträger denunziert und ihr verachtungsvoll entgegengehalten, daß sie ein "privatisierendes Päuschen" einlegt. Das ist hübsch gesagt denen gegenüber, die tagtäglich mit Verhaftung und den damit verbundenen endlosen Folgen, wenn nicht mit ihrem Tod bedroht sind. Aber es ist geschenkt.

Es haben sich zuviele in der Vergangenheit an fremden Feuern aufgewärmt. Das ganze blöde Geschrei, das in diesem "Feministinnen"-Papier zum Ausdruck kommt, ist die Reaktion auf eine politische Anforderung. Da, wo die RAF bei ihnen Ernsthaftigkeit geltend gemacht hat, nämlich das gemeinsame Suchen nach einer neuen Grundlage für die Linke, finden sie sich in ihrer politischen Phrasenexistenz bloßgestellt und schlagen mit deren Verdoppelung zurück. Wo sie sich am fremden Feuer nicht mehr aufwärmen können, bleibt ihnen nur noch ihre eigene Kälte.
Was sich vorher als Solidarität gerierte, entlarvt sich als Geschäft. Insoweit kam hier nur eine Wahrheit zu Tage, die ihren Begriff im Warenverhältnis hat. Die Wut kommt daher, weil das von Ihnen ausgehende Geschäft der Vergangenheit sich nicht mehr fortsetzen läßt.

Der Versuch der RAF ist der Versuch von revolutionären Kräften, einen Weg aus der Krise der Linken zu finden. Da viele Gewißheiten der Vergangenheit keinen Bestand mehr haben oder sich als nicht ausreichend entwickelt genug erweisen, kommt das einer Neugründung emanzipatorischer Absichten gleich. Es trifft auf die Gespenster der Vergangenheit. Mit den gleichen Haltungen, wie er in dem Text der Gießener Frauen zum Ausdruck kommt, ist die RAF in ihrer Gründungsphase bedacht worden. Was sich hier vollzieht ist die Spaltung in GenossInnen die sich mühen und in Leute, denen heute wie in der Vergangenheit jede Anstrengung, die ihre eigene Selbstveränderung voraussetzt, zu viel ist. Grundsätzlich ist jeder Text oder Schritt kritisierbar. Folglich mag es auch an den letzten RAF-Texten – oder an unseren – kritisier-, ergänzungs- oder entwickelbares geben. Aus einem gemeinsamen Interesse zum realen Kampf um Befreiung ist das auch kein Problem. Kritik kann hart sein, aber nie unsolidarisch. Wo Solidarität, der Kampf um den Anderen, eine Phrase ist, wird die Kritik zum Versuch, andere aufzuspießen und sich im vermeindlichen kleinen Sieg über den Anderen zu mästen. Während sich die Einen die Mühe machen, eine Erkenntnis für sich und damit auch für andere herauszufinden, fallen andere über solche Versuche her.

Eure Broschüre zeigt, daß das Erste möglich ist. Wir hoffen, ihr macht auf dem Weg weiter.

Viele Grüße!!!
29.4.93

UM EUROPA KEINE MAUER!

Wir haben am 23.5.93 den SPD-Abgeordneten Hans Urbaniak in seinem Häuschen in Dortmund eingemauert.

Zweifellos eine eher ungewöhnliche Aktion. Handelte es sich um einen Akt revolutionärer Gerichtsbarkeit? Eine Aktion mit Beispielcharakter? Unter dem Motto "Abgeordnetenwohnungen zu Volksgefängnissen? Nicht ganz. Denn leider mußten wir ihm ein "Hintertürchen" offenlassen, welches er als in solchen Dingen erfahrener Politiker mit Sicherheit sofort zu finden wußte: Die Verandatür. Doch hoffen wir, daß Urbaniak in seinem Elan, mit dem er eine Arbeitswoche begann, an deren Ende (am 26.5.) seine Beihilfe zur faktischen Abschaffung des Asylrechtes stehen soll, durch unsere Mauer vor seiner Haustüre möglichst unsanft gebremst wurde...

Da jedoch zu befürchten ist, daß der materielle Effekt unserer kleinen Blockadeaktion eher gering ausgefallen ist, stellt sich die Frage nach ihrem symbolischen Gehalt.

In der patriarchalen, rassistischen, kapitalistischen Gesellschaft, in der wir leben, stoßen wir ständig auf Mauern. Mauern, die uns die Sicht versperren auf ein HERRschaftsfreies Leben jenseits der gesunden, heterosexuellen, warenförmigen, profitorientierten, männlichen, weißen Normalität. Mauern, die errichtet und verteidigt werden von den Nutznießern dieser Verhältnisse und von denen, die diese Norm erfüllen - auch von uns selbst.

REISSEN WIR DIE MAUERN EIN - AUCH DIE IN UNSEREN KÖPFEN! - so lautet eine alte Parole.

Doch wenn wir anfangen, uns gegen sie aufzulehnen, auszubrechen aus der Betonwüste; wenn wir gar versuchen, das Fundament dieses Systems in seinen zahlreichen Institutionen hier anzugreifen, dann drohen uns andere, reale Mauern. Die Mauern, hinter denen Unangepaßte, Aufsässige, Renitente weggesperrt und isoliert werden sollen: Die Mauern der Gefängnisse und psychiatrischen Anstalten. Deshalb:

REISST DIE MAUERN EIN - HOLT DIE MENSCHEN RAUS!

(An dieser Stelle ein heißer Gruß an die MauerhasserInnen aus der RAF)

Mauern als HERRschaftssymbole - sie einzureißen hat zweifellos was Befreiendes an sich, oder? Mit dem Einreißen einer der bekanntesten Mauern begann offiziell die neue Großmachtrolle der BRD. Mit vereinten Kräften bemühen sich seither Regierung und "Opposition" dieser neuen Rolle gerecht zu werden. Die Diskussionen über Kampfeinsätze der Bundeswehr um weltweit den ungehinderten Zugang zu Rohstoffen zu sichern und um die imperialistische Weltordnung aufrecht zu erhalten, bilden dabei nur einen vorläufigen Höhepunkt.

Finanziert wird diese Formierung Deutschlands zur imperialistischen Großmacht auf Kosten der sozial Schwachen. Die "große Koalition" aus SPD, CDU/CSU, und FDP hat den schleichenden Sozialabbau durch den Solidarpakt zu verantworten. SozialhilfeempfängerInnen werden als Schmarotzer diffamiert; rassistische Begründungsmuster erklären MigrantInnen zu den Schuldigen an der "neuen Armut".

Zusammen mit der Regierung hat die SPD den sog. Asylkompromiß beschlossen. Die Grenzen um die BRD (und um Europa) sollen so dicht wie möglich gemacht werden - durch Drittländerregelung und BGS-Truppen, durch Infrarot-Suchgeräte und Abschreckung durch Sammellager und Abschiebeknäste. Auch eine Mauer - für viele der Frauen und Männer, die auf ihrer Flucht vor patriarchaler und imperialistischer Gewalt und Ausbeutung versuchen hier her zu kommen, wird sie unüberwindlich sein.

Andere, ausgesuchte AusländerInnen werden gnädig hereingelassen - damit sie die Renten in der "überalterten" BRD-Gesellschaft sichern; damit sie mit ihrer "Exotik" zur Hebung der multikulturellen "Lebensqualität" beitragen, in der Gastronomie, wie im Bordell. Das steckt hinter der SPD-Forderung nach einem "europäisch abgestimmten Einwanderungsrecht mit jährlichen Quoten, entsprechend unserer Aufnahme- und Integrationskapazität." Zitiert aus dem Beschluß des SPD-Sonderparteitages v. 16./17.11.92.

UM EUROPA KEINE MAUER - BLEIBERECHT FÜR ALLE UND AUF DAUER!

Nachdem wir soviel Negatives über die Mauer geschrieben haben, wollen wir nun doch noch zu ihrer Entlastung beitragen. Denn ohne diese HERRschaftssymbole würden wir nicht soviel kreative Energie und Phantasie aufbringen, uns zu überlegen, wie wir sie einhauen, wegsprengen oder sonstwie zerstören können. Mauern als Lustgewinn? Denn schließlich kommt es ja immer darauf an, von wem/welcher eine Mauer wo und zu welchem Zweck aufgestellt wird.

Und so erschließt sich auch die symbolische Bedeutung unserer Aktion: Wir haben versucht, Urbaniak unsere Hoffnung sinnlich erfahrbar zu machen, daß den Strategen des Rassismus, den Schreibtischtätern in den Parteien, Ämtern und Institutionen künftig und weiterhin Grenzen (vielleicht auch Mauern) gesetzt werden.

Lassen wir sie mit ihren Plänen gegen Wände anrennen.

Die SchwarzarbeiterInnen




Roma in Neuengamme:

Forderungen an Bundesregierung

16. Mai 1993

Deutsche Polizisten versperren heute den Überlebenden des Holocaust und ihren Nachfahren den Weg in die Stätten des Gedenkens an die ermorderten Opfer rassistischen Terrors. Die Hamburger Politik will damit verhindern, daß wir auf die Kontinuität in der Roma-Verfolgung hinweisen.

- Während Nazi-Veranstaltungen erlaubt werden und von deutschen Polizisten geschützt werden, bleiben Gedenkveranstaltungen an Menschen, die von den Nationalsozialisten ermordert worden sind, verboten.

- Während die SS an deutschen Friedhöfen der Mörder gedenken darf, werden alte jüdische Friedhöfe geschändet.

- Während in Rostock Verständnis für die Täter gezeigt wird, wird gegen Demonstranten, die sich gegen den wachsenden Rassismus auflehnen, mit Härte vorgegangen.

- Während Deutschland für alte Verbündete, wie Kroatien, unermüdet Menschenrechte einklagt, werden Deportationsabkommen unterzeichnet, in deren Rahmen Staaten in Osteuropa für Menschenrechtsverletzungen an Roma mit Geldsummen in Millionenhöhe belohnt werden.

- Nazi-Täter, die für die Selektion der Todesopfer zuständig waren, wie die Hamburger Anthropologin Ruth Kellermann, werden freigesprochen und dürfen in den Archiven ihre "Rassenforschungen" fortsetzen, während den Opfern den Zugang zu Akten und zu den Tatorten untersagt wird.

Die Opfer werden verhöhnt, während die Täter rehabilitiert werden. Das ist das neue, wiedervereinigte Deutschland.

Dutzende von Toten, hunderte Verletzte - doch deutsche Politiker machen Opfer zu Tätern und warnen von der "Zigeunerplage". Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf bezeichnet Vorurteile gegen Roma als "normal" und die gewalt gegen sie als "verständlich". Das Auswärtige Amt behauptet, Roma seien "keine Minderheit" und stellt sich gegen die UNO bei deren Versuchen, die Roma vor Verfolgung zu schützen.

Einerseits weigert sich Deutschland als einziges westeuropäisches Land, die Roma als Minderheit anzuerkennen und die entsprechenden Resolutionen der internationalen Gremien in die Tat umzusetzen. Andererseits werden besondere Abkommen unterzeichnet, um Roma mit ungeklärter Staatsangehörigkeit von den Grenzen der Bundesrepublik fernzuhalten. Abschiebungen in Kriesengebiete, wie das ehemalige Jugoslawien, finden täglich statt.

Am 5. Mai überreichte der Roma National Congress im Namen tausender Roma in Deutschland ein Postulatum an die deutsche Bundesregierung. Darin sind folgende Forderungen enthalten:

I - *Die Anerkennung als ethnische und kulturelle Minderheit vor dem Hintergrund der besonderen Verantwortung des deutschen Volkes gegenüber den Roma;*

II - *Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien im Rahmen einer einmaligen humanitären Aktion ein gesichertes Bleiberecht zu gewähren, analog der Aufnahme von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion;*

III - *Die Finanzierung der für Roma errichteten "townships" in den Ghettos osteuropäischer Staaten sofort einzustellen;*

IV - *Roma-Flüchtlinge entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention von 1956 zu behandeln und ihnen im Einklang mit der Genfer Konvention Flüchtlingspässe auszustellen;*

V - *Sich verbindlich zur konkreten Umsetzung der bisherigen europäischen Resolutionen und Empfehlungen durch besondere Maßnahmen zu verpflichten;*

VI - *Die Resolution der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 5. März 1992 mit dem Titel "Schutz der Roma" nachträglich zu unterzeichnen;*

VII - *Bei der Vergabe von deutschen Hilfen Staaten auszuschließen, die Menschenrechtsverletzungen an Roma begehen.*

Bis heute ist keine Antwort von der Bundesregierung eingegangen. Der Vorsitzende des Roma National Congress, Rudko Kawczynski, tritt heute, Sonntag, dem 16. Mai 1993, am Jahrestag des Beginns der Deportationen von Roma und Cinti in die Vernichtungslager, in einen unbefristeten Hungerstreik. Er will seinen Hungerstreik bis zum Erhalt einer verbindlichen Stellungnahme seitens der Bundesregierung fortsetzen.

Roma National Congress

Demonstration am 5. Juni für den Erhalt des JUZ, Aurich
Beginn 11.30 beim JUZ
Info: Breiter Weg 24, Aurich, 04941 / 12305

Demonstration "Antifa-Demo" am 12. Juni in Stuttgart
Beginn: zwischen 12.30 - 13.00 beim Mahnmal, Nähe Schloßplatz
Infotelefon: 0711 / 649 16 29
0711 / 121 30 53

Antifa-Demonstration am 12. Juni in Schwedt / Oder
Beginn: 15.00, Platz der Befreiung, Stadtmitte

Antifa-Demonstration am 5. Juni in Bad Langensalza / Thüringen
(s.S.13)

Veranstaltung am 11. Juni in der Schokofabrik,
"Anstiftung zum Abtreibungstourismus"
Beginn: 20.30
(s. S. 21)

Treffen am 9. Juni im Blauen Salon, Mehringhof
Beginn: 20.00
Unterstützung von Roma + Grenzaktion

Solidaritätsveranstaltung zum Widerstand
der Roma im Kaufhaus Kato, Schlesisches Tor
Beginn 19.00
Ladies only - nur für Frauen

~~KEINE~~ RITUALISIERTEN o8. MÄRZ - DEMO'S MEHR
FÜR EINEN STARKEN INTERNATIONALEN FRAUENKAMPFTAG!

Wir laden alle Frauen zur Nachbereitung der diesjährigen o8. März-Demo ein. Dazu gibt es ein kurzes Einladungspapier, in dem wir ein paar Fragen formuliert haben, die wir Euch und uns stellen. Die Diskussion soll über den diesjährigen o8. März hinausgehen.
Das Papier liegt ab dem o4. o6. '93 im EX, in der Schoko und in der Papiertigerin aus. Wir versuchen, es noch in andere Bezirke (Info-läden) zu verschicken, bitte verteilt es auch selbst weiter.

Datum: 10. o6. ' 93
Zeit: 19.3o Uhr
Ort: Mehringhof, Versammlungsraum,
(2.Stock, Fahrstuhl vorhanden)
Gneisenaustr. 2a, Berlin 61

Kommt vorbereitet und gut gelaunt,
Vorbereitungsgruppe der o8. März - Demo '93

Arbeitskreis Berliner Studenten e.V. ★
im Ökodorf, Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30
10. Juni ★
LE CRIME DE MONSIEUR LANGE
Das Verbrechen des Monsieur Lange F · 1935 OMU ★
R: Jean Renoir B: Jaques Prevert
Donnerstag 20.30 !!
Film

Termine:

Sa, 5. Juni
ab 19.00 Uhr: Wasser–Fete im CLASH mit Wassermusik, Wasserbowle & vieles mehr, entsprechende Verkleidung ist angesagt: alles, was mit Wasser zu tun hat, unter dem Motto:
NACH UNS DIE SINTFLUT !!!

Di, 8. Juni
21.00 & 23.00 Uhr: "Die Zerstörung"; ein Film über Tschernobyl

Mi, 9. Juni
21.00 Uhr: "Komm und sieh"; russischer Antikriegsfilm

CLASH, Uferstr. 13 / Wedding
U–Bhf. Pankstr. od. Nauener Pl.

AntiFa-Café-Wedding

in der Putte, Osloerstr. 12, 2.HH, 2.Etage

Filme + Vorträge + Diskussionen

6. Juni
Aktionstag (Straßenfeste, Fahrraddemos) gegen den Innenstadtring
danach ab 19 Uhr:
Infoveranstaltung:
Eine "Moral des Tötens"- Auslese und Vernichtung im Rahmen von Bioethik und "Euthanasie".
Anschließend Diskussion

20. Juni
Infoveranstaltung:
Die "Antifaschistische Fußball Fan Initiative (AFFI)" zieht eine Bilanz ihrer 2-jährigen Arbeit und berichtet über Rassismus in den Stadien, verschiedene Fangruppen und Vereine, Hooligans, etc.
Anschließend Diskussion

6. Haziran
Bilgilendirme Toplantısı,
Başlama Saati: Aynı gün senatonun yeni cadde planlama girişımıne karşı yapılacak olan Bisikletli yürüyuş, Cadde Festivallerinden dolayı toplantı Saat 19.00 da yapılacaktır.
Konu: *Bir "Öldürme Ahlakı" "Bioetik" ve "Euthanasie" yolu ile insanların seçilmesi ve imha edilmesi.*

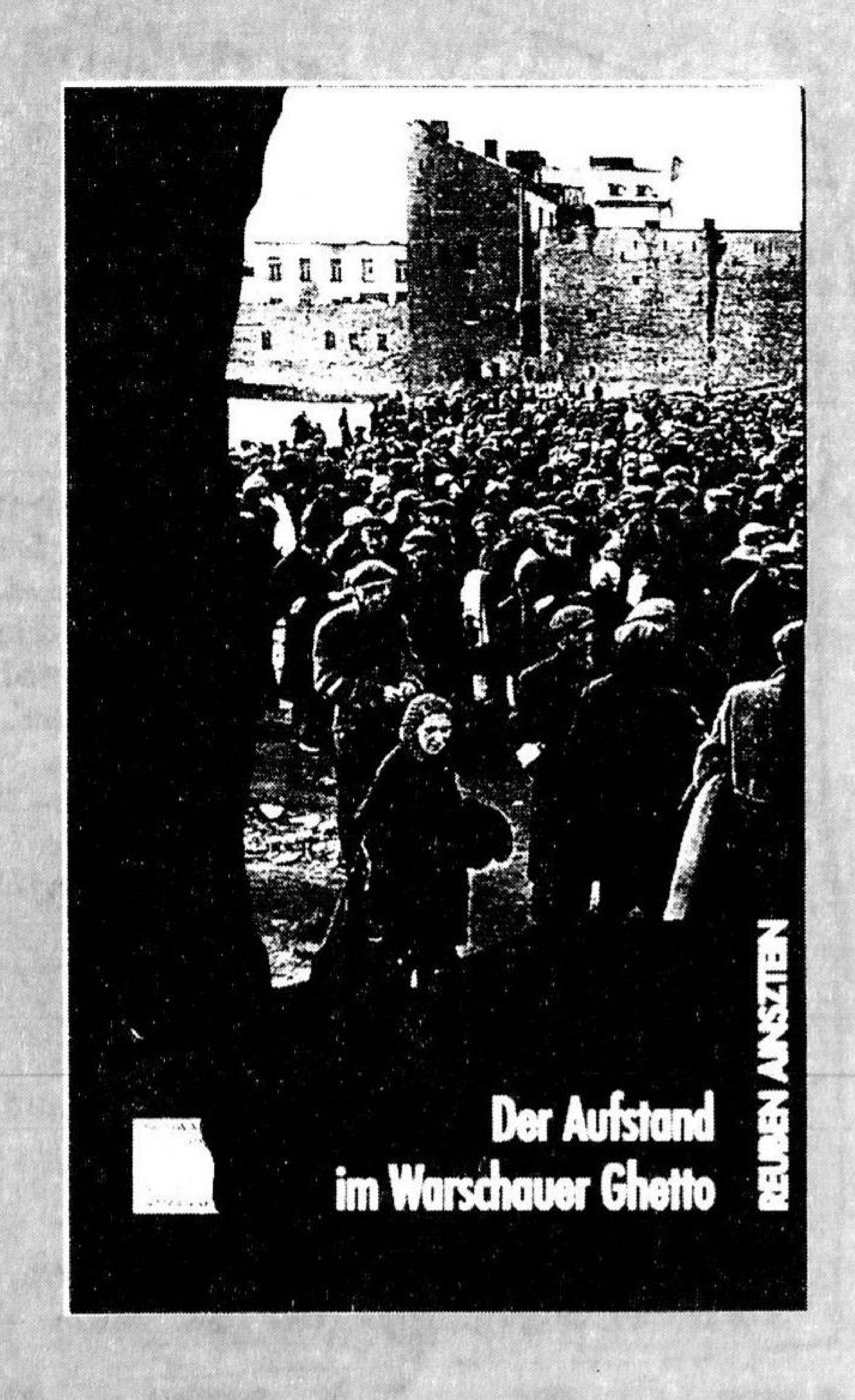
20. Haziran
Bilgilendirme Toplantısı
Başlama Saati: 17.00
Konu: *Anti-Fasist Futbol Taraftarlar, Dernegi-AFFI-2 Yıllık Çalışmalarının Blanço `sunu çıkaracak ve Stadyumlardaki Rasiszm, çeşitli Futbol Taraftları, Dernek ler ve Holiganlar hakkında bilgi vercektir.*

TOPLANTIDA TERCÜMAN OLMAYACAKTIR

Café + Broschüren + Bücher

Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat
jeweils ab 17 Uhr

Reuben Ainsztein
REVOLTE GEGEN DIE VERNICHTUNG



Reuben Ainsztein

Revolte gegen die Vernichtung
Der Aufstand im Warschauer Ghetto

270 Seiten,
32 Fotoseiten
25 DM
ISBN 3-924737-19-3

Im April 1993 jährt(e) sich der Aufstand im Warschauer Ghetto zum fünfzigsten Mal. Um an die weitgehend unterschlagene Geschichte des jüdischen Widerstands zu erinnern, publizieren wir die bedeutende Studie Reuben Ainszteins über den Aufstand im Warschauer Ghetto.
Die 1979 unter dem Titel "The Warsaw Ghetto Revolt" in der Holocaust Library, New York, erschienene Arbeit ist nicht nur eine historisch akribisch genaue Schilderung des Widerstands im Warschauer Ghetto, sondern gleichfalls eine Auseinandersetzung mit der verbreiteten Auffassung, daß sich die jüdischen Opfer dem nazistischen Vernichtungswillen wehr - und widerstandslos ergeben hätten.
Der Aufstand im Warschauer Ghetto war sicherlich das spektakulärste Ereigniss der Geschichte des Widerstands von Jüdinnen und Juden gegen die Betreiber und Handlanger der "Endlösung", gegen die im Frühjahr 1943 begonne, "endgültige" Liquidierung eines Ghettos, in dem bis in den Sommer 1942 noch 400.000 Menschen in erbärmlichsten Verhältnissen gelebt hatten.
Der Aufstand war Höhepunkt und Fanal einer einzigartigen Widerstandsbewegung in Eurpoa, deren hoffnungsloser Kampf auf keine äußeren oder inneren Verbündeten zählen konnte und die mehr oder minder quer zu allen national oder kommunistissch orientierten Untergrundbewegungen lag.

Reuben Ainsztein: geb. 1917 in Wilna, jüdischer Journalist und Historiker. Sein Lebenswerk galt dem Schiksal der osteuropäischen Jüdinnen und Juden und ihres Widerstandes gegen den Nationalsozialismus.

Veranstaltung zum Buch, ist soeben erschienen
am 5. Juni, 19 Uhr im Haus der Demokratie

mit Jörg Paulsen und Ahlrich Meyer

Verlag der Buchläden
Schwarze Risse, Berlin * Rote Straße, Göttingen

Das Hauptwerk Reuben Ainszteins "The Jewish Resistance in Nazi - occupied Eastern Europe", erscheint im Sommer 1993 im Universitätsverlag Oldenburg in deutscher Sprache.